

Georg M. Möst

**Die Auswanderung aus Österreich nach Kanada
1945-1962**

2007

Winning Paper of the
“2nd Scientific Award of the Austrian-Canadian Society” 2007
© Austrian-Canadian Society (www.austria-canada.com)

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	5
2. Die Flüchtlings situation in Österreich nach Kriegsende	7
2.1. Betreuung durch die Alliierten	8
2.1.1. Vorbereitung und Planung	8
2.1.2. Die Entwicklung in den westlichen Zonen	10
2.1.3. Der sowjetische Weg	12
3. Die Situation zur Zeit der UNRRA-Tätigkeit 1945-1947	13
3.1. Betreuung der DPs in Österreich durch die UNRRA	13
3.1.1. Etablierung und Organisation der UNRRA in Österreich	13
3.1.2. DP-Betreuung und Arbeit in den Lagern	14
3.1.3. Fremdenfeindlichkeit	16
3.1.4. Repatriierung durch die UNRRA	18
3.1.5. Bilanz der UNRRA-Tätigkeit	20
3.2. Kanadas Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik 1945-1947	21
3.2.1. Wie man kanadischer Staatsbürger werden konnte - Der Canadian Citizenship Act 1946	23
4. Die Situation zur Zeit der IRO-Tätigkeit 1947-1952	25
4.1. Betreuung der DPs in Österreich durch die IRO	25
4.1.1. Von der PCIRO zur IRO	25
4.1.2. UNRRA und IRO – Ein Vergleich	25
4.1.3. Die IRO in Österreich	27
4.1.4. Resettlement - Die Ausgangslage	28
4.1.5. Das Resettlement-Programm	29
4.1.6. Die Auswanderungsprogramme	31
4.1.7. Kategorien der Auswanderer	32
4.1.8. Das Auswahlverfahren	33

4.2. Die kanadischen Auswahlkommissionen und Visabeamten	34
4.2.1. Die Organisation der kanadischen Kommissionen	34
4.2.2. Die Selektion der DPs von Seiten Kanadas	36
4.2.3. Selektive Emigration und der „Hard Core“	38
4.3. Bilanz der IRO-Hilfe	39
4.4. Kanadas Einwanderungspolitik zur Zeit der IRO-Tätigkeit 1947-1952	41
4.4.1. Warum Kanada die Einwanderer brauchte	41
4.4.2. Ruf nach mehr Arbeitskräften	42
4.4.3. Die Einwanderungspolitik unter Mackenzie King	43
4.4.4. Die Einwanderungspolitik unter Stephen St. Laurent	44
4.5. Kanadas Flüchtlingspolitik zur Zeit der IRO-Tätigkeit	46
4.6. Einwanderungsprogramme für DPs und Immigranten 1947-1952	48
4.7. Auswanderung von Österreichern nach Kanada zur Zeit der IRO-Tätigkeit	52
4.7.1. Status österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Kanada zur Zeit der UNRRA-Tätigkeit 1945-1947	52
4.7.2. „Push-Faktoren“ der Auswanderung aus Österreich bis 1952	52
4.7.3. Die „Pull“-Faktoren der Einwanderung in Kanada bis 1952	63
4.7.4. Die Entwicklung der Auswanderungsbewegung der Österreichischerinnen und Österreicher nach Kanada 1947-1951	65
4.7.5. Kritik an der Auswanderung	68
5. Die Situation ab 1952	70
5.1. Die Tätigkeit des UNHCR in Österreich	70
5.2. Die Tätigkeit des ICEM in Österreich	71
5.2.1. Hilfe durch das ICEM	72
5.2.2. Die Auswanderung aus Österreich unter dem ICEM	73
5.2.3. Die Auswanderungsprogramme des ICEM	74
5.2.4. Auswahl der Emigranten für die ICEM-Programme	74
5.2.5. Deckung der Reisekosten	75
5.2.6. Die Beförderung	77
5.3. Zahlen zur Bedeutung der ICEM-Arbeit für Österreich	77
5.4. Kanada und das ICEM	78
5.5. Kanadas Einwanderungspolitik 1952-1962	78
5.5.1. Gesetzliche Grundlage - Der Immigration Act von 1952	78

5.5.2. Die Entwicklung der kanadischen Einwanderungspolitik 1952-1962	80
5.5.3. Weltflüchtlingsjahr 1960	84
5.5.4. „Immigration Regulations“ von 1962	84
5.6. Die Auswanderung der Ungarnflüchtlinge aus Österreich nach Kanada	85
5.6.1. Herausforderung und Bewährungsprobe	85
5.6.2. Der Flüchtlingszustrom	86
5.6.3. Die Aufnahme der Ungarnflüchtlinge in Kanada	89
5.7. Die Auswanderung von österr. StaatsbürgerInnen nach Kanada 1952-1962	90
5.7.1. Allmählicher Bedeutungsverlust der „Push“-Faktoren	90
5.7.2. Kritische Auswandererstimmen	91
5.7.3. Staatliche Reaktionen auf die Auswanderung	92
5.7.4. Auswanderungsgebiete in Österreich	95
5.7.5. Einwanderung österreichischer StaatsbürgerInnen in Kanada 1952-1962	96
6. Zielgebiete der Einwanderer aus Österreich in Kanada	97
6.1. Zielgebiete der Gesamteinwanderung nach Provinzen	97
6.2. Aufnahme von DPs nach Provinzen	99
6.3. Zielgebiete der österreichischen EinwandererInnen in Kanada	100
7. Auswandererschicksale und Briefe in die Heimat	102
8. Schlussbetrachtung/Bilanz	114
9. Quellenverzeichnis	116
10. Literaturverzeichnis	118
Lebenslauf	128
Eidesstattliche Erklärung	129

1. Vorwort

Um eine bestimmte Auswanderungsbewegung beschreiben und verstehen zu können, muss man eine Vielzahl von verschiedenen Faktoren berücksichtigen. Anfänglich stellt sich die Frage nach dem Warum. Was bewegte Menschen dazu, innerhalb eines gewissen Zeitraumes aus einer bestimmten Region auszuwandern? Andererseits ist es notwendig, darzustellen, wer überhaupt zu diesen Auswandererinnen und Auswanderern zählte und wie groß ihre Gruppe war. Ein weiterer zentraler Aspekt ist die grundlegende Frage nach den Auswanderungsmöglichkeiten. War es einfach so möglich auszuwandern, oder gab es Restriktionen verschiedenster Art und Weise? Migration bedeutet auch immer, dass man von einem Punkt A zu einem Punkt B gelangt. Daher ist es unerlässlich, bei der Darstellung einer Auswanderungsbewegung, der Frage nachzugehen, wohin man zu einem gewissen Zeitpunkt überhaupt auswandern konnte. Diesbezüglich muss man einen Blick auf die Einwanderungsbestimmungen des jeweiligen Ziellandes werfen.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Auswanderungsbewegung aus Österreich nach Kanada zwischen 1945 und 1962 anhand der oben angeführten Aspekte auszuarbeiten.

Die zeitliche Eingrenzung erklärt sich aus der Zäsur des Kriegsendes 1945 und einer Liberalisierung der bis dahin restriktiven kanadischen Einwanderungspolitik durch den Immigration Act von 1962.

Die Entscheidung, zu diesem Thema meine Diplomarbeit zu verfassen, traf ich auf Grundlage eines Seminars bei Univ.-Prof. Dr. Thomas Albrich zur Einwanderungsgeschichte Kanadas. Im Rahmen dieser Lehrveranstaltung wurde einerseits mein Interesse am Einwanderungsland Kanada geweckt, andererseits wurde mir bewusst, dass sich bisherige Darstellungen zur Auswanderung aus Österreich nach Kanada vor allem auf die Zeit vor 1945 beschränken.

Zu den von mir verwendeten Quellen muss gesagt werden, dass ich mich bei der Darstellung der Auswanderung von DPs auf Sekundärliteratur beschränkt habe, wobei vor allem die Werke von Thomas Albrich¹, Eduard Stanek², Yvonne von Stedingk³ sowie Gabriela Stieber⁴

¹ Vgl. Thomas ALBRICH, Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945-1948, in: Günter BISCHOF/Josef LEIDENFROST (Hrsg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988.

² Vgl. Eduard STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben. Flüchtlinge in Österreich von 1945-1984, Wien 1985.

³ Vgl. Yvonne von STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 6), Wien 1970.

⁴ Vgl. Gabriela Stieber, Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945-1960, in: Thomas ALBRICH/Klaus EISTERER/Michael GEHLER/ Rolf STEININGER (Hrsg.), Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck 1995, S. 67-94.

genannt werden müssen. Bezuglich der Auswanderung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger konnte ich mich neben Aufsätzen von Robert Keyserling⁵ und Bettina Steinhauser⁶ auch auf Primärquellen aus dem Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum stützen. Anhand der dort gesammelten Briefe von Auswanderern in ihre Tiroler Heimat und diverse Zeitungsartikel über ihre Schicksale, habe ich versucht, die Informationen aus der Sekundärliteratur zu überprüfen, zu ergänzen und anschaulicher zu gestalten. Quellen zu den Auswanderungsgebieten in Österreich waren hingegen nur sehr spärlich zu finden. Zwar gibt es eine Darstellung von Walter Dujmovits⁷ zur Auswanderung aus dem Burgenland, allerdings liegt hier, wie bei der meisten Literatur, die ich heranziehen konnte, der Schwerpunkt auf der Zeit vor dem Jahr 1945. Generell muss erwähnt werden, dass es mir vielfach nur möglich war, die Auswanderung aus Österreich nach Kanada zu rekonstruieren, indem ich Rückschlüsse aus den kanadischen Einwanderungsstatistiken gezogen habe. Geeignete Auswanderungsliteratur war nämlich nicht immer greifbar.

An dieser Stelle darf ich mich bei zahlreichen Menschen bedanken, die durch ihre Hilfe und Unterstützung maßgeblich an der Verwirklichung dieser Arbeit beteiligt waren. Ein aufrichtiges Dankeschön gilt allen voran Univ.-Prof. Dr. Thomas Albrich, der durch seine hervorragende Betreuung und fachliche Kompetenz einen entscheidenden Anteil am Zustandekommen dieser Arbeit hat. Weiters bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeitern des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum und der Universitätsbibliothek Innsbruck für die reibungslose Zusammenarbeit und Hilfestellung. Dank gebührt natürlich auch meinen Kollegen und Kolleginnen aus dem Diplomandenseminar für ihre konstruktive Kritik und Ratschläge. Mein besonderer Dank gilt schließlich auch meinen Großeltern Erna und Karl, meinen Geschwistern Markus, Elisabeth und Thomas, meiner Freundin Karin sowie deren Eltern Annemarie und Anton.

Der größte Dank von Allen gebührt jedoch meinen Eltern Margit und Hartmann, ohne deren Unterstützung dieses Studium erst gar nicht möglich gewesen wäre.

⁵ Vgl. Robert H. KEYSERLINGK/Bettina S. STEINHAUSER, The Growth of Austro-Canadian Relations to 1968, in: ENGELMANN, Frederick C./PROKOP, Manfred/SZABO, Franz A.J. (Eds.), A History of the Austrian Migration to Canada, Carleton 1996, S. 25-43.

⁶ Vgl. Bettina S. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, in: Ebd., S. 101-122.

⁷ Vgl. Walter DUJMOVITS, Die Amerika-Wanderung der Burgenländer, Pinkafeld 1992.

2. Die Flüchtlingssituation in Österreich nach Kriegsende

Zu Kriegsende im Frühjahr 1945 wurde die ohnehin schon angespannte wirtschaftliche und soziale Ausgangssituation Österreichs durch eine weitere Entwicklung verschärft. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nämlich als Folge des Krieges geschätzte 3,7 Mio. Ausländer in Österreich; und das bei einer damaligen Gesamtbevölkerung von rund 6 Millionen Österreicherinnen und Österreichern. Diese riesige Zahl an Fremden setzte sich einerseits aus einer halben Million alliierter Soldaten und rund 1,5 Mio. Mann der Wehrmacht samt deren ehemaligen Verbündeten aus Ungarn, Rumänien, Kroatien sowie Kosaken und Mitgliedern der Wlassow-Truppen zusammen.⁸ Zusätzlich befanden sich bei Kriegsende geschätzte 1,632.000 ausländische Zivilisten in Österreich. Davon waren wiederum rd. 632.000 deutschsprachig und 1 Million fremdsprachigen Ursprungs.⁹

Bei genauerer Betrachtung fanden sich folgende Personengruppen unter den Fremden:

1. Ehemalige Zwangsarbeiter, die von den Nationalsozialisten nach Österreich verschleppt wurden.
2. Volksdeutsche, die aus den Oststaaten nach Österreich umgesiedelt wurden.
3. Deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, welche während des Krieges als Beamte und NS- Funktionäre in Österreich tätig waren.
4. NS-Kollaborateure: Mitglieder nationaler faschistischer Verbände wie der kroatischen USTASCHA, des russischen Schutzkorps, Kosaken und weißrussische Truppenverbände, die vor der Roten Armee bis nach Österreich zurückgewichen sind.
5. Südtiroler Optanten, die sich zu einem großen Prozentsatz in Österreich niedergelassen haben.
6. Kriegsgefangene, die aus den Lagern befreit wurden, darunter zwischen 20.000 und 30.000 ehem. jüdische KZ-Häftlinge.
7. Flüchtlinge, die im Zuge der Kriegshandlungen nach Österreich geflohen waren.¹⁰

Die Fremden in Österreich stellten also nicht nur eine bunte Vielfalt verschiedenster Nationalitäten sondern auch ein Nebeneinander von Faschisten und Antifaschisten dar.¹¹ Von

⁸ Vgl. Thomas ALBRICH, Fremde, in: *Historicum* (Sommer 96), S. 23.

⁹ Vgl. STANEK, *Verfolgt, verjagt, vertrieben*, S. 17 ff.

¹⁰ Vgl. STEDINGK, *Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich*, S. 29.

den Besatzungsmächten wurde dieser Personenkreis als „Displaced Persons“ (DP), also „Verschleppte“ oder „Versetzte“, bezeichnet und in vier Kategorien unterteilt:

1. „United Nations DPs“ (Staatsangehörige der Vereinten Nationen)
2. „ex-enemy DPs“ (Italiener, Finnen, Rumänen, Bulgaren und Ungarn)
3. „enemy DPs (Deutsche, Österreicher, Japaner)
4. Staatenlose¹²

Auf Österreich bezogen, verstanden die Alliierten unter dem Begriff „Displaced Persons“ ganz allgemein alle nichtösterreichischen Zivilisten, die sich als Folge der Kriegsereignisse in Österreich aufhielten, in ihre Heimatländer zurückkehren wollten, dies aber ohne fremde Hilfe nicht konnten.¹³

Insgesamt fielen in Europa elf Millionen Menschen unter die Kategorie der „Displaced Persons“.¹⁴ Erst im Laufe der Zeit wurde der Begriff durch die Satzungen der beiden Hilfsorganisationen UNRRA und IRO eingeengt und zu einem juridischen „terminus technicus“ weiterentwickelt.¹⁵

2.1. Betreuung durch die Alliierten

2.1.1. Vorbereitung und Planung

Bereits vor Kriegsende war den Alliierten bewusst, dass die Niederringung des Nazi-Regimes gleichzeitig eine Flut an Flüchtlingen am europäischen Kontinent verursachen werde. Damit verbunden war die Angst, dass unkontrollierte Menschenmassen die militärischen Operationen der Alliierten behindern und aufgrund mangelnder Hygiene und fehlender medizinischer Versorgung Seuchen ausbrechen könnten.¹⁶ Daher war es von äußerster Wichtigkeit, als ersten Schritt Kontrolle über die DPs zu bekommen, sie mit Lebensmitteln,

¹¹ Vgl. Ernst HANISCH, Österreichische Geschichte 1890-1990. Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 2005, S. 418.

¹² Vgl. Wolfgang JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985, S. 31.

¹³ Vgl. Thomas ALBRICH, Exodus durch Österreich: die jüdischen Flüchtlinge 1945 – 1948 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 1), Innsbruck 1987, S. 12.

¹⁴ Vgl. ALBRICH, Asylland wider Willen, in: BISCHOF/LEIDENFROST (Hrsg.), Die bevormundete Nation, S. 217.

¹⁵ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 7.

¹⁶ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 30.

Kleidung und Medikamenten zu versorgen und sie anschließend in ihre Herkunftsländer rückzuführen.¹⁷

Um dies dann auch möglichst koordiniert in die Tat umsetzen zu können, beschäftigte sich die eigens eingerichtete „Displaced Persons Branch“ des SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) schon seit 1943 mit der Ausarbeitung eines Plans zur Bewältigung der DP-Problematik¹⁸, dem späteren „Outline Plan“¹⁹. Darin wurde beschlossen, dass die Befreiung und erste Versorgung der DPs dem Militär vorbehalten sei und dass die Armee für die Betreuung aller alliierten, neutralen und staatenlosen DPs zuständig wäre. Für die DPs aus ehemaligen Feindstaaten hatten die deutschen bzw. österreichischen Behörden die alleinige Sorge zu tragen.²⁰ Die Ausübung der rechtlichen Gewalt über alle DPs oblag allerdings den Besatzungsmächten.²¹ So war der Plan, doch mussten die Alliierten sofort nach Kriegsende feststellen, dass man sich vorerst sämtlicher DPs annehmen musste, um die chaotische Flüchtlings situation einiger Maßen unter Kontrolle zu bekommen. Erst mit der Zeit wurden die Lager für Volksdeutsche in die Obhut der österreichischen Verwaltung übergeben.²²

Das Regelpapier des SHAEF, welches eine Vervollständigung des „Outline Plans“ darstellte, war das „Administrative Memorandum No. 39“. Darin wurde die Befreiung, Versorgung und Repatriierung der DPs als ein „hohes alliiertes Ziel“ festgelegt. Zudem sollten jegliche unkontrollierte Wanderungsbewegungen von Flüchtlingen und das Ausbrechen von epidemischen Krankheiten verhindert werden.²³ Die Seuchenprävention stellte für die Alliierten eine ganz zentrale Maßnahme dar: Viele der Flüchtlinge waren nach ihrer Befreiung aus den einzelnen Lagern nicht nur ungepflegt und verlaust, sondern bereits mit diversen Krankheiten wie Fleckfieber oder Typhus infiziert. Um einer Seuchenausbreitung vorzubeugen, setzten die amerikanischen Truppen DDT-Pulver als Allheilmittel ein. Tatsächlich traten Seuchen in keinem nennenswerten Ausmaß auf.²⁴

Für die DPs legte das „Administrative Memorandum No. 39“ folgende Definition fest:

„Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dies aber ohne fremde Hilfestellung nicht zu leisten vermögen.“²⁵

¹⁷ Vgl. Michael PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstante eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte-Zeitverständnis 1), Münster 1997, S. 24 ff.

¹⁸ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg, S. 41.

¹⁹ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 24.

²⁰ Vgl. Ebd., S. 30.

²¹ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 7.

²² Vgl. Gabriela STIEBER, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, in: Siegfried BEER (Hrsg.), Die „britische“ Steiermark, Graz 1995, S. 215.

²³ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 30.

²⁴ Vgl. Ebd., S. 43.

²⁵ Zit. nach: PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 26.

Als ausführendes Organ bei allen DP-Operationen wurde im Rahmen der SHAEF die „Displaced Persons Executive“ (DPX) eingerichtet. Das eigens geschulte Personal der DPX überwachte die Verwaltung der alliierten DP-Lager sowie die Flüchtlingsarbeit der österreichischen Behörden.²⁶

2.1.2. Die Entwicklung in den westlichen Zonen

Das erste Aufeinandertreffen der westlichen Alliierten mit den DPs war direkt an der Front, wo die Truppen die Flüchtlinge lediglich hinter die Linien schleusen konnten, wo sie dann notdürftig erstversorgt wurden.²⁷ Allein in Oberösterreich stießen die kämpfenden Truppen auf bis zu 700.000 DPs, in Kärnten und der Weststeiermark waren es an die 200.000.²⁸

Der erste österreichische Innenminister der Zweiten Republik, Oskar Helmer, fand für das vorherrschende Chaos folgende Beschreibung:

„Die Verkehrswege waren entweder unterbrochen oder mit Flüchtlingen, Gefangenen und vormarschierenden Truppen verstopft. Die wenigen intakt gebliebenen Transportmittel, Unterkünfte und lebenswichtigen Betriebe wurden von den Besatzungstruppen sofort nach ihrem Einzug in Anspruch genommen. Die zahlreichen Fremdarbeiter sahen sich mit einem Schlag von dem Zwang, dem sie bisher unterworfen waren, befreit und begannen ein Eigenleben zu führen. Zu ihnen gesellten sich die von den alliierten Armeen befreiten Insassen der Konzentrationslager, die gleichfalls Entschädigung für ihre Leidenszeit suchten. Überall im Lande befanden sich außerdem Deserteure der Deutschen Wehrmacht, die entweder schon wochen- oder monatelang in Verstecken Unterschlupf gefunden hatten oder beim Zusammenbruch der deutschen Kriegsmaschinerie massenhaft ihre Einheiten verließen. Die Schäden durch den Krieg, die Entblößung von allen Reserven und die Anforderungen der Besatzungsmächte führten dazu, dass der östliche Teil Österreichs in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur knapp einem allgemeinen Chaos entging.“²⁹

Verliefen die ersten Maßnahmen nach Plan, wurden die DPs nach ärztlicher Untersuchung, Entlausung, Identifizierung, Registrierung und Klassifizierung in behelfsmäßige Unterkünfte eingewiesen, wodurch die Lage deutlich übersichtlicher wurde.³⁰

Vielfach gelangte das geschulte DP-Personal auf Grund der unsicheren militärischen Situation jedoch gar nicht ins Operationsgebiet, wodurch die Registrierung der DPs lückenhaft war. Dadurch war es so gut wie unmöglich, sich ein genaues Bild vom Ausmaß der Flüchtlingssituation zu machen. Zudem erwies es sich als Fehleinschätzung von Seiten der Alliierten, dass die DPs an Ort und Stelle blieben, wo sie zu Kriegsende aufgefunden

²⁶ Vgl. ALBRICH, Exodus durch Österreich, S. 13.

²⁷ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 27.

²⁸ Vgl. ALBRICH, Fremde, S. 24.

²⁹ Zit. nach: STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 34.

³⁰ Vgl. Franziska KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, phil. Dipl., Innsbruck 1991, S. 62.

wurden.³¹ Darüber hinaus verlief die Befreiung der DPs in den verschiedenen Besatzungszonen nicht einheitlich. Es gab Disparitäten in der gesundheitlichen Situation der DPs, in Bezug auf Transportmöglichkeiten sowie bei den Versorgungs- und Ausrüstungsgütern.³²

Von den alliierten Planern wurde zwar eine Übergangsphase von 60 Tagen bis zur Normalisierung der Verhältnisse eingerechnet³³, aber wie realitätsfern die alliierte Vorplanung im Endeffekt war, soll folgendes Beispiel aus Deutschland zeigen, wo sich eine ähnliche Situation abspielte:

„Im April 1945 stand in Frankfurt ein verzagtes Militäerteam von 21 Mann vor 40.000, wenige Tage später vor 150.000 soeben befreiten Zwangsarbeitern – ohne logistische Mittel, ohne Unterbringungsmöglichkeiten, ohne Sanitäter, ohne die geringste Kenntnis des Russischen, Polnischen, Französischen oder anderer Sprachen.“³⁴

Im Sommer und Herbst 1945 errichteten die westlichen Besatzungsmächte in ihren Besatzungszonen in Österreich eigene Lager für die DPs. Von dort aus sollte deren Repatriierung möglichst rasch und koordiniert ablaufen. In der britischen Zone sah dieses Prozedere folgendermaßen aus: Dort wurden eigene Vorausabteilungen gebildet, die für eine erste Kontaktaufnahme mit den DPs und deren Registrierung zuständig waren. In mobilen Kontrolllagern, so genannten „control camps“, wurden im Anschluss bis zu 1.000 Personen untergebracht und erstversorgt. Bis Ende Mai errichtete die britische Armee 18 solcher Kontrolllager in ihrer Zone. In weiterer Folge wurden die DPs von den als eine Art Auffanglager gedachten „control camps“ in so genannte „assembly centres“, die zwischen 3.000 und 5.000 Menschen fassen konnten, überstellt. Diese Lager wurden nach Möglichkeit als Nationalitätenlager geführt. Um die Selbstverwaltung der Lager zu fördern, wurden DPs als „Lagerführer“ eingeteilt. Von den „assembly centres“ aus erfolgte dann eine möglichst geordnete Repatriierung der DPs. Ende Mai hatten immerhin schon 70.000 von ursprünglich 130.000 DPs Kärnten wieder verlassen.³⁵

Um Repatriierten aus anderen Ländern die Durchreise durch Österreich zu erleichtern, wurden von den westlichen Besatzungsmächten zusätzlich eigene Transitlager, z.B. in Hörsching, Salzburg und Villach eingerichtet. In den Empfangsländern wurden nach Absprache mit der SHAEF ebenfalls Lager eingerichtet, wo die DPs fürs erste untergebracht wurden. Die Repatriierung von westeuropäischen DPs ging folglich auch verhältnismäßig schnell vor sich und viele der repatriierungswilligen DPs konnten schon während des

³¹ Vgl. ALBRICH, Exodus durch Österreich, S. 13 ff.

³² Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 43.

³³ Vgl. ALBRICH, Exodus durch Österreich, S. 15.

³⁴ Zit. nach: PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 26.

³⁵ Vgl. ALBRICH, Exodus durch Österreich, S. 15 ff.

Sommers 1945 in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Für DPs aus osteuropäischen Staaten war die Rückführung allerdings mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, da diese durch die sowjetische Zone erfolgte. Dort wurden die DP-Transporte aus verschiedensten Gründen aufgehalten und verzögert.³⁶ Auf den Umstand, dass eine sehr große Zahl an Flüchtlingen aus Osteuropa eine Repatriierung in ihre Heimatländer aus berechtigter Angst vor Verfolgung und Repressionen verweigerte, wird im Zuge der vorliegenden Arbeit noch genauer eingegangen. Im September 1945 beendete das SHAEF seine Tätigkeit in Österreich und die Versorgung und Repatriierung der DPs wurde von der UNRRA übernommen, die ihre Arbeit in Österreich einen Monat zuvor aufgenommen hatte. Ein Abkommen zwischen den Westalliierten und der UNRRA vom November 1944 ermöglichte eine Kontinuität in der Lösung der DP-Problematik.³⁷

2.1.3. Der sowjetische Weg

Die Sowjets verfolgten in Sachen DPs von Anfang an eine andere Linie als die drei westlichen Alliierten, was sich auch während der Tätigkeit der UNRRA und der IRO fortsetzte. Die Flüchtlingshilfe des SHAEF wurde von der Sowjetunion erst gar nicht anerkannt und deshalb beschränkten sich die Sowjets ausschließlich auf Verhandlungen mit den einzelnen staatlichen Regierungen.³⁸

Um Herr über die DP-Problematik zu werden, gingen die Sowjets bereits vor Kriegsende daran, alle größeren Ansammlungen von DPs in ihrer Zone in Ostösterreich aufzulösen. Per Befehl wurde zudem angeordnet, dass sämtliche ausländische Arbeiter bis zum 5. Mai 1945 die Stadt Wien zu verlassen hätten. Durch eine in der sowjetischen Zone eingeführte Meldepflicht für alle Ausländer beabsichtigte die sowjetische Führung kriminelle und politisch unangenehme DPs sofort aus der Zone zu entfernen. Durch diese rigorosen Maßnahmen versuchten die Sowjets die Lebensmittelknappheit in Griff zu bekommen, sowie oppositionelle Tendenzen möglichst früh zu unterdrücken.³⁹

³⁶ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 42.

³⁷ Vgl. Ebd., S. 43 ff.

³⁸ Vgl. Ebd., S. 41.

³⁹ Vgl. ALBRICH, Asylland wider Willen, S. 220.

3. Die Situation zur Zeit der UNRRA-Tätigkeit 1945 - 1947

3.1. Betreuung der DPs in Österreich durch die UNRRA

3.1.1. Etablierung und Organisation der UNRRA in Österreich

Als auf Grund der Kriegsereignisse des Jahres 1943 ein Kriegsende in absehbare Nähe rückte und ein danach einsetzendes Flüchtlingsproblem sich immer deutlicher abzuzeichnen begann, trafen sich 44 Staaten der Anti-Hitler-Koalition am 9. November des selben Jahres in Washington D.C., um dort die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) ins Leben zu rufen. Ziel dieser Hilfsorganisation war es, der Zivilbevölkerung in den europäischen Staaten, welche unter alliierte Kontrolle kommen sollten, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe zu leisten. Am bedeutsamsten für die UNRRA-Tätigkeit sollte dabei aber die Betreuung und Repatriierung von DPs werden.⁴⁰ Die drei zentralen Punkte der UNRRA-Hilfe waren:

1. Die Bereitstellung dringend benötigter Güter und ärztlicher Betreuung.
2. Der Wiederaufbau der jeweiligen staatlichen Infrastruktur (z.B. Verkehrswege, Strom- und Gasversorgung) und die Wiederbelebung der Landwirtschaft.
3. Die Betreuung und Repatriierung von DPs.⁴¹

Um diese Hilfsmaßnahmen durchführen zu können, musste eine Vielzahl an Mitarbeitern eingestellt werden. Allein in Österreich waren mit Jahresende 1945 insgesamt 529 Personen im Rahmen der UNRRA-Flüchtlingsbetreuung tätig.⁴²

Hauptsitz der UNRRA war in Washington D.C., nicht allein aus dem Grund, dass die USA 73% der UNRRA-Ausgaben finanzierten. In London wurde ein europäisches Regionalamt eingerichtet. Die UNRRA agierte nicht als selbstständige internationale Organisation. In Form des UNRRA-SHAEF-Abkommen vom 25. November 1944, bei dem die Zuständigkeitsbereiche festgelegt wurden, wurde die UNRRA von der SHAEF in eine Handlungsschablone gepresst, von der sie Zeit ihres Bestehens nie sonderlich abwich.⁴³ Damit kamen die Weisungen von militärischer Seite, während die UNRRA auf der „Ausführungsebene“ blieb. Nur gegenüber kleineren privaten Hilfsorganisationen erließ die

⁴⁰ Vgl. <http://www.ushmm.org/wlc/article.php?lang=en&ModuleId=10005685>, 24.7.2006.

⁴¹ Zit. nach: KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 40.

⁴² Vgl. Gabriela STIEBER, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, Graz 1997, S. 155.

⁴³ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 53.

UNRRA Weisungen, um deren Arbeit zu koordinieren.⁴⁴ So zum Beispiel dem „American Jewish Joint Distribution Committee“ (AJDC oder „Joint“), welches sich speziell um die Unterstützung jüdischer DPs kümmerte.⁴⁵

Um in den Bereich der UNRRA-Tätigkeit zu gelangen, musste ein Staat zuerst ein Ansuchen stellen. Nach darauf folgenden Verhandlungen wurde ein bilaterales Abkommen zwischen UNRRA und dem jeweiligen Staat unterzeichnet, womit die UNRRA ihre Tätigkeit im entsprechenden Land offiziell aufnahm.⁴⁶ Die Zivilbevölkerung der ehemaligen Feindstaaten war von der UNRRA-Hilfe ausgeschlossen.⁴⁷ In der dritten Sitzung des UNRRA-Rates am 22. August 1945 wurden für Österreichs Zukunft die Weichen gestellt. In dieser Sitzung anerkannte die UNRRA Österreich nicht mehr als Feindstaat, sondern als ein befreites Land, womit auch die österreichische Zivilbevölkerung in die UNRRA-Hilfe miteingebunden werden sollte: „[...] In August 1945 by the Third UNRRA council Session which established that, since Austria was to be considered a liberated country nothing in the UNRRA agreement prevented relief and rehabilitation operations [...]“⁴⁸

Mit Österreich zogen sich die Verhandlungen aufgrund der besonderen Verhältnisse in die Länge und so kam es erst im April 1946 zu der Unterzeichnung eines Abkommens. Die Tätigkeit der UNRRA in Österreich hatte jedoch schon im August 1945 mit der Eröffnung eines ausschließlich für DP-Angelegenheiten zuständigen Büros in Salzburg begonnen. Diese dadurch augenscheinlich gewordene Zweiteilung der UNRRA-Tätigkeit in die Betreuung und Repatriierung von Displaced Persons und der Unterstützung der österreichischen Bevölkerung erschwerte die Arbeit der Hilfsorganisation, bis dann im September 1946 zwei separate Abteilungen geschaffen wurden.⁴⁹

3.1.2. DP-Betreuung und Arbeit in den Lagern

Die Unterbringung der DPs durch die UNRRA erfolgte in Baracken der ehemaligen Kriegsgefangenen-, Arbeits- und Konzentrationslager sowie in ehemaligen Kasernen der Wehrmacht.⁵⁰ In der Zeit von Dezember 1945 bis August 1946 betreute die UNRRA in ihren Lagern in Österreich monatlich an die 48.000 DPs. Dabei wurden die Abgänge durch neu eintreffende Flüchtlinge kompensiert.⁵¹ In der sowjetischen Besatzungszone wurden keine

⁴⁴ Vgl. PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 27.

⁴⁵ Vgl. http://www.jdc.org/who_history.html, 6.10.2006.

⁴⁶ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 44 ff.

⁴⁷ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 42.

⁴⁸ Zit. nach: Ebd.

⁴⁹ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 47.

⁵⁰ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 65.

⁵¹ Vgl. STIEBER, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, S. 155.

UNRRA-Lager eingerichtet. Hier wurden die DPs teilweise schon vor Ende des Krieges in ihre Herkunftsländer zurückgebracht, Volksdeutsche nach Deutschland weiter transportiert.⁵²

Insgesamt standen in Europa im Juni 1947 762 Lager unter Verwaltung der UNRRA.⁵³

Die Unterbringung der DPs in den Barackenlagern war nur für die Zeit bis zu ihrer Repatriierung geplant. Folglich war die Betreuung nur für eine kurze Phase vorgesehen und die Ausstattung der Lager auch nur spartanisch gehalten worden. George Woodbridge beschreibt die Lebensverhältnisse in den UNRRA-Lagern folgendermaßen:

*„The displaced persons had some sort of roof over their heads; they had reasonably adequate washing and sanitary facilities; by crowding the sleeping quarters, space was created for educational, training and recreational activities; but there was little or no comfort, no approach to privacy, and the living space was in normal terms, altogether inadequate.“*⁵⁴

Das Transitlager Wegscheid I für jüdische DPs und Flüchtlinge zählte zu einem der schlechtesten in der US-Besatzungszone. Berichten zufolge fand sich dort der Abfall überall verstreut, die Wasserleitungen waren teilweise verstopft und die Klärgruben gingen über. Um das Ausbrechen von Seuchen so weit als möglich zu unterbinden, musste das Lager zweimal im Monat mit DDT desinfiziert werden.⁵⁵ Auch an Kleidung mangelte es und die DPs waren anfänglich gezwungen oftmals ihre KZ oder sogar eine SS-Uniform zu tragen.⁵⁶ In den für bis zu 3.000 Menschen ausgerichteten Lagern sorgte ein jeweils 13-köpfiges UNRRA-Team für die DPs.⁵⁷ Im Laufe der Zeit wurden aus Kostengründen immer mehr UNRRA-Mitarbeiter abgezogen und durch qualifizierte DPs ersetzt.

Freiwillige Hilfsorganisationen waren bemüht, in Zusammenarbeit mit der UNRRA die Lebensverhältnisse in den Lagern so erträglich wie möglich zu gestalten. Neben Geldspenden stellten die Organisationen auch geschultes Personal zur Verfügung. In den meisten Lagern wurden eigene Volks- und Mittelschulen errichtet und Aus- und Weiterbildungskurse für besondere handwerkliche Berufe angeboten, um die Chancen der DPs am Arbeitsmarkt und bei einer etwaigen Emigration zu erhöhen. Aber auch seelsorgerische und kulturelle Aufgaben wurden von den freiwilligen Hilfsorganisationen wahrgenommen.⁵⁸

Die Organisation des AJDC kümmerte sich z.B. ganz speziell um jüdische Flüchtlinge und DPs. Sozialarbeiter, Kinderbetreuer und medizinisch geschultes Personal des AJDC halfen bei

⁵² Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 65.

⁵³ Vgl. Donald H. AVERY, Reluctant Host. Canada's Response to Immigrant Workers 1896-1994, Toronto 1995, S. 147.

⁵⁴ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 65.

⁵⁵ Vgl. Michael JOHN, Zwischenstation Oberösterreich. Die Auffanglager und Wohnsiedlungen für jüdische DPs und Transitflüchtlinge, in: Thomas ALBRICH (Hrsg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Österreich-Israel-Studien 1), Innsbruck 1998, S. 78.

⁵⁶ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 65.

⁵⁷ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 48.

⁵⁸ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 66 ff.

der Betreuung von Kindern, der Verteilung von Lebensmitteln und Kleidern sowie bei der Errichtung von Bildungsstätten und medizinischen Einrichtungen innerhalb der Flüchtlingslager. Zudem wurden die DPs bei der Suche von Verwandten im Ausland und bei der Auswanderung tatkräftig unterstützt.⁵⁹

Im März 1947 gab es insgesamt noch 179 Flüchtlingslager in Österreich, die jeweils von der zuständigen Besatzungsmacht, einer Hilfsorganisation (UNRRA bzw. IRO) oder dem österreichischen Staat verwaltet wurden. In den Jahren 1948 bis 1950 gingen dann aber alle Flüchtlingslager, die den Besatzungsmächten unterstellt waren, in österreichische Verwaltung über. 1952 folgten die Lager der IRO. Damit gab es im Jahr 1953 in ganz Österreich nur mehr die 75 vom Bund verwalteten Lager mit rund 45.000 Bewohnern.⁶⁰ Insgesamt hatte die Flüchtlingsbetreuung Österreich von 1945 bis 1955 3 Mrd. Schilling gekostet.⁶¹

3.1.3. Fremdenfeindlichkeit

In den Lagern lebte allerdings nur rund ein Fünftel aller sich in Österreich aufhaltenden DPs und Flüchtlinge. Der Rest wurde nicht von den Alliierten betreut und musste sich seinen Lebensunterhalt selbst verdienen. Im Spätherbst 1945 erhöhte sich, trotz erfolgreich verlaufender Repatriierungen, die Zahl der in den Lagern lebenden Flüchtlinge. Schuld daran waren zum einen die österreichischen Heimkehrer, welche die DPs wieder aus ihren Arbeitsplätzen, zumeist in der Landwirtschaft, verdrängten. Zum anderen trafen zu dieser Zeit tausende osteuropäische Juden auf ihrer Flucht nach Palästina in Österreich ein, wo sie als alliierte DPs in den Lagern untergebracht werden mussten.⁶²

Von der österreichischen Bevölkerung wurden die DPs und Flüchtlinge mit Misstrauen betrachtet. Vor allem diejenigen, die in den Lagern lebten und sich nach Ansicht der Bevölkerung auf Kosten des Staates durchfüttern ließen. Sämtliche Vorurteile, die die österreichische Bevölkerung gegen die alliierten DPs hatte, wurden einer ganz speziellen Gruppe angedichtet – den Juden. Somit wurden die jüdischen DPs für die Österreicherinnen und Österreicher zum Sinnbild für den arbeitsscheuen, den österreichischen Staat ausnützenden DP hochstilisiert. Für die Auswahl der jüdischen DPs als „Sündenböcke“ kann man mehrere Gründe nennen: Sie genossen aufgrund der Unterstützung durch Hilfsorganisationen (z.B. AJDC) bessere Essensrationen als die österreichische Bevölkerung

⁵⁹ Christine OERTEL, Wien: Tor zur Freiheit? Die Bricha und das Rothschildspital, in: ALBRICH, Flucht nach Eretz Israel, 53 ff.

⁶⁰ Vgl. STIEBER, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, S. 171 ff.

⁶¹ Vgl. Stefan KARNER/Peter RUGGENTHALER, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger aus Österreich in die UdSSR, in: Stefan KARNER, Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge, Graz-Wien-München 2005, S. 266.

⁶² Vgl. ALBRICH, Asylland wider Willen, S. 225.

und waren von der Arbeitspflicht befreit.⁶³ Um diese beiden Vorurteile zu entkräften, führten die Alliierten ab Oktober 1946 die allgemeine Arbeitspflicht für alliierte DPs ein und der Lebensstandard in den Lagern wurden dem der österreichischen Bevölkerung angeglichen.⁶⁴ Die Ablehnung der österreichischen Bevölkerung gegenüber den jüdischen DPs lag darüber hinaus nicht nur daran, dass sie Ausländer waren sondern auch noch Juden und die jahrelange Nazi-Propaganda zeigte nach wie vor ihre Wirkung.⁶⁵ Zudem konnten jüdische DPs nicht von der österreichischen Exekutive und Justiz belangt werden.⁶⁶ Aber ganz besonders die Selbsteinschätzung der Österreicherinnen und Österreicher als „erste Opfer Hitler-Deutschlands“ ließ sich nicht mit der Anwesenheit der jüdischen Holocaust-Überlebenden vereinbaren.⁶⁷

Ein weiteres Argument der DP-Gegner war die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die Anwesenheit der Flüchtlinge. In der Tat wurden im Jahr 1946 umgerechnet rund 25% der Verbrechen in Österreich von DPs begangen, obwohl diese weniger als 8% der Bevölkerung ausmachten. Fakt ist, dass die Kosten, die auf Grund der DP-Lager bei den Alliierten anfielen, mit Ausnahme derer mit jüdischen Insassen, dem österreichischen Staat in Rechnung gestellt wurden. Darüber hinaus mussten die Österreicherinnen und Österreicher Lebensmittel, Kleidung und Medikamente aus ihren Vorräten an die „enemy-DPs“ abgeben. Ab dem Herbst 1945 wurden die Stimmen, die für eine möglichst rasche Abschiebung der Ausländer eintraten, immer lauter und sie hatten ihre Argumente, die sie propagandistisch breit traten. Allein im Februar 1946 gab der österreichische Staat in der britischen Zone 1,7 Mio. Schilling, also 15% des Steueraufkommens in dieser Zone, für den Unterhalt der DPs aus. Österreichweit wendete die Regierung im Jahr 1946 rd. 75 Mio. Schilling allein für die Ermährung der DPs auf. Zudem waren die Nahrungsmittelrationen der DPs höher als die der einheimischen Bevölkerung, was aber auf die Arbeit freiwilliger Hilfsorganisationen zurückzuführen war.⁶⁸

Aber nicht nur innerhalb der österreichischen Bevölkerung herrschte Ablehnung gegenüber den DPs und Flüchtlingen, auch in der Politik gab es kritische Stimmen. Besonders heikel war das Thema Displaced Persons in den Augen der österreichischen Bundesregierung im Bereich der bilateralen Politik mit der Sowjetunion. Die sowjetische Führung sah nämlich den Abtransport aller DPs aus Österreich als Vorbedingung für den Abschluss eines

⁶³ Vgl. JOHN, Zwischenstation Oberösterreich, S. 84 ff.

⁶⁴ Vgl. ALBRICH, Asylland wider Willen, S. 225 ff.

⁶⁵ Vgl. JOHN, Zwischenstation Oberösterreich, S. 84 ff.

⁶⁶ Vgl. Norbert RAMP, „Die D.P. bezahlen alle Preise...“. Vorurteile und Konflikte zwischen Einheimischen und jüdischen DPs in Salzburg und Oberösterreich, in: ALBRICH, Flucht nach Eretz Israel, S. 139.

⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 157.

⁶⁸ Vgl. ALBRICH, Asylland wider Willen, S. 225 ff.

Friedensvertrages. Außerdem gefährdete die Anwesenheit von jugoslawischen und polnischen NS-Kollaborateuren die Verhältnisse zu diesen Ländern. Wenn man sich die Aussagen verschiedener österreichischer Politiker der damaligen Zeit vor Augen führt, wird schnell klar, dass das Ende des Nazi-Regimes keinesfalls das Ende des Antisemitismus bedeutete. Im Grunde spielte die österreichische Regierung in dieser Zeit ein doppeltes Spiel: Einerseits versuchte man gegen die DPs, in erster Linie gegen die jüdischen, Stimmung zu machen und deren Abschiebung voranzutreiben, andererseits sollte in der Öffentlichkeit nie das Bild eines antisemitischen Österreichs aufkommen.⁶⁹

3.1.4. Repatriierung durch die UNRRA

Für die alliierten Planer erschien es als ganz selbstverständlich, dass die Massen an Displaced Persons nach Kriegsende wieder in ihre Heimatländer zurückkehren wollten. Dies ging schon aus dem „Administrative Memorandum No. 39“ hervor, worin man DPs auf dieser Grundlage definierte. Das DP-Problem sollte in den Augen der Alliierten daher ein kurzfristiges sein und durch die Abwanderung der Fremden bald nach Kriegsende wieder gelöst sein. Folglich hatte man den DPs auch nur das Konzept einer Repatriierung anzubieten. Bis zu einem gewissen Maß hatte man die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass einige DPs nicht rückkehrwillig sein könnten.⁷⁰ Bereits in einer der ersten Sitzungen der UNRRA hieß es deshalb dazu:

„It was then decided that UNRRA would continue to assist, for a reasonable period, in the case of such refugees as cannot be repatriated, until the International Committee for Refugees is prepared to remove them to new places of settlement.“⁷¹

Mit der dann herrschenden Größenordnung an so genannten „non-repatriable persons“ hatte man allerdings nicht gerechnet.⁷²

Zu Kriegsende waren Hunderttausende Flüchtlinge, vor allem Volksdeutsche vom Balkan und Osteuropa, vor der anrückenden Roten Armee geflohen und nach Österreich gekommen.⁷³ Auch baltische und ukrainische DPs, sowie polnische Juden verweigerten die Rückkehr in ihre Herkunftsländer, da sie dort mit schweren Verfolgungen zu rechnen hatten. Ein erstes Lager für nicht-rückkehrwillige Juden wurde von den Amerikanern in Linz eingerichtet.⁷⁴ Ab

⁶⁹ Vgl. ALBRICH, Asyl und wider Willen, S. 230 ff.

⁷⁰ Vgl. PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 29 ff.

⁷¹ Zit. nach: Ebd., S. 32.

⁷² Vgl. Ebd.

⁷³ Vgl. KARNER/RUGGENTHALER, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger aus Österreich in die UdSSR, S. 244 ff.

⁷⁴ Vgl. ALBRICH, Exodus durch Österreich, S. 21.

Herbst 1945 wurden noch weitere Lager rein für jüdische DPs in Österreich, allein 20 in Oberösterreich⁷⁵ und 13 in Wien, eröffnet.⁷⁶

Auf der Konferenz von Jalta 1945 hatten sich die westlichen Alliierten allerdings darauf geeinigt, Sowjetbürger in ihren Besatzungszonen den sowjetischen Behörden zur Repatriierung in die UdSSR zu übergeben.⁷⁷ Unter diese Regelung fielen unter anderem über 46.000 Kosaken in der britischen Zone, die mit ihrem Tross von 11.000 Zivilisten, 150.000 kroatischen Soldaten und Zivilisten sowie 10.000 slowenischen „Heimwehrleuten“ zwangsrepatriiert wurden, was für viele den sicheren Tod bedeutete.⁷⁸

Zu besonders dramatischen Szenen kam es dabei in der Nähe von Lienz/Osttirol, wo sich im Frühjahr 1945 25.000 Kosaken, die zuvor in der Partisanenbekämpfung auf dem Balkan und in Oberitalien eingesetzt waren, mit ihren Frauen und Kindern niedergelassen hätten. Um die von der Sowjetunion vehement geforderte Rückführung der Kosaken zu ermöglichen, wurden sie am 1. Juni 1945 entwaffnet, die Offiziere zu einer fingierten Konferenz weggelockt. Als die britischen Soldaten dann daran gingen den passiven Widerstand mit Gewalt zu beenden, begann das Drama: Während einigen Kosaken die Flucht gelang, wurden andere in der entstandenen Panik zu Tode getrampelt, einige erhängten sich in den nahe gelegenen Wäldern. Hunderte Kosaken, darunter auch Mütter mit ihren Kindern, flohen zur nahe gelegenen Drau und stürzen sich in den eiskaltes Schmelz- und Hochwasser führenden Fluss. Die nachfolgenden Deportationstransporte in die sowjetische Zone konnten die Briten ohne größere Zwischenfälle durchführen, da sie es nur mehr mit apathisch handelnden, führungs- und willenlosen Menschen zu tun hatten, die sich ihrem Schicksal ergeben hatten.⁷⁹

Das Schicksal der Kosaken sorgte international für Empörung und erst mit der Zeit stellten sich die westlichen Alliierten entschlossen gegen die von den Sowjets angeordnete Repatriierung aller sowjetischen DPs, welche zur Not auch unter Zwang durchgeführt hätte werden sollen.⁸⁰

Die Balten stellten mit 188.299 Personen im Mai 1946 unter den osteuropäischen DPs auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches nach den sowjetischen und polnischen Flüchtlingen die drittstärkste Gruppe dar⁸¹, wobei man unter diesen viele ehemalige Mitglieder der so genannten fremdvölkischen Verbände der Waffen-SS vermutete. In einem

⁷⁵ Vgl. JOHN, Zwischenstation Oberösterreich, S. 72.

⁷⁶ Vgl. OERTEL, Wien: Tor zur Freiheit?, S. 55.

⁷⁷ Vgl. KARNER/RUGGENTHALER, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger, S. 245.

⁷⁸ Vgl. ALBRICH, Asylland wider Willen, S. 222.

⁷⁹ Vgl. Martin KOFLER, Osttirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck-Wien-Bozen 2005, S. 186 ff.

⁸⁰ Vgl. PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 29 ff.

⁸¹ Vgl. KARNER/RUGGENTHALER, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger, S. 269.

internen Memorandum der UNRRA-Leitung in der US-Zone in Deutschland hieß es dahingehend:

*„Diese Leute wollen die Repatriierung nicht akzeptieren. Sie meinen ihr Land sei von ihrem Erzfeind übernommen worden und sei für sie verloren. Die Gruppe besteht aus zwei Teilen – aus solchen, die vor der russischen Invasion ihrer Länder geflohen sind und nur unter Zwang in Deutschland gearbeitet haben, und solchen, die bereitwillig kollaboriert haben. Diese zweite Gruppe herauszufiltern, ohne der ersten Ungerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist so schwer, dass es in großem Maßstab noch nicht durchgeführt wurde.“*⁸²

Während Briten und Amerikaner die baltischen DPs nicht als sowjetische Staatsangehörige sahen und deren Ablehnung einer Repatriierung akzeptierten, wollten sich die Franzosen an das sowjetisch-französische Abkommen vom Juni 1945 halten, in dem man vereinbart hatte, die Repatriierungen nötigenfalls auch unter Zwang durchzuführen. Schlussendlich konnten sich die drei Westalliierten allerdings doch darauf einigen, baltische DPs nur dann zu repatriieren, wenn sie ausdrücklich die sowjetische Staatsbürgerschaft reklamierten.⁸³

3.1.5. Bilanz der UNRRA-Tätigkeit

Insgesamt konnte die UNRRA von 1945 bis zur Einstellung ihrer Tätigkeit am 30. Juni 1947 1,25 Mio. Menschen in ihre Herkunftsänder repatriieren. Im Frühjahr 1947 musste man sich allerdings eingestehen, dass die Möglichkeiten, die DPs alleine durch Repatriierung los zu werden, erschöpft waren. Obwohl es allein den Amerikanern und Briten gelang, bis dahin rd. 750.000 bzw. rd. 170.000 DPs zu repatriieren, blieb die Zahl an DPs in Österreich 1947 auf dem Stand vom Frühjahr 1946 und stieg durch neuerliche Flüchtlingswellen aus Osteuropa bis Ende 1947 sogar noch an.⁸⁴ In Hinblick auf die materielle Hilfe erhielt Österreich von der UNRRA in den 14 Monaten ihrer Tätigkeit rd. 800.000 Tonnen Nahrungsmittel. Damit lieferte die UNRRA 1946 an die 60% aller in Österreich benötigten Lebensmittel, wovon 25% für die DPs und Flüchtlinge gedacht waren.⁸⁵

⁸² Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 80 ff.

⁸³ Vgl. KARNER/RUGGENTHALER, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger, S. 270.

⁸⁴ Vgl. ALBRICH, Asyl und wider Willen, S. 238 ff.

⁸⁵ Vgl. Roman SANDGRUBER, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte), Wien 1995, S. 451.

3.2. Kanadas Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik 1945 - 1947

Kanadas Regierung vertrat unter dem Liberalen William Lyon Mackenzie King, welcher von 1935 bis 1948 zum wiederholten Mal das Amt des kanadischen Premierministers innehatte, eine sehr restriktive und selektive Einwanderungspolitik. Ursache für diese zurückhaltende Positionierung Kanadas war zum einen, dass sich die kanadische Wirtschaft in der Zeit des Zweiten Weltkriegs stark auf die Rüstungsproduktion gestützt hatte. Nach Ende des Krieges wurde mit einer starken Depression, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg eingesetzt hatte, gerechnet. Noch zu frisch waren die Erinnerungen an die „Great Depression“ der 1930er Jahre.⁸⁶ Darüber hinaus sollte die Rückholung und Wiedereingliederung der 60.000 noch in Europa stationierten kanadischen Soldaten Vorrang gegenüber der Aufnahme von DPs und Immigranten erhalten.⁸⁷ Zudem legte die kanadische Führung, und darunter vor allem die Quebecois, sehr viel Wert auf die Erhaltung der zwei in Kanada durch Einwanderung etablierten Kulturen, Sprachen und historischen Traditionen der Briten und Franzosen. Dieses „Gleichgewicht“ sollte auch nach 1945 nicht durch die Einwanderungsströme aus der ganzen Welt gestört werden.⁸⁸ Die rechtliche Basis dieser Einwanderungspolitik bildete der Immigration Act von 1927, welcher extrem antiasiatisch und andererseits übertrieben britenfreundlich war. Die Einwanderungspolitik der ersten Nachkriegsjahre war also stark pro-britisch sowie auf Nordwesteuropäer ausgelegt.⁸⁹

Dementsprechend war auch Kanadas Position zur Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems in den ersten beiden Jahren nach Ende des Zweiten Weltkriegs restriktiv angelegt und von keiner einwanderungsfreundlichen Gesetzgebung getragen. Während man mit einer finanziellen Unterstützung der Flüchtlingshilfe einverstanden war, wollte man von einer Aufnahme von DPs in Kanada in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch nichts wissen. Und das obwohl man Gründungsmitglied der UNRRA war.⁹⁰

Erst Anfang März 1946 wurde in Kanada ein spezieller Ausschuss eingesetzt, der die Arbeit zwischen der kanadischen Regierung und der UNRRA bezüglich der Aufnahme europäischer DPs koordinieren sollte. Dieses „Committee on Immigration Policy“ wurde von Vertretern der „Departments of External Affairs“, „Labour“ und „Mines and Resources“ beschickt.⁹¹

⁸⁶ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 144.

⁸⁷ Vgl. Henriette von HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde. Displaced Persons in Australien, den USA und Kanada 1946-1952 (Studien zur Historischen Migrationsforschung 9), Osnabrück 2001, S. 81.

⁸⁸ Vgl. Freda HAWKINS, Canada and Immigration. Public Policy and Public Concern, Montreal-London 1972, S. 79.

⁸⁹ Vgl. Anthony H. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, Toronto 1967, S. 7.

⁹⁰ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 84 ff.

⁹¹ Vgl. Ebd., S. 78 ff.

Letztere Behörde war bis 1949 auch für die Koordinierung und Ausführung der kanadischen Einwanderungspolitik zuständig.⁹² Im Mai 1946 unterbreitete das Komitee der kanadischen Regierung folgende Empfehlungen:

- Ansiedelung europäischer DPs nur in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen
- Vorerst ausschließliche Aufnahme von DPs, welche bereits Verwandte in Kanada haben
- Gewährung der Aufnahme von DPs durch das „Department of Mines and Resources“
- Keine grundsätzliche Festlegung auf eine spezielle Aufnahmequote⁹³

Die kanadische Regierung orientierte sich zwar im Großen und Ganzen an den Empfehlungen des Ausschusses, allerdings kam es nicht zu einer Verabschiedung eines groß angelegten Gesetzeswerks. Vielmehr bevorzugte man in Sachen DPs flexible Einzelmaßnahmen.⁹⁴

Von Seiten der kanadischen Wirtschaft war man sehr darauf bedacht, Kanadas Beitrag in der UNRRA zu verstärken. In einer Ausgabe der kanadischen Zeitung *The Country Guide* hieß es bereits 1944: „*UNRRA is very important for Canada [...]. We're the country with the groceries.*“⁹⁵ Diese Aussage wird vor allem dann verständlich, wenn man beachtet, dass Kanada im Rahmen seiner Mitgliedschaft bei der UNRRA von 1943 bis 1947 in etwa 154 Mio. Dollar für Flüchtlingshilfe investierte, wohingegen von der UNRRA im selben Zeitraum kanadische Waren im Wert von 254 Mio. Dollar eingekauft wurden. Damit brachte die kanadische Mitgliedschaft innerhalb der UNRRA entscheidende ökonomische Vorteile. Kanada beschränkte sich bezüglich humanitärer Hilfe für DPs im Rahmen der UNRRA-Tätigkeit hauptsächlich auf finanzielle Unterstützung. Zusagen, eine bestimmte Anzahl an DPs in Kanada aufzunehmen, entzog sich die Regierung in Ottawa ausdauernd.⁹⁶ Eine Ausnahme stellte die im März 1946 beschlossene und ab Sommer desselben Jahres durchgeführte Aufnahme von 4.527 ehemaligen polnischen Soldaten, welche als Mitglieder der so genannten Anders-Armee mit den Alliierten kollaboriert hatten, dar. Dies erfolgte nicht ganz uneigennützig, da im Gegenzug deutsche Kriegsgefangene, die bis dahin in der kanadischen Land-, Berg- und Forstwirtschaft als Arbeiter eingesetzt waren, nach Europa zurücktransportiert wurden. Der dadurch entstandene Mangel an Arbeitskräften wurde durch die polnischen DPs, welche sich für eine zweijährige Tätigkeit in den genannten Wirtschaftszweigen verpflichteten mussten, wieder ausgeglichen. Aber immerhin hatte Kanada

⁹² Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 95.

⁹³ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 78.

⁹⁴ Vgl. Ebd., S. 79 ff.

⁹⁵ Zit. nach: AVERY, Reluctant Host, S. 147.

⁹⁶ Vgl. Ebd.

mit der Aufnahme der polnischen Veteranen einen ersten konkreten Schritt zur Aufnahme von europäischen DPs gesetzt.⁹⁷

Als nächster Schritt wurde von der kanadischen Regierung im Mai 1946 die Order-in-Council P.C.2071 erlassen, durch die es kanadischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die über die nötigen finanziellen Mittel verfügten, ermöglicht wurde, für ihre Angehörigen ersten Grades Einreiseanträge zu stellen. Dazu zählten auch verwaiste Nichten und Neffen. Dieses so genannte „Relative Labour Scheme“ konnte auch für europäische DPs in Anspruch genommen werden.⁹⁸ Das Sponsorsystem hatte allerdings auch seine Nachteile: Das Programm geriet nämlich mit der Zeit außer Kontrolle, da es hauptsächlich von unterqualifizierten und schlecht ausgebildeten Immigranten aus Südeuropa genutzt wurde. Auch die Zahl dieser Einwanderer nahm unerwartet große Ausmaße an. Mitte der Fünfziger wurde errechnet, dass auf einen italienischen Immigranten 49 gesponserte Verwandte kamen. Im Jahr 1959 wurde schließlich mit einem Order-in-Council die gesponserte Einwanderung von Verwandten deutlich eingeschränkt, indem nur mehr der unmittelbare Familienkreis gesponsert werden durfte. Außer der erwähnten Aufnahme von rund 4.500 polnischen Veteranen und dem „Relative Labour Scheme“ gab es für europäische DPs in den ersten beiden Nachkriegsjahren keine weitere Möglichkeit in Kanada einzuwandern. Dies änderte sich mit dem administrativen Übergang der Flüchtlingsbetreuung von der UNRRA zur IRO im Juni 1947.⁹⁹

3.2.1. Wie man kanadischer Staatsbürger werden konnte: Der Canadian Citizenship Act 1946

Bis Ende des Jahres 1946 galten Kanadier als britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und unterlagen als Mitglieder des Commonwealth sowohl im In- als auch im Ausland britischer Rechtssprechung. Ab 1. Jänner 1947 wurde mit dem Canadian Citizenship Act eine kanadische Staatsbürgerschaft eingeführt und die Bestimmungen zum Erlangen selbiger festgelegt. So konnte die Staatszugehörigkeit auch von nicht-britischen Bürgern erworben werden, insofern sie mindestens fünf Jahre in Kanada lebten, sie bereits eingebürgerte Immigranten waren, oder mit kanadischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern verheiratete Frauen nicht-kanadischer Herkunft waren. Dies mag zwar in gewisser Weise relativ liberal klingen, aber in weiteren Bestimmungen des Gesetzestextes kann man deutlich Ideen des Nationalismus herauslesen. In diesem Sinne mussten die Anwärter für eine kanadische

⁹⁷ Vgl. <http://www.cic.gc.ca/english/department/legacy/chap-5.html#chap5-2>, 15.11.2006.

⁹⁸ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 80.

⁹⁹ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 51 ff.

Staatsbürgerschaft ihren „guten“ Charakter unter Beweis stellen, ausreichende Kenntnisse der englischen bzw. französischen Sprache besitzen sowie sich der Privilegien und Verantwortung einer kanadischen Staatsbürgerschaft bewusst sein. Vorrechte für britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger blieben auch nach dem Canadian Citizenship Act bis 1980 noch bestehen. Sie erhielten bei Inkrafttreten des Gesetzes, bei bereits absolviertem fünfjährigen Aufenthalt in Kanada, automatisch die kanadische Staatsbürgerschaft sowie Wahlrecht und Pensionsanspruch.¹⁰⁰

¹⁰⁰ Vgl. <http://www.cic.gc.ca/english/department/legacy/chap-5.html#chap5-2>, 15.11.2006

4. Die Situation zur Zeit der IRO-Tätigkeit 1947 - 1952

4.1. Betreuung der DPs in Österreich durch die IRO

4.1.1. Von der PCIRO zur IRO

Im August 1946 entschied der UNRRA-Rat endgültig, sein Mandat so bald als möglich, spätestens aber am 30. Juni 1947 an die noch zu gründende „International Refugee Organisation“ (IRO) zu übergeben. Dazu kam, dass die UNRRA in ihrem Endstadium begann, nach den bereits festgelegten IRO-Richtlinien zu arbeiten, und, wenn auch in sehr bescheidenen Maßstäben, Auswanderungshilfe betrieb. Zusätzlich wurde eine Regelung zur Transferierung des UNRRA-Personals zur IRO vereinbart. Bereits im Dezember 1946 wurde eine vorbereitende Kommission, die „Preparatory Commission of the International Refugee Organisation“ (PCIRO) eingeführt, welche die Aufgaben der IRO bis zu deren Arbeitsantritt erledigte.¹⁰¹ Am 30. Juni endete dann die Tätigkeit der UNRRA offiziell und damit auch die materielle Hilfe der Administration für Österreich.¹⁰²

Am 1. Juli 1947 übernahm die PCIRO die bisherigen Aufgaben der UNRRA bzw. von SHAEF.¹⁰³ Nach Inkrafttreten der Organisationsverfassung konnte die IRO schließlich am 16. September 1948 ihre Arbeit, ohne Beteiligung der osteuropäischen Staaten¹⁰⁴, aufnehmen.¹⁰⁵ Hauptsitz der IRO war in Genf, von wo aus die Außenstellen in Europa und den USA koordiniert wurden. Finanziert wurde die Organisation in erster Linie durch die Beiträge der Mitgliedsstaaten, aber auch durch freiwillige Spenden privater und öffentlicher Stellen.¹⁰⁶

4.1.2. UNRRA und IRO – Ein Vergleich

Im Hinblick auf die Kontinuität der Organisationen lässt sich feststellen, dass die IRO, gleich der UNRRA, Angehörige ehemaliger Feindstaaten von den Hilfsmaßnahmen ausschloss. Flüchtlinge mit sowjetischer Staatsbürgerschaft wurden erst nach dem Aufkommen vermehrter Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion von der IRO versorgt.¹⁰⁷ Ansonsten unterschieden sich die beiden Organisationen doch sehr deutlich in der Definition

¹⁰¹ Vgl. Michael MARUGG, Völkerrechtliche Definitionen des Ausdrucks „Flüchtling“. Ein Beitrag zur Geschichte unter besonderer Berücksichtigung so genannter de-facto-Flüchtlinge, Basel-Frankfurt/Main 1990, S. 101.

¹⁰² Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 49.

¹⁰³ Vgl. Brigitta ZIERER, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 23), Wien 1998, S. 41.

¹⁰⁴ Vgl. MARUGG, Völkerrechtliche Definitionen des Ausdrucks „Flüchtling“, S. 101.

¹⁰⁵ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 162.

¹⁰⁶ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 68.

¹⁰⁷ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 48.

der zu unterstützenden Personen, im Ausmaß der Hilfsleistungen und in der Zielsetzung ihrer Arbeit. Während die UNRRA die Definition für DPs von der SHAEF übernommen hatte, bemühte sich die IRO um eine neue:

„Der Begriff Displaced Person bezeichnet eine Person, die als Ergebnis von Handlungen der in Teil I, Sektion A, § (a) [s.o.!] genannten Regime aus ihrer Heimat deportiert wurde oder gezwungen wurde das Land ihrer Nationalität oder ihren früheren ständigen Wohnsitz zu verlassen, etwa Personen, die zur Zwangsarbeite genötigt wurden oder die aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen deportiert wurden.“¹⁰⁸

Zur Definition der SHAEF sind zwar keine markanten Unterschiede festzustellen, aber die IRO versuchte feinere Rechtsbegriffe zu verwenden, um dadurch die Konditionen, ob jemand hilfsbedürftig war oder nicht, genauer festzulegen. Einfacher ausgedrückt sollte die „Betreuungswürdigkeit“ (eligibility) eines DPs dadurch eindeutiger festgestellt werden.¹⁰⁹ Ein weiterer Punkt, der die IRO von der UNRRA unterschied, war, dass sich erstere auch um Flüchtlinge kümmerte und sich nicht wie die UNRRA auf die Unterstützung von DPs beschränkte. Unter dem Begriff Flüchtlinge verstand die IRO „Personen, die sich außerhalb des Landes ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres ständigen Aufenthaltsortes aufhalten und – gleich, ob sie ihre Staatsangehörigkeit behalten haben oder nicht – zu einer der folgenden Kategorien gehören:“¹¹⁰

„Flüchtlinge der Zwischenkriegszeit, soweit sie unter eines der Abkommen jener Zeit fallen (Statutäre Flüchtlinge); Republikanisch-spanische Flüchtlinge; Personen, die auf Grund von Ereignissen nach Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht den Schutz desjenigen Staates annehmen können, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen oder besessen haben; Opfer des nationalsozialistischen oder eines ähnlichen Regimes; ehemalige Opfer der Verfolgung durch den Nationalsozialismus, die zwar in ihre Heimat zurückkehren, aber noch nicht wieder eine neue feste Niederlassung finden konnten; alleinstehende Kinder bis zu 16 Jahren, die als Kriegswaisen oder Kinder vermisster Eltern außerhalb ihrer Heimat leben.“¹¹¹

Zudem war die Zielsetzung der IRO in erster Linie die Neuansiedelung („resettlement“) der DPs und Flüchtlinge im Ausland, während die UNRRA erst am Ende ihrer Tätigkeit vom illusionär gewordenen Konzept der Repatriierung abging.¹¹²

Die Hauptziele der IRO können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Auswanderungshilfe und Wiederansiedelung
- Versorgung der DPs in den ehemaligen UNRRA-Lagern
- Koordination der Zusammenarbeit sämtlicher Hilfsorganisationen

¹⁰⁸ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 162.

¹⁰⁹ Vgl. Ebd., S. 164.

¹¹⁰ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 10.

¹¹¹ Vgl. Ebd.

¹¹² Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 164.

- Übernahme des Rechtsschutzes für die Flüchtlinge¹¹³

Organisatorisch war die IRO zudem viel bescheidener angelegt als die UNRRA. Zum einen beschäftigte die IRO weniger Mitarbeiter und zum anderen war der Gehalt dieser um durchschnittlich 30% geringer als er bei den UNRRA-Mitarbeitern war.¹¹⁴

4.1.3. Die IRO in Österreich

Grundlage der IRO-Tätigkeit in Österreich waren Verträge mit den drei westlichen Besatzungsmächten sowie der österreichischen Bundesregierung. In Österreich war der „Chief of Mission“, welcher im Wiener Hauptbüro saß, für die Arbeit der Flüchtlingsorganisation verantwortlich. Diese Zentralstelle umfasste wiederum vier Abteilungen:

- Fürsorge und Betreuung, Gesundheitswesen (Care and Maintenance)
- Repatriierung und Wiederansiedelung (Repatriation and Resettlement)
- Finanzabteilung (Comptroller's Office)
- Verwaltung inkl. Transport und Vorräte (Transport and Supply)¹¹⁵

Zudem waren die Mitarbeiter der Organisation in Österreich auf fünf „Area Teams“ aufgeteilt, die in den drei westlichen Besatzungszonen sowie in Wien tätig waren. Diesen zehn- (französische und britische Zone) bis 33-köpfigen (amerikanische Zone) Teams wurden wiederum jeweils ein „Area Director“ vorgesetzt.¹¹⁶ Die IRO-Mitarbeiter führten die Versorgung der Flüchtlinge im Großen und Ganzen nach den Richtlinien der UNRRA fort. Auf der Basis einzeln abgeschlossener Verträge mit freiwilligen internationalen Hilfsorganisationen konnte die IRO mit finanzieller, materieller und personeller Unterstützung von Seiten dieser rechnen.¹¹⁷ Allein das AJDC steckte zwischen 1945 bis 1950 rund 200 Mio. Dollar im damaligen Wert in die Unterstützung jüdischer DPs in Europa.¹¹⁸

¹¹³ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 68.

¹¹⁴ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 165.

¹¹⁵ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 51.

¹¹⁶ Vgl. Ebd., S. 52.

¹¹⁷ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 72.

¹¹⁸ Vgl. OERTEL, Wien: Tor zur Freiheit?, S. 53 ff.

Ab dem 1. Juli 1950 operierte die IRO nur mehr in kleinerem Rahmen und übergab die von ihr verwalteten Flüchtlingslager in österreichische Obhut. Die Transitlager und Anstalten für spezielle Krankheitsfälle blieben bis zum November 1951 unter IRO-Verwaltung.¹¹⁹

Die Tätigkeit der IRO war ursprünglich auf die zeitliche Dauer vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1950 geplant. Nach dreimaliger Verlängerung und den damit einhergehenden Kompetenzeinschränkungen beendete die IRO ihre Tätigkeit in Österreich am 31. Dezember 1951 endgültig.¹²⁰

4.1.4. Resettlement - Die Ausgangslage

Obwohl es der UNRRA gelungen war rund 1,25 Mio. Menschen aus Österreich zu repatriieren, hielten sich laut einer Statistik des Bundesministeriums für Inneres am 1. Jänner 1948 genau noch 605.105, davon 140.000 fremdsprachige, Flüchtlinge und DPs in Österreich auf.¹²¹ Das Problem an sich aber war, dass diese Personengruppe die Rückkehr in ihre Herkunftsländer großteils verweigerte und eine Neuansiedelung in einem anderen Land anstrebte.

Wer waren nun diese DPs und Flüchtlinge, die sich fast drei Jahre nach Kriegsende noch immer in Österreich aufhielten? Was waren die Gründe, warum sie nicht in ihre Heimat zurückkehren wollten? Und wo wollten sie hin?

In erster Linie waren die Nachkriegsflüchtlinge, die aus osteuropäischen Staaten vor Verfolgung und Pogromen nach Österreich flohen, hauptverantwortlich dafür, dass die Zahl der Flüchtlinge und DPs in Österreich bis 1948 konstant blieb bzw. sogar noch anstieg. Bereits im Sommer 1945 waren 100.000 vertriebene Volksdeutsche aus der Tschechoslowakei nach Österreich gekommen, 1946 folgte die nächste Welle. Bis Ende 1947 konnte man sogar noch einen Anstieg der Zahlen vermerken, was vor allem auf den Zustrom von 40.000 rumänischen Juden zurückzuführen ist. Den größten Anteil am Anstieg der Flüchtlingszahlen hatten jedoch deutsche Nachkriegsflüchtlinge aus den osteuropäischen Staaten. Von den insgesamt rund 140.000 fremdsprachigen Ausländern stellten die Jugoslawen mit 31.000, die jüdischen Flüchtlinge mit rund 25.000 und die sowjetischen Staatsangehörigen mit 21.000 Personen die größten Gruppen dar.¹²²

Die DPs und Flüchtlinge hatten verschiedene Gründe, warum sie nicht in ihre Heimatländer zurückkehren wollten bzw. konnten. Zu dieser von den Alliierten als „non-repatriable

¹¹⁹ Vgl. STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg, S. 53.

¹²⁰ Vgl. Ebd., S. 54.

¹²¹ Vgl. ALBRICH, Asylland wider Willen, S. 239.

¹²² Vgl. Ebd.

persons“ klassifizierten Gruppe zählten zum einen Flüchtlinge und DPs, die auf Grund ihres schlechten Gesundheitszustandes oder familiärer Verhältnisse auch auf lange Sicht nicht repatriiert werden konnten sowie deren Angehörige.¹²³ Bei dieser Personengruppe bestand aber oftmals auch nach der Genesung keine Möglichkeit einer Neuansiedelung in einem anderen Land; zu selektiv waren die Auswahlverfahren vieler Aufnahmeländer.¹²⁴ Eine zahlenmäßig viel größere und politisch um einiges brisantere Gruppe an Rückkehrunwilligen waren Flüchtlinge und DPs aus osteuropäischen Staaten, die vorwiegend aus politischen Gründen vor der vorrückenden Roten Armee nach Österreich geflohen waren. Sie hatten in ihren Heimatländern mit schweren Verfolgungen und Repressionen zu rechnen und lehnten eine Repatriierung daher ab. Zu diesem Personenkreis zählten unter anderem baltische und ukrainische DPs sowie aus KZs befreite osteuropäische Juden.¹²⁵

Eine letzte Gruppe an Repatriierungsverweigerern stellten die bereits oben erwähnten Nachkriegsflüchtlinge dar, die ebenfalls aus Osteuropa nach Österreich kamen. Sie waren vor dem sich ausweitenden Sowjetsystem geflohen. In weiterem Sinne waren sie daher aus Kriegsfolgegründen „displaced“ und fielen auch unter die Zuständigkeit der Alliierten.¹²⁶ Die Bewältigung des unerwartet großen Flüchtlingsstroms aus Osteuropa stellte für die Westalliierten zwar eine ziemliche Herausforderung dar, doch andererseits fühlte man sich in Anbetracht der Abneigung gegenüber dem kommunistischen Weltbild verpflichtet, die Versorgung dieser Flüchtlinge zu übernehmen.¹²⁷

4.1.5. Das Resettlement-Programm

In Anbetracht dieser Anzahl an Rückkehrunwilligen mussten sich die Alliierten eingestehen, dass die Repatriierung als einzige Möglichkeit, das Flüchtlingsproblem zu lösen, nicht erfolgreich sein würde. Die IRO ging deshalb vom Modell der Massenrepatriierungen ab und konzentrierte sich speziell auf die Organisation der Auswanderung und Neuansiedelung der DPs und Flüchtlinge.

„With the foundation of the International Refugee Organization in February 1946, the United Nations made the problem of refugees their concern. It had become universally recognized that the only hope of a solution to the problem of displaced persons lay in their resettlement in countries other than their countries of origin.“¹²⁸

¹²³ Vgl. PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 32 ff.

¹²⁴ Vgl. Ebd.

¹²⁵ Vgl. ALBRICH, Asyl und wider Willen, S. 239.

¹²⁶ Vgl. PEGEL, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 35 ff.

¹²⁷ Vgl. Kim SALOMON, Refugees in the Cold War. Toward a new international refugee regime in the early Postwar Era, Lund 1991, S. 169.

¹²⁸ Zit. nach: KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 74.

Innerhalb der IRO ging man das Programm der Neuansiedelung euphorisch an, da man sich hohen Zulauf erwartete und das DP-Problem dadurch schnell gelöst werden sollte. Ein Vorlaufprogramm, welches bis Januar 1947 insgesamt 14.000 DPs aus der deutschen US-Zone im Ausland ansiedeln konnte, schien den Planern Recht zu geben.

Der anfänglich einsetzende Erfolg des Resettlement-Programms kam im Nachhinein aber nicht überraschend. Hinter den Kulissen war nämlich schon seit längerem an dem neuen Konzept gearbeitet und diverse Absprachen getroffen worden.¹²⁹

Die USA waren der Motor des neuen Unternehmens und hatten von vornherein geplant, das Programm nicht nur auf die US-Zone zu beschränken, sondern bei der Auswahl der auszusiedelnden DPs mit den Briten Absprachen zu treffen. Dass die USA nicht unvorbereitet auf das Modell des Resettlements setzten, zeigen weitere Absprachen wie zum Beispiel mit der kanadischen Regierung und der Canadian Pacific Railway. Beide Institutionen erklärten sich bereits Ende Oktober 1946 dazu bereit, DPs aufzunehmen. Zudem hatten sich die Signatarstaaten der IRO schon in der UNO-Resolution vom 15. Dezember 1946 bereit erklärt, ihre Verpflichtung zur Aufnahme von DPs und deren rasche Wiederansiedelung wahr zu nehmen. Darüber hinaus hatten die USA Verhandlungen mit potenziellen Aufnahmeländern in Südamerika, Europa, dem britischen Commonwealth und in Nordafrika geführt und die Unterstützung der Neuankömmlinge durch verschiedene Hilfsorganisationen vereinbart. Als die PCIRO dann am 1. Juli 1947 ihre Arbeit aufnahm, konnten die Verantwortlichen schon davon ausgehen, dass die Neuansiedelung von mehr als 270.000 DPs und Flüchtlingen möglich war.¹³⁰ In der weiteren Praxis verhielten sich die Aufnahmeländer aber anfangs eher zurückhaltend. Zu frisch waren noch die Erinnerungen an die Flüchtlingswellen nach dem Ersten Weltkrieg und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit. Diese Befürchtungen sollten sich aber schon bald als unbegründet erweisen.¹³¹

Ab dem Jahr 1948 wurden dann von der IRO Auswanderungsaktionen im größeren Ausmaß durchgeführt. Um das Resettlement zu organisieren wurde von der IRO eigens die Abteilung „Repatriation and Resettlement“ eingerichtet. Um die Flüchtlinge auf eine mögliche Auswanderung vorzubereiten, sammelte diese Abteilung Informationen über Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Aufnahmeländern.¹³² Grundlage für die Auswanderung der DPs und Flüchtlinge aus Österreich waren Verträge, die die IRO über ihre Abteilung „Repatriation and Resettlement“ mit interessierten Ländern abschloss. Diese Abkommen enthielten

¹²⁹ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 168.

¹³⁰ Vgl. Ebd.

¹³¹ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 85.

¹³² Vgl. Paul FRINGS, Das internationale Flüchtlingsproblem 1919-1950, Frankfurt/Main 1951, S. 75.

Vereinbarungen, welche die Einwanderungsquoten, die Behandlung der Flüchtlinge und DPs im Aufnahmeland sowie den Erwerb der Staatsbürgerschaft regelten. Darüber hinaus wurden spezielle Einwanderungsbedingungen bezüglich Familienstand, Gesundheit, Beruf und Alter der Flüchtlinge fixiert.¹³³ Nachdem die IRO Ende 1951 ihre Tätigkeit einstellte, endete auch das Resettlement-Programm, was sich deutlich in den Einwanderungszahlen bei DPs widerspiegelt (Vgl. Kap. 4.5.)¹³⁴

4.1.6. Die Auswanderungsprogramme

Im Grunde bot die IRO den Flüchtlingen und DPs drei verschiedene Arten an Auswanderungsprogrammen an. Die erste Möglichkeit bestand im Rahmen von Regierungsprogrammen. Diese Programme verliefen vorwiegend in Form von Massenauswanderungen. Hierbei mussten die Flüchtlinge in Hinsicht auf berufliche Ausbildung und Alter den Vorstellungen des jeweiligen Aufnahmelandes entsprechen, um einwandern zu können.

Eine weitere Möglichkeit aus Österreich in ein Drittland auszuwandern bestand über den Weg der Einzelemigration. Hierbei gab es wiederum zwei verschiedene Optionen. Zum einen konnten Familienangehörige und Bekannte, die bereits im Aufnahmeland lebten oder Hilfsorganisationen für den Einwanderer bürgen. Andererseits war die Auswanderung von verschiedenen Facharbeitern durch die Bürgschaft des Arbeitgebers im Aufnahmeland möglich.¹³⁵ Im Fall Kanada wurden diese Möglichkeiten einer Emigration durch das „Relative Labour Scheme“ und das „Sponsored Labour Scheme“ abgedeckt. Auf diese beiden Programme wird im Laufe der Arbeit noch gesondert eingegangen.¹³⁶

An diesen verschiedenen Arten von Auswanderungsmöglichkeiten lässt sich allerdings schnell feststellen, dass in erster Linie nicht der humanitäre Zweck ausschlaggebend dafür war, dass Drittländer Flüchtlinge und DPs in größeren Zahlen aufnahmen. Vielmehr sahen die Aufnahmelande in den Einwanderungswilligen günstige Arbeitskräfte für die nationale Wirtschaft. Daraus lässt sich auch erklären, dass die Einwanderungsländer ein Hauptaugenmerk auf die beruflichen Qualifikationen und das Alter der Einwanderungskandidaten legten.

¹³³ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 85.

¹³⁴ Vgl. Andrea RUPPRATH, Kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, in: Gustav SCHMIDT/Jack L. GRANATSTEIN (Hrsg.), Canada at the crossroads? The critical 1960s (Kanada-Studien 17), Bochum 1994, S. 56.

¹³⁵ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 86.

¹³⁶ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 80 ff.

4.1.7. Kategorien der Auswanderer

Eine IRO-Studie über die beruflichen Fähigkeiten von rund 330.000 emigrierenden DPs und Flüchtlingen im Jahre 1948 zeigte, dass die Auswandererinnen und Auswanderer, welche einen Beruf erlernt hatten, aus bis zu 166 verschiedenen Bereichen kamen. Dabei lassen sich die beruflichen Fähigkeiten der Mehrzahl der männlichen DPs und Flüchtlinge in drei weit gefasste Gruppen aufgliedern: in „skilled“, „agricultural“ und „professional workers“.

Die erste Gruppe war jene der „skilled workers“, also der Facharbeiter. Dass diese Gruppe die größte der drei darstellte, ist nicht überraschend, mussten doch viele Flüchtlinge unter dem Regime der Nationalsozialisten Zwangsarbeit in verschiedenen Arbeitsbereichen leisten. Zum anderen wurden in den Flüchtlingslagern Fortbildungskurse für verschiedene Berufsfelder angeboten, um die Chancen der Flüchtlinge am Arbeitsmarkt und gleichzeitig zur Einwanderung in einem Drittland zu erhöhen.¹³⁷

Die zweitgrößte Gruppe stellten Flüchtlinge mit Berufserfahrung in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Forstarbeit und dergleichen dar. Viele Flüchtlinge und DPs kamen ursprünglich aus Ländern, deren Wirtschaft sehr agrarisch geprägt war und konnten daher die hierfür notwendigen Fertigkeiten vorweisen. Zudem war die Nachfrage an Arbeitern mit landwirtschaftlichen Kenntnissen vor allem in den Aufnahmeländern USA und Kanada äußerst groß.

Die dritte Gruppe war jene der „professional“, „semi-professional“ und „managerial workers“. Ein Großteil der Flüchtlinge und DPs, die unter diese Gruppe fielen, waren Intellektuelle und Akademiker, welche entweder aus ihren Heimatländern vertrieben worden waren oder die Rückkehr dorthin verweigerten, da sie mit Repressionen zu rechnen hatten.

Frauen wurden bei den diversen Einwanderungsprogrammen weit weniger berücksichtigt als Männer. Teilweise galten sie nicht als beschäftigungsfähig, da sie sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern hatten. Nichts desto trotz konnten auch die weiblichen DPs und Flüchtlinge eine Vielzahl an beruflichen Fähigkeiten und Kenntnissen vorweisen. Ein großer Teil der weiblichen Flüchtlinge hatten bereits berufliche Erfahrungen im Bereich der Landwirtschaft und der Hausarbeit. Unter die Sparte der „professional workers“ fielen viele Frauen, die eine Ausbildung als Lehrerin oder Krankenschwester abgeschlossen hatten.¹³⁸

¹³⁷ Vgl. SALOMON, Refugees in the Cold War, S. 187.

¹³⁸ Vgl. Ebd., S. 188.

4.1.8. Das Auswahlverfahren

Innerhalb des Resettlement-Programms der IRO behielten sich die Aufnahmeländer vor, die Flüchtlinge und DPs selbst auszuwählen, welche dann ins Land gelassen werden sollten. Zu diesem Zweck schickten die Länder eigene Auswahlkommissionen nach Österreich, wo sie direkt in den Flüchtlingslagern ihre Arbeit aufnahmen. So konnten die Kommissionen vor Ort jene Flüchtlinge auswählen, welche für eine Einwanderung in Frage kamen. Um dieses Prozedere zu vereinfachen, wurden im Laufe der Zeit spezielle Auswanderungslager eingerichtet. In Österreich, Deutschland und Italien gab es insgesamt zwölf solcher „resettlement centres“ der IRO.¹³⁹ Außerdem führten Mitarbeiter der IRO eine Art Vorselektion durch, wer überhaupt vor eine Auswahlkommission treten durfte. Diese ging folgender Maßen von statten:

Bevor persönlich mit den Auswanderungswilligen Kontakt aufgenommen wurde, war es die Aufgabe der IRO-Mitarbeiter, Informationsmaterial über mögliche Auswanderungsländer unter den Lagerinsassen zu verteilen. In weiterer Folge wurde dann in einem persönlichen Gespräch mit den Auswanderungswilligen überprüft, wie ernst es der betreffende Flüchtling tatsächlich mit der Auswanderung meinte. Im Anschluss musste festgestellt werden, ob der Einwanderungskandidat überhaupt die von dem Aufnahmeland vorgegebenen Kriterien erfüllte. Hatte der Flüchtling diese beiden Hürden überwunden, wurde er einer ärztlichen Untersuchung unterzogen, um auch die gesundheitliche Eignung festzustellen. Hatte der Flüchtling diese Testphase erfolgreich überwunden, wurde er mit den erforderlichen Dokumenten ausgestattet, die er für den weiteren Verlauf des Auswahlverfahrens benötigte.

Zu diesem Zweck wurde der Flüchtling gemeinsam mit seiner Familie in ein weiteres Auswanderungslager verlegt. Dort wurde er schließlich von den verschiedenen Auswahlkommissionen, die die einzelnen Aufnahmeländer nach Österreich entsandten, nochmals persönlich befragt und die Richtigkeit seiner Angaben so weit als möglich überprüft. Wurde der Flüchtling dann von einer Auswahlkommission für die Einwanderung als „geeignet“ befunden, erhielt dieser ein Visum und die erforderlichen Reisedokumente. Mit diesen wurde der Flüchtling dann ins Auswanderungszentrum in Salzburg geschickt, wo er zusammen mit anderen Flüchtlingen auf die endgültige Abreise wartete. Diese Wartefrist dauerte oft mehrere Wochen.¹⁴⁰ Deshalb wurden den Flüchtlingen in der Zwischenzeit von der IRO verschiedene Kurse angeboten, die die Integration im Aufnahmeland erleichtern

¹³⁹ Vgl. KARNER/RUGGENTHALER, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger aus Österreich in die UdSSR, S. 263.

¹⁴⁰ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 86 ff.

sollten. In erster Linie handelte es sich dabei um Sprachkurse, z.B. in Englisch, Spanisch und Portugiesisch.¹⁴¹

Der Transport in die meist überseeischen Aufnahmeländer wurde ebenfalls von der IRO organisiert und durch eigene Transportmittel ermöglicht. So standen im Sommer 1949 50 Flugzeuge, 36 Überseeschiffe, 45 Eisenbahnzüge sowie 3.300 Personen- und Lastkraftwagen im Dienste der IRO.¹⁴² In den Aufnahmeländern wurden die Flüchtlinge dann von Regierungsorganen bzw. freiwilligen Hilfsorganisationen versorgt.¹⁴³

4.2. Die kanadischen Auswahlkommissionen und Visabeamten

4.2.1. Die Organisation der kanadischen Kommissionen

Als die kanadische Regierung damit begann, Auswahlkommissionen nach Europa zu schicken und dort eigene Auswanderungs- und Visabüros einzurichten, wurde das gesamte Projekt anfänglich sehr stiefmütterlich behandelt. Man ging in Ottawa nicht von einem kontinuierlichen Engagement aus sondern erachtete das ganze eher als ein spontanes und kurzfristiges Unternehmen, wodurch das Interesse der kanadischen Politik an der Tätigkeit in Übersee und deren Finanzierung schwer litt.¹⁴⁴

Mit dem Jahr 1947 waren fünf kanadische Auswahlkommissionen des „Department of Mines and Resources“ in Deutschland und Österreich unterwegs, welche von Flüchtlingslager zu Flüchtlingslager zogen und dort Massen von DPs überprüften, welche ein kanadisches Visum anstrebten. Von Seiten der IRO war man bemüht, in den Flüchtlingslagern die Werbetrommel für eine Auswanderung nach Kanada zu röhren und in regelmäßigen Abständen lud man die Auswahlkommissionen in die Lager ein, um dort Auswandererinnen und Auswanderer zu rekrutieren.¹⁴⁵

Die mobilen Auswahlteams bestanden aus „Immigration“, „Medical“, „Labour“ und „Security Officers“, welche mehr oder weniger aus dem Koffer lebten. Hauptquartier gab es für die kanadischen Teams zu diesem Zeitpunkt noch keine. Bis zum Jahr 1952 stieg die Zahl der Mitarbeiter der kanadischen Auswahlkommissionen in Europa auf 150 an.

Bis 1950 wurden die Mitarbeiter der Auswahlkommissionen von der Einwanderungsabteilung des „Department of Mines and Resources“ bestellt. Dabei war man der Ansicht, dass die Auswahl der Einwanderungstauglichen in Europa ohne weiteres von ungeschultem Personal

¹⁴¹ Vgl. SALOMON, Refugees in the Cold War, S. 187.

¹⁴² Vgl. FRINGS, Das internationale Flüchtlingsproblem 1919-1950, S. 75.

¹⁴³ Vgl. Ebd.

¹⁴⁴ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 240 ff.

¹⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 239.

mit niedrigem Bildungsniveau durchgeführt werden konnte. Zudem schien es den Verantwortlichen ganz plausibel, dass Zollbeamte, die an der Grenze zu den USA die Abfertigung der Einreisenden abwickelten, auch für die Selektion der DPs in Übersee geeignet waren. Dabei wurde sogar auf bereits pensionierte Beamte zurückgegriffen, die sich im Dienst wohler fühlten als im Ruhestand. Die Arbeit als Einwanderungsbeamter in Europa war in Kanada nicht sonderlich beliebt. Erstens gab es bis in die 1960er keine Möglichkeit eines beruflichen Aufstieges innerhalb dieser Tätigkeit und die Bezahlung des Dienstes fiel mager aus. Aber auch bei der Anschaffung von Büros und Unterkünften für die Auswahlkommissionen in Übersee setzte die kanadische Regierung den Sparstift an. Folglich mussten die Beamten bis in die 1960er Jahre hauptsächlich mit alten, heruntergekommenen Baracken Vorlieb nehmen.

Dementsprechend schlecht war auch das Image der Einwanderungsbeamten, woraus der ständige Mangel an Personal resultierte. Der Anteil an Akademikern innerhalb der Auswahlkommissionen war verschwindend gering. Umso größer war die Zahl an korrupten Beamten: Geld, Schmuck oder andere Dienste ließen einige Beamte über eine dubiose politische Vergangenheit oder medizinische Gutachten hinwegsehen.¹⁴⁶

Für ausreichend Diskussionsstoff sorgte auch der Status der Einwanderungsbüros in Europa. Am Beginn des kanadischen Engagements für DPs hatte die Entsendung von Auswahlkommissionen und die Einrichtung kleiner Einwanderungs- und Visabüros in Übersee einen eher improvisierten Charakter. Als man sich dann aber Ende der 1940er Jahre überlegte, aufgrund der Aufhebung des „enemy alien“-Status permanente Büros in Deutschland und Österreich einzurichten, begannen die Diskussionen über den diplomatischen Status, den diese haben sollten. Im Herbst 1948 entschied die kanadische Regierung, drei permanente Konsulate in Frankfurt, Hamburg und Salzburg einzurichten, welche die Angelegenheiten bezüglich Einwanderung regeln sollten.

Tatsächlich wurden aber nur in den beiden deutschen Städten kanadische Konsulate eingerichtet, während in Salzburg im März 1949 ein Visabüro ohne diplomatischen Status eröffnet wurde, da die dortige amerikanische Besatzungsmacht die Sowjetunion nicht unnötig provozieren wollte. Drei Jahre später wurde das Büro nach Linz verlegt, wo sich mehr DPs und Auswanderungswillige befanden und die Erreichbarkeit des Büros für diese somit erleichtert wurde. Im Jahr 1955 übersiedelte das Büro dann schlussendlich nach Wien, wo es als separate Abteilung der neu etablierten kanadischen Gesandtschaft eingegliedert wurde.

¹⁴⁶ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 246.

Eine kanadische Botschaft wurde erst 1958 in Wien eröffnet.¹⁴⁷ Der klaren Trennung zwischen Einwanderungs- bzw. Visabüro und einer offiziellen kanadischen Gesandtschaft in Europa wurde von Anfang an höchste Priorität von Seiten der Regierung in Ottawa beigemessen. Der Grund dafür war, dass sich das kanadische „Department of External Affairs“ in Europa erst etablieren wollte und musste. Die Entwicklung und der Erfolg der kanadischen Migrationspolitik in Europa, und ganz speziell in Österreich, war allerdings relativ unvorhersehbar. Um hier also nicht durch eine eventuell missglückte Einwanderungspolitik in diplomatischen Misskredit zu verfallen, setzte man auf eine strikte Trennung der beiden Bereiche.¹⁴⁸

4.2.2. Die Selektion der DPs von Seiten Kanadas

Da ein beträchtlicher Teil an europäischen DPs mittels Arbeitsverträgen nach Kanada gelangte, behielten sich die kanadischen Arbeitgeber auch die Bestimmung der Auswahlkriterien vor. Besonders jüngere DPs, und darunter speziell die allein stehenden Männer, waren die Hauptzielgruppe der kanadischen Industrieverbände, da man sich von ihnen die effektivste Arbeitskraft erwartete. Der Tauschhandel bestand also darin, dass man für seine Arbeitskraft eine neue Heimat erhielt.¹⁴⁹

Dabei gingen die Mitarbeiter der jeweiligen kanadischen Auswahlteams in den europäischen Flüchtlingslagern vielfach herabwürdigend mit den DPs um, wie der folgende Bericht des Direktors des IRO-Lagers im steirischen Trofaiach belegt:

“On Friday afternoon on 24th September 1947, Mr. Shareer (representative of the Dept. of Labour and Mr. Bennet from the Canadian Metal Mining Association) arrived at Trofaiach Camp Steiermark to pre-select Metal Miners for Canada. The persons to be interviewed had been waiting for some considerable time and were standing around in small groups talking and smoking [...] Mr. Sharer told them to line up on the open road in open file [...] then walked down the centre looking persons up and down and in some cases feeling their muscles and finally selected three persons out of a total of twenty-eight applicants.”¹⁵⁰

Beim Auswahlvorgang ließen sich die kanadischen Ärzte auch immer wieder die Hände der Auswanderungswilligen zeigen, wo man nach Schwielen als Beleg für körperliche Arbeit suchte.¹⁵¹

Zudem waren bei der Arbeit der kanadischen Auswahlkommissionen Rassismus und Antisemitismus allgegenwärtig. Auf der Rangliste der erwünschten Einwanderer standen die

¹⁴⁷ Vgl. Robert H. KEYSERLINGK/Bettina S. STEINHAUSER, The Growth of Austro-Canadian Relations to 1968, in: ENGELMANN/PROKOP/SZABO, A History of Austrian Migration to Canada, S. 34.

¹⁴⁸ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 242.

¹⁴⁹ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 142.

¹⁵⁰ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 155.

¹⁵¹ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 144.

Balten, Ukrainer und Polen an oberster Stelle. Sie hatten sich als geeignete Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft erwiesen und waren daher sehr gefragt.¹⁵² Für jüdische DPs standen die Chancen über das „Sponsored Labour Scheme“ nach Kanada zu gelangen um einiges schlechter. Zum einen, da man Juden eher als Banker, Kaufleute und Intellektuelle kannte und ihnen körperlich schwere Arbeit außer in der Textilindustrie nicht zutraute. Zum anderen waren die jüdischen DPs als Folge des Holocaust vielfach von Unterernährung und körperlicher Schwäche geprägt, wodurch sie tatsächlich nicht an die Arbeitskraft anderer DP-Gruppen herankommen konnten.¹⁵³ So waren von den zwischen 1947 und Ende 1951 insgesamt 128.075 in Kanada aufgenommenen DPs nur 15.118, also rund 11,8 Prozent, Juden, wobei ein viele nur deshalb aufgenommen wurde, um den Vorwurf der Diskriminierung zu entkräften.¹⁵⁴ Gemessen an der Gesamteinwanderung in Kanada, welche im selben Zeitraum 553.061 Personen betrug, entsprach der Anteil jüdischer DPs lediglich rund 2,7 Prozent.¹⁵⁵ Zudem versuchten die Auswahlkommissionen bei den Befragungen in den europäischen Flüchtlingslagern die ideologische Ausrichtung der DPs auszumachen. Anfangs legte man Wert darauf, Nazis, NS-Kollaborateure sowie Kriegsverbrecher zu entlarven und deren Einreise in Kanada zu unterbinden. Ab Frühjahr 1946, als der Kalte Krieg sich abzuzeichnen begann und sogar ein sowjetischer Spionagering in Kanada aufflog, gerieten die Kommunisten in das Fadenkreuz der kanadischen Auswahlkommissionen. Ein eigenes „Security Committee“ wurde daraufhin gegründet, dessen alleinige Aufgabe es war, kommunistisch gesinnten DPs und Emigranten eine Einwanderung in Kanada zu verwehren.¹⁵⁶ Beamte der „Royal Canadian Mounted Police“ begleiteten ab 1947 im Auftrag des Komitees die kanadischen Auswahlkommissionen in Europa, um die DPs ideologisch auf Herz und Nieren zu überprüfen.¹⁵⁷ Zudem stand das „Security Committee“ bei seiner Arbeit in direkter Verbindung zu den entsprechenden Behörden in den USA.¹⁵⁸

Die ab 1946 immer deutlicher aufkommende Angst einer Infiltrierung der kanadischen Gesellschaft durch den Kommunismus traf vor allem jüdische DPs, da Kanadier jüdischer Herkunft in der Kommunistischen Partei besonders aktiv waren. Dadurch bekamen Gegner der jüdischen Einwanderung in Kanada erneut Wasser auf ihre Mühlen.¹⁵⁹

¹⁵² Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 146.

¹⁵³ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 156 ff.

¹⁵⁴ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 146.

¹⁵⁵ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 372.

¹⁵⁶ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 142.

¹⁵⁷ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 330.

¹⁵⁸ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 141.

¹⁵⁹ Vgl. Ebd., S. 141.

4.2.3. Selektive Emigration und der „Hard Core“

Nicht nur Kanada sondern sämtliche wichtigen Aufnahmeländer nahmen die DPs und Flüchtlinge nicht wahllos auf. Vielmehr war es Ziel dieser Länder über den Weg des Resettlement-Programms günstige Arbeitskräfte zu erwerben und daraus einen Nutzen für die eigene nationale Wirtschaft zu ziehen. Folglich waren die einzelnen Auswahlkommissionen, die die „geeigneten“ Flüchtlinge und DPs herausfilterten, auf der Suche nach den „Besten“ in der Menge. Die größten Chancen konnten sich dabei körperlich gesunde, arbeitsfähige und ledige Männer machen.¹⁶⁰ So darf es nicht verwundern, dass sich die Gesamtzahl an Immigranten im Falle Kanadas zwischen 1945 und 1962 in 13% Frauen und 87% Männer aufteilte.¹⁶¹

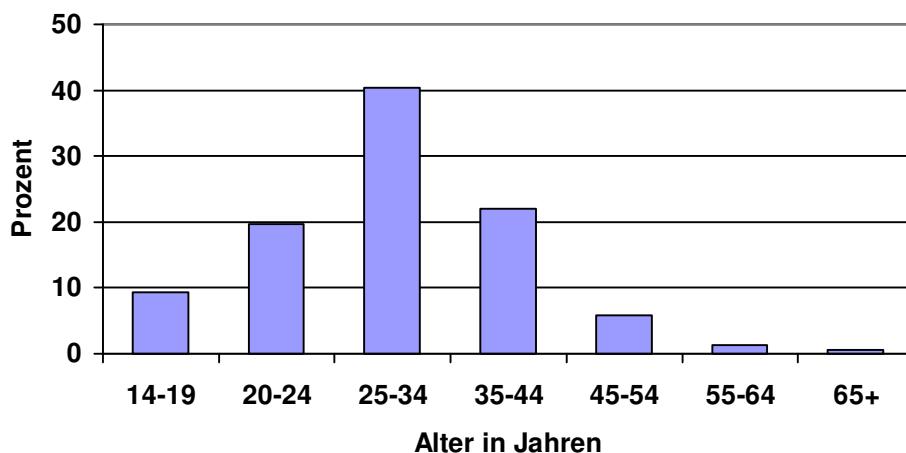
Ganz entscheidend war bei der Auswahl auch das Alter des Einwanderers. So umfasste das Resettlement-Programm vorwiegend männliche DPs zwischen 20 und 44 Jahren. Bei den weiblichen DPs wurde die Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren am häufigsten berücksichtigt.¹⁶²

Alter der Einwanderer zum Zeitpunkt der Immigration in Kanada 1945-1961

Alter in Jahren	14-19	20-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
%	9.4	19.7	40.4	22.0	5.8	1.3	0.6

Quelle: RICHMOND, Post-War Immigration to Canada, S. 36

Alter der Immigranten 1945-1961



¹⁶⁰ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 171.

¹⁶¹ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigration to Canada, S. 34.

¹⁶² Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 171.

Die Abschöpfung der leistungsfähigsten der DPs und Flüchtlinge hatte gravierende Folgen auf die restliche DP-Population. Übrig blieben meist nur körperlich und geistig Behinderte, Alte und allein stehende Mütter sowie Personen, die auf Grund ihrer Berufsuntauglichkeit oder wegen früherer krimineller Delikte für die Aufnahmeländer nicht attraktiv waren.¹⁶³ Auch Frauen Anfang 40 oder kinderlose ältere Paare hatten kaum Chancen für die Auswanderung in Frage zu kommen. Dieser Personenkreis wurde von den Alliierten als „Hard Core“ bezeichnet. Diese Selektion ging oft so weit, dass junge Familien nur für die Auswanderung ausgewählt wurden, wenn sie die Großeltern zurückließen.¹⁶⁴ Während unter den arbeitsfähigen jungen Flüchtlingen und DPs von den Immigrationsbeauftragten der einzelnen Aufnahmeländer eifrig für eine Emigration geworben wurde, mussten die DPs, die für die Auswanderung nicht ausgewählt wurden, in erster Linie mit dem psychischen Druck fertig werden, dass ihre Zurückstellung auf persönliche Defizite und fehlende Qualifikationen zurückzuführen war. Durch die restriktiven Einwanderungsbestimmungen wurden die Hoffnungen vieler Flüchtlinge, durch eine Auswanderung ein neues, besseres Leben anzufangen, zunichte gemacht. Von dieser Enttäuschung gekennzeichnet, sank bei einem Großteil der Zurückgebliebenen die Bereitschaft, die notwendige Initiative für eine Emigration neuerlich aufzubringen.¹⁶⁵ Nach Angaben der IRO befanden sich zum Jahresende 1949 noch 1.644 „Hard Core“-Fälle in Österreich.¹⁶⁶ Davon waren rund 500 chronisch kranke Patienten aus der jüdischen Gemeinschaft, die zusammen mit ihren Angehörigen eine Gruppe von 1.500 Personen umfassten.¹⁶⁷

4.3. Bilanz der IRO-Hilfe

In der Zeit ihrer Tätigkeit vom 1. Juli 1947 bis zum 31. Dezember 1951 gelang es der IRO insgesamt 145.233 Personen zur Auswanderung aus Österreich in 46 verschiedene Länder zu verhelfen.¹⁶⁸ Nur mehr 5.667 Flüchtlinge und DPs wurden in diesem Zeitraum repatriiert.¹⁶⁹

¹⁶³ Vgl. Thomas ALBRICH, Zwischenstation des Exodus. Jüdische Displaced Persons und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Oliver RATHKOLB/Gernot HEISS (Hrsg.), Asyl und wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft 25), Wien 1995, S. 133.

¹⁶⁴ Vgl. KARNER/RUGGENTHALER, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger aus Österreich in die UdSSR, S. 263 ff.

¹⁶⁵ Vgl. JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 168 ff.

¹⁶⁶ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 75.

¹⁶⁷ Vgl. Thomas ALBRICH, Die zionistische Option. Israel und die Überlebenden des Holocaust in Österreich, in: ALBRICH, Flucht nach Eretz Israel, S. 278.

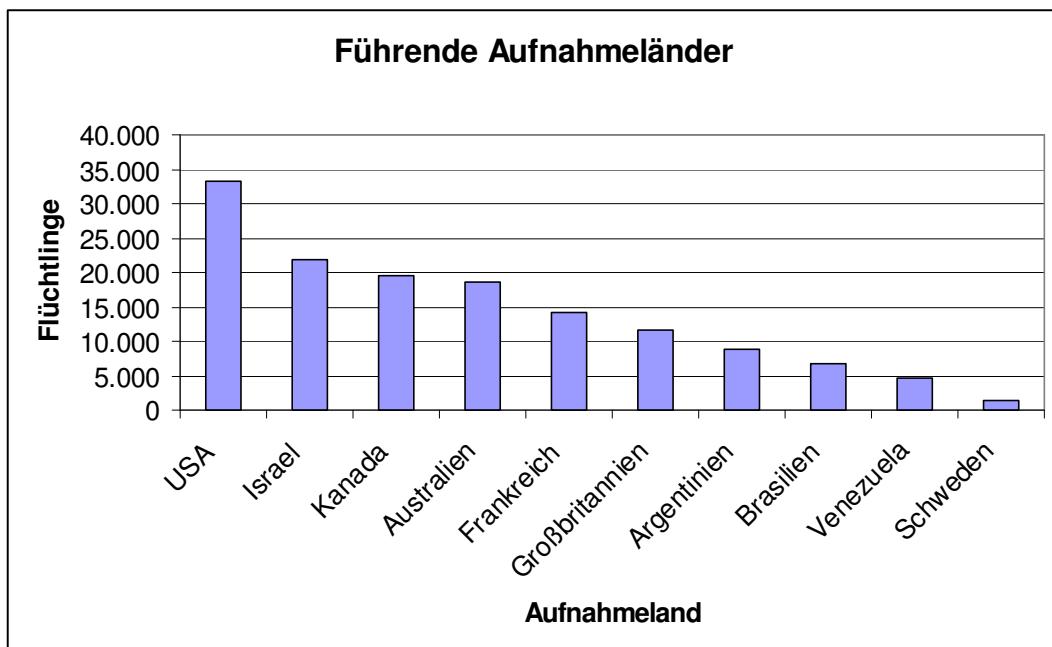
¹⁶⁸ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 87.

¹⁶⁹ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 50.

Folgende Länder haben in der Zeit der IRO-Tätigkeit am meisten Flüchtlinge und DPs aus Österreich aufgenommen:

Aufnahmeland	Flüchtlinge und DPs
USA	33.358
Israel	21.865
Kanada	19.607
Australien	18.555
Frankreich	14.199
Großbritannien	11.583
Argentinien	8.772
Brasilien	6.709
Venezuela	4.731
Schweden	1.415

Quelle: STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 50.



Darüber hinaus fanden die Flüchtlinge und DPs auch in Belgien, Bolivien, den Niederlanden, Neuseeland, Paraguay und in der Türkei eine neue Heimat.

Am 1. Juli 1947 schätzte die IRO die Anzahl der unter ihrem Mandat stehenden Flüchtlinge und DPs mit 160.000 Personen. Als die Organisation ihre Tätigkeit am 31. Dezember 1951 einstellte, waren davon noch 19.623 in Österreich zurückgeblieben. Die Kosten des Auswanderungs- und Repatriierungsprogramms beliefen sich nach Berechnungen der IRO auf über 40 Mio. US-Dollar.¹⁷⁰ Bezuglich der Auswanderung von jüdischen DPs aus Österreich nach Kanada unter der IRO war es nicht möglich, exakte Zahlen zu finden. In Kanada machten jüdische Einwandererinnen und Einwanderer in diesem Zeitraum aber in etwa 5% der Gesamtimmigranten aus.¹⁷¹

4.4. Kanadas Einwanderungspolitik zur Zeit der IRO-Tätigkeit 1947-1952

4.4.1. Warum Kanada die Einwanderer brauchte

Der Zweite Weltkrieg hatte in Kanada eine enorme Produktionssteigerung bewirkt, die die Wirtschaftsleistung in die Höhe schießen ließ. Aber anders als nach dem Ersten Weltkrieg kam es nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu keiner wirtschaftlichen Depression, sondern zu einem regelrechten „Boom“ der kanadischen Wirtschaft. Die europäischen Staaten und Japan waren durch die Zerstörungen des Krieges, einerseits zu unbedeutenden Konkurrenten, andererseits zu sehr guten Abnehmern kanadischer Produkte geworden. Vor allem durch den Marshall-Plan fand Kanada einen sicheren Absatzmarkt in Europa. Ebenfalls in diese Zeit fielen die Entdeckungen der großen Öl- und Erdgaslager in West-Kanada und Erzlagerfunde in Labrador. Der Bau von Wasserkraftwerken entlang des St. Lorenz-Stroms und der Bau einer riesigen Schmelzanlage in British-Columbia schufen eine Vielzahl an Arbeitsplätzen und ließen Kanada zum weltweit zweitgrößten Aluminiumproduzenten aufsteigen.¹⁷²

Die wirtschaftliche Konjunktur lockte zudem viele ausländische Investoren an. Das Fremdkapital verdoppelte sich von 1945 bis 1955 auf 13.5 Milliarden US-Dollar. In dieser Periode kamen ca. 75% der Auslandsinvestitionen von amerikanischen und „nur“ mehr 20% von britischen Unternehmen. Hand in Hand mit dieser verstärkten Investitionspraxis wurden auch die populistischen Stimmen, welche vor einem Aufkauf Kanadas durch die Vereinigten Staaten und einer möglichen Annexion warnten, wieder laut. Vor allem im Transportsektor

¹⁷⁰ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 50.

¹⁷¹ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 5.

¹⁷² Vgl. Udo SAUTTER, Geschichte Kanadas, München 1992, S. 201 ff.

konnte nun investiert werden. Durch neue Eisenbahnlinien und Rohrleitungen konnte der Rohstofftransport beschleunigt werden und der Bau des Trans-Canada Highways in den 1950er Jahren schuf neue Arbeitsplätze. Das zentrale Bauprojekt dieser Zeit war der Bau des St. Lorenz-Seeweges, welcher den großen Hochseeschiffen die Durchfahrt zu den Häfen der Großen Seen ermöglichte.¹⁷³

4.4.2. Ruf nach mehr Arbeitskräften

Die starke wirtschaftliche Konjunktur der Nachkriegsjahre brachte eine regelrechte Flut an zusätzlichen Arbeitsplätzen mit sich, welche durch kanadische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger alleine nicht mehr aufgefüllt werden konnten. Aus diesem Grund verlangte die kanadische Wirtschaft immer lauter nach Arbeitern aus dem Ausland. Es entwickelten sich eigene, von Wirtschaftskreisen geleitete Komitees, welche aufgrund der Wirtschaftskonjunktur begannen, Arbeiter anzuwerben. So leiteten zum Beispiel die einzelnen „provincial farm labour committees“ ihre Empfehlungen für bestimmte Einwanderer an das „Department of Labour“ weiter, woraufhin die „Immigration Division of the Department of Mines and Resources“ Gruppeneinwanderung von Landwirtschaftsarbeitern organisierte. Auf dieselbe Art und Weise wurde auch die Einwanderung im Bereich des Baugewerbes, der Industrie und der Dienstleistungen gelenkt. Die Neuankömmlinge sollten zumindest ein Jahr in der jeweiligen Anstellung tätig sein.¹⁷⁴

¹⁷³ Vgl. SAUTTER, Geschichte Kanadas, S. 203.

¹⁷⁴ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 47 ff.

Die kanadischen Einwanderer nach Berufsgruppen

Beruf	1946-1955	1956-1962
Leitende Angestellte	4.213	6.777
Akademiker	44.526	62.233
kaufmänn. Angestellte	46.788	53.515
Transport	14.331	9.130
Kommunikation	1.001	2.893
Handelswesen	25.257	17.934
Finanzwesen	474	1.391
Dienstleistungen	69.447	73.788
Landwirte	138.195	37.959
Holzfäller, Fischer, Jäger	12.928	1.955
Bergbau	10.029	4.271
Baugewerbe	52.516	44.252
Fabrik und Handwerk	148.095	100.970
Arbeiter allgemein	58.743	64.893
Sonstige	9.255	2.323
Arbeitskräfte insgesamt	635.798	484.309
Gesamtimmigration	1.222.319	929.186

Quelle: HAWKINS, Canada and Immigration, S. 45; RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 98 ff.

4.4.3. Die Einwanderungspolitik unter Mackenzie King

In Anbetracht der immer nötiger werdenden Immigration von Arbeitskräften sah sich die politische Führung Kanadas gezwungen, eine erste offizielle Formulierung der Ziele einer kanadischen Einwanderungspolitik abzugeben. Diese erfolgte am 1. Mai 1947 durch den liberalen Premierminister William Mackenzie King und prägte die weitere Vorgehensweise bis 1962. Als langfristiges Ziel bezeichnete Mackenzie King ein kontrolliertes Bevölkerungswachstum, als kurzfristiges das Wirtschaftswachstum. Die Berechnungsgrundlage für die Anzahl an Immigranten sollte die „Aufnahmekapazität der Wirtschaft“ darstellen, welche jährlich bemessen werden sollte.¹⁷⁵

„The essential thing is that immigrants be selected with care, and that their number be adjusted to the absorptive capacity of the country. [...] The figure that represents our absorptive capacity will clearly vary from year to year in response to economic conditions.“¹⁷⁶

¹⁷⁵ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 61.

¹⁷⁶ Zit. nach: Ebd.

Weiters wiederholte Mackenzie King sein bisheriges Dogma, dass der WASP-Charakter (White Anglo-Saxon Protestants) der kanadischen Gesellschaft durch die Selektion der Einwanderer erhalten bleiben sollte, was auch gleichzeitig das Interesse des kanadischen Volkes sei. „*A country should surely have the right to determine what strains of blood it wishes to have in its population and how its people coming from outside have to be selected.*“¹⁷⁷

“*The people of Canada do not wish to make a fundamental alteration in the character of their population through mass immigration. The government therefore opposed to large-scale immigration from the Orient, which would certainly give rise to social and economic problems, which might lead to serious international difficulties.*“¹⁷⁸

Die Aussagen Mackenzie Kings über die Einwanderungspolitik waren vor allem deshalb entscheidend, da sie die ersten bedeutenden Debatten im kanadischen Parlament über Einwanderung auslösten.¹⁷⁹

4.4.4. Die Einwanderungspolitik unter Stephen St. Laurent

Am 15. November 1948 wurde der liberale Parteiführer und ehemalige Außenminister Louis Stephen Saint Laurent neuer kanadischer Premierminister. Er war auch der Wunschkandidaten des scheidenden Premiers Mackenzie King. Dem Frankokanadier St. Laurent, den die Kanadier liebevoll „Onkel Louis“ nannten, verhalfen die Wirtschaftskonjunktur und sein ausgezeichneter Außenminister Lester Bowles Paerson zu viel Ansehen in der kanadischen Bevölkerung. Jeweils 1949 und 1953 konnten die Liberalen mit ihm als Spitzenkandidat Wahlerfolge auf Bundesebene erzielen.¹⁸⁰

Die Einwanderungspolitik unter der Regierung St. Laurent war in erster Linie durch das so genannte „tap on/tap off“-System gekennzeichnet. Diese Praxis der Einwanderungspolitik, die an das Betätigen eines Zapfhahns erinnert, folgte folgendem Prinzip: Die Aufnahmekapazität der Wirtschaft wurde als Messlatte für Einwanderungsbewilligungen verwendet. Das Angebot an Arbeitsplätzen in der kanadischen Wirtschaft sollte in diesem Sinne mit den Einwanderungszahlen korrelieren. In Jahreszeiten, in denen vermehrt Arbeitsplätze zur Verfügung standen, wurden Einwanderer vielfach angeworben, während man in den Herbst- und Wintermonaten den „Zapfhahn“ in Form von häufigerer Visaablehnung wieder zumachte. Die „Aufnahmekapazität der Wirtschaft“ als Kriterium für die Immigrantenbewilligung war allerdings ein äußerst vager Begriff. Auch ein Katalog, der

¹⁷⁷ Zit. nach: RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 61.

¹⁷⁸ Vgl. <http://www.web.net/~ccr/history.html>, 20.11.2006.

¹⁷⁹ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 66.

¹⁸⁰ Vgl. SAUTTER, Geschichte Kanadas, S. 207.

den Grad des technischen Fortschritts, die Erschließung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen, sie Situation auf den Exportmärkten und die Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt als Hauptkriterien für das „tap on/tap off“-System vorsah, war zu allgemein gehalten. Aus diesen Gründen kam es zwischen dem Einwanderungs- und Arbeitsministerium zu drei Konfliktpunkten:

a) Festlegung der jährlichen Immigrantenanzahl

Die Einwanderungsbehörde berechnete alljährlich einen höheren Bedarf an Immigranten als das Arbeitsministerium, welches pro Arbeitsplatz einen Immigranten vorsah. Der Einwanderungsbehörde ging es also mehr um Quantität, während das Arbeitsministerium auf die Qualifikationen der Einwanderer achtete.

b) Beachtung kurz- oder langfristiger Faktoren

Das Arbeitsministerium sah eine kurzfristig geplante Einwanderungspolitik vor, die sich je nach Bedarf an Arbeitskräften richten sollte. Weiters sollte die Zuwanderung von Familienangehörigen und Wirtschaftsimmigranten zusammengefasst werden, wodurch eine Einschränkung der gesponserten Einwanderung die Folge gewesen wäre. Dagegen verwehrte sich die Einwanderungsbehörde.

„[...] recognition must be given to the short range view in as much as we are now faced with unemployment. It must be appreciated that immigrants come in and take jobs immediately. [...] the admission of general labourers should definitely be restricted or eliminated, if possible.“¹⁸¹

c) Kooperation zwischen Einwanderungs- und Arbeitsministerium in der Praxis

Seit der Aufnahme europäischer Flüchtlinge 1947 kooperierten die beiden Ministerien bis 1952 erstaunlich gut, wobei erwähnt werden muss, dass das Arbeitsministerium des Öfteren den Kürzeren zog. Danach wurde die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Beamten allerdings immer unorganisierter und unkoordinierter, woraufhin man die Kooperation 1954 auflöste. Alle Immigrationsangelegenheiten in Kanada fielen nunmehr in den Kompetenzbereich der Einwanderungsbehörde und die Anzahl an mitwirkenden Beamten des Arbeitsministeriums wurde auf ein Minimum reduziert.¹⁸²

¹⁸¹ Zit. nach: RUPPRATH, kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 64.

¹⁸² Vgl. RUPPRATH, kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 62.

4.5. Kanadas Flüchtlingspolitik zur Zeit der IRO-Tätigkeit

Wie bereits zur Zeit der UNRRA lag die Zuständigkeit für die Koordinierung und Abwicklung der kanadischen Einwanderungspolitik, die natürlich auch DPs betraf, zu Beginn der IRO-Tätigkeit beim „Department of Mines and Resources“. Dies sollte bis Ende 1949 auch so bleiben. Im Jänner 1950 wurde schließlich die „Immigration Branch“ des „Departments of Mines and Resources“ von einem neu gegründeten und eigenständigen „Department of Citizenship and Immigration“ abgelöst. Zwei weitere neu installierte Departments teilten sich die restlichen ökonomischen Kompetenzen auf. Somit hatte das „Department of Citizenship and Immigration“ offiziell die Zuständigkeit in Fragen der Einwanderungspolitik übernommen.¹⁸³ Bei der Ausführung seiner Arbeit geriet das Department immer wieder in Konflikt mit dem „Department of Labour“, besonders bei der Festlegung der jährlichen Immigrantenanzahl, wo das Arbeitsministerium weitaus restriktiver eingestellt war. In der Praxis gelang es dem Einwanderungsministerium aber meistens den Einfluss des „Department of Labour“ klein zu halten.¹⁸⁴

Der administrative Übergang der Flüchtlingsbetreuung von der UNRRA zur neu gegründeten IRO verlief zwar ohne größere Komplikationen, jedoch trat nun an die Stelle des Repatriierungssystems der UNRRA das groß angelegte Resettlement-Programm der IRO. Während man in den ersten beiden Nachkriegsjahren von Seiten Kanadas sich hauptsächlich auf finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsarbeit beschränkt hatte und nur in geringem Maße Einwanderungsmöglichkeiten für DPs bereit stellte, drängte die IRO nun Kanada verstärkt, europäische DPs in größerem Rahmen aufzunehmen. Dies stellte den entscheidenden Konfliktpunkt zwischen Kanada und der IRO dar, denn die kanadische Regierung wehrte sich konsequent dagegen, konkrete Aufnahmekoten zuzusichern.¹⁸⁵ Von politischer Seite war man nämlich der Ansicht, dass kein Fremder das Gott gegebene Anrecht auf eine Einwanderung in Kanada habe und es ein Privileg sei, dort aufgenommen zu werden.¹⁸⁶

Aus drei Gründen entschied sich Kanada dann doch, am Resettlement-Programm der IRO für europäische DPs teilzunehmen:

Wie erwähnt, wurde im Laufe der ersten Nachkriegsjahre ersichtlich, dass die kanadische Wirtschaft auf Grund der zusammengebrochenen europäischen Wirtschaftskonkurrenz und

¹⁸³ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 95 ff.

¹⁸⁴ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 62.

¹⁸⁵ Vgl. AVERY, The Reluctant Host, S. 148.

¹⁸⁶ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 139.

dem gestiegenen Absatz durch das ERP-Programm einen regelrechten „Boom“ durchlebte. Dadurch entstand in Kanada ein spürbarer Arbeitskräftemangel. Die Aufnahme und der Einsatz von DPs als Arbeitskräfte lagen daher nahe.¹⁸⁷

Der zweite Grund, warum Kanada einer Aufnahme von DPs nach anfänglichem Zögern trotzdem zustimmte, war das weltweit gewachsene politische, ökonomische und militärische Gewicht Kanadas nach dem Zweiten Weltkrieg. In dieser weltpolitischen Position konnte Kanada das Problem der Millionen von „Displaced Persons“ in Europa, das nach einer dringenden Lösung verlangte, nicht einfach ignorieren. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die anderen westlichen Alliierten einen kanadischen Beitrag forderten.¹⁸⁸

Ein dritter Grund, sich dem Resettlement-Programm der IRO anzuschließen, hing damit zusammen, dass aus wirtschaftlichen Gründen die verstärkte Aufnahme von DPs 1947 nur mehr eine Frage von Zeit war. Und in diesem Fall wollte man wenigstens schnell genug sein, um die besten der DPs für sich abzuschöpfen. Ein Gedankengang, der auch in den anderen Aufnahmeländern vollzogen wurde.¹⁸⁹

Ab Juni 1947 wurde schließlich eine Reihe von „Orders-in-Council“ erlassen, in denen man sich zur Aufnahme einer bestimmten Anzahl von DPs verpflichtete bzw. Änderungen bei den Auswahlkriterien vornahm. Zwischen 40.000 bis 50.000 DPs wurde dadurch allein in der Zeit vom Juni 1947 bis Oktober 1948 die Einreise in Kanada genehmigt. Insgesamt wurden von kanadischer Seite in der Periode 1947-1952 zwischen 164.000 und 165.700 DPs aufgenommen¹⁹⁰ und 18 Mio. US-Dollar in den Fonds der IRO eingezahlt.¹⁹¹ Von einer groß angelegten kanadischen Flüchtlingspolitik kann in der Nachkriegszeit jedoch nicht gesprochen werden. Vielmehr bestand die kanadische Aufnahmepolitik bezüglich DPs aus vielen flexibel anwendbaren Einzelmaßnahmen.

¹⁸⁷ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 81.

¹⁸⁸ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 145.

¹⁸⁹ Vgl. Ebd., S. 152.

¹⁹⁰ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 139.

¹⁹¹ Vgl. Ebd., S. 85.

Jährliche Einwanderung von DPs in Kanada 1947-1952

Jahr	DPs
1947	14.250
1948	50.610
1949	33.197
1950	24.911
1951	41.016
1952	1.713

Quelle: http://www.ucalgary.ca/applied_history/tutor/canada1946/chapter1.html, 7.11.2006.

4.6. Einwanderungsprogramme für DPs und Immigranten 1947-1952

„Sponsored Labour Scheme“

Nachdem im Mai 1946 das „Relative Labour Scheme“ beschlossen worden war, wurden die Möglichkeiten der Einwanderung im Sommer 1947 deutlich erweitert. Mit dem „Sponsored Labour Scheme“, welches in Form der „Order-in-Council P.C. 2180“ vom Juni 1947 erlassen wurde, konnte man auch Immigranten und DPs, die keine bürgenden Verwandten in Kanada hatten, die Möglichkeit geben, einzuwandern. Dieses Einwanderungsprogramm sah vor, dass einzelne Arbeitgeber bzw. was in Kanada weit häufiger war, ganze Industrieverbände, die Einwanderung einer bestimmten Zahl an Immigranten bzw. DPs sponsern und ihnen in Kanada einen Arbeitsplatz verschafften.¹⁹² Das Rückgrat des „Sponsored Labour Scheme“ stellte das so genannte „Bulk Labour Program“ dar, woran v.a. DPs, aber nicht ausschließlich, teilnehmen konnten. Für die Durchführung dieses speziellen Projekts wurde das im Sommer 1947 gegründete „Immigration Labour Committee“ beauftragt.¹⁹³ Dieses Komitee setzte sich aus Vertretern der „Immigration Branch of the Department of Mines and Resources“ sowie den „Departments of Labour“, „External Affairs“ und „National Health & Welfare“ zusammen und entwickelte in Zusammenarbeit mit verschiedenen kanadischen Industrieverbänden, z.B. der Canadian Forestry Association und der Canadian Manufactures`

¹⁹² Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 140 ff.

¹⁹³ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 107.

Association¹⁹⁴, Pläne für Gruppen-Einwanderungen von Arbeitskräften. Die Durchführung des kanadischen „Bulk Labour Programs“ erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der IRO, deren Mitarbeiter zusammen mit Beamtenteams aus Kanada die Auswahl der geeigneten DPs in den europäischen Flüchtlingslagern vornahmen.¹⁹⁵ Bei der gesponserten Immigration von Arbeitskräften standen die Mitarbeiter des „Department of Labour“ auf derselben Stufe mit den Einwanderungsbeamten. Das erklärt auch, dass die Auswahllisten der Immigranten und DPs in Europa vielfach einem Wunschzettel der kanadischen Wirtschaftszweige glich.¹⁹⁶ Darüber hinaus bestand für die einzelnen Industriebereiche die Möglichkeit über den „National Employment Service“, einer Abteilung des „Department of Labour“, pauschal Arbeitnehmer anzufordern.¹⁹⁷ Dabei mussten alle Arbeitgeber nachweisen, dass sie für die zu vergebenden Arbeitsplätze keine geeigneten kanadischen Arbeitnehmer finden konnten. Außerdem musste den Arbeitern eine mindestens einjährige Beschäftigungs- und Unterkunftsmöglichkeit angeboten werden. Die Bezahlung und Arbeitsbedingungen hatten zudem den kanadischen Standards zu entsprechen. Jeder Antrag wurde dem „Immigration Labour Committee“ zur Prüfung vorgelegt, welches über eine Genehmigung entschied.¹⁹⁸ Die beiden Ministerien für Einwanderung und Arbeit stellten nach der Begutachtung durch das Komitee eine Liste von gewünschten Berufsgruppen zusammen. Diese Liste wurde dann an die einzelnen überseeischen Einwanderungsbüros verteilt, welche nach den vorgegebenen Kategorien Anwerbungen durchführten.¹⁹⁹

In Europa mussten dann die auswandernden DPs einen Arbeitsvertrag mit den Einzelheiten ihrer Anstellung unterzeichnen. Dieser Vertrag wurde nicht mit dem jeweiligen Arbeitgeber sondern mit dem kanadischen Arbeitsministerium abgeschlossen. Dabei verpflichteten sich die Auswandererinnen und Auswanderer unter anderem die Kosten für den Inlandstransport an den jeweiligen Arbeitgeber zurückzuerstatten, falls das Arbeitsverhältnis vom Arbeitnehmer vor Auslaufen der vorgeschriebenen Frist aufgekündigt wurde.²⁰⁰ Schwerwiegende Repressalien hatten die Arbeiter bei Nichteinhaltung der vertraglich vereinbarten Arbeitsdauer aber nicht zu befürchten. Obwohl bei Vertragsbruch auch mit der Ausweisung gedroht wurde, ging der kanadische Staat hier sehr zurückhaltend vor.²⁰¹

¹⁹⁴ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 153.

¹⁹⁵ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 140.

¹⁹⁶ Vgl. Ebd., S. 142.

¹⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 87.

¹⁹⁸ Vgl. Ebd., S. 266.

¹⁹⁹ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 48 ff.

²⁰⁰ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 263 ff.

²⁰¹ Vgl. Ebd., S. 287.

Wie bereits erwähnt, war die Länge der Arbeitsverpflichtung von der kanadischen Regierung auf zwölf Monate festgesetzt worden. In der Praxis zeigte sich die Regierung allerdings äußerst flexibel, was die festgelegte Arbeitsdauer anbelangte. Vielmehr waren es die einzelnen Industrieverbände, die hier ihre Vorstellungen durchsetzen konnten. So boten die Holzfällerbetriebe meist nur maximal zehnmonatige Verträge an, da der Holzschlag saisonabhängig war. Auch im Bergbau wurde Kritik an der von der Regierung vorgegebenen Vertragslänge laut und Vertreter dieser Branche beklagten: „*Wenn wir sie soweit haben, dass sie von irgendwelchem Nutzen für uns sein würden, sind ihre zwölf Monate abgelaufen, und [dann] wollen sie abspringen, um bessere Jobs zu bekommen als die, für die wir sie ausgebildet haben.*“²⁰²

Besonderes Gefahrenpotential lag aber in den vielfach mangelhaften Englischkenntnissen der eingewanderten Arbeitskräfte. Dies führte dazu, dass die Arbeiter oftmals die einfachsten Anweisungen nicht verstehen bzw. Warnsignale nicht als solche wahrnehmen konnten.

In Form dieser wirtschaftlich gesteuerten Gruppeneinwanderungen kamen zwischen 1945 und 1950 in etwa 190.000 Immigranten nach Kanada. Zirka 30% davon entfielen auf den landwirtschaftlichen Bereich. In den darauf folgenden Jahren wurden weitere 112.000 Arbeiter alleine für die Landwirtschaft angeworben.²⁰³ Auf den kanadischen Wunschlisten fanden sich aber auch ausgebildete Handelsmänner, nicht ausgebildete und daher billige Arbeiter, Geistliche, Arbeiter aus dem Dienstleistungsbereich, Haushaltshilfen sowie professionelle und halb-professionelle Arbeiter.²⁰⁴ Weibliche DPs kamen entweder in der Textilindustrie unter, oder, falls sie keinen Beruf erlernt hatten, als Haushaltshilfen und in medizinischen Einrichtungen. Für Familien bestand die Möglichkeit im Bereich der Landwirtschaft einen Arbeitsvertrag zu erhalten.²⁰⁵ Ab 1953 wurde das System immer komplizierter, da man auf eine noch stärkere Verknüpfung zwischen den Gewerbebereichen mit Arbeitermangel und den Fertigkeiten der einwandernden Arbeiter achtete. Dadurch wurde die Anwerbung für die Administration zu kompliziert und aufwendig.²⁰⁶

Neben dem „Relative Labour Scheme“ und dem „Sponsored Labour Scheme“ gab es noch zwei weitere Möglichkeiten für europäische DPs in Kanada Zuflucht zu finden:

²⁰² Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 265.

²⁰³ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 48 ff.

²⁰⁴ Vgl. Ebd.

²⁰⁵ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 266.

²⁰⁶ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 48 ff.

„Catholic/Jewish Orphan Immigration Schemes“

Die Aufnahme von Waisenkindern, die ebenfalls der Kategorie der Displaced Persons angehörten, verlief in bescheidenem Rahmen und wurde in erster Linie von katholischen und jüdischen Vereinigungen organisiert. Nur wenige Hundert Waisenkinder fanden in Form dieser Programme Einlass in Kanada.²⁰⁷

Aufnahme der schwedischen „Boat People“

Im Zuge der Kriegswirren waren tausende Esten vor der Roten Armee nach Schweden geflohen, wo sie 1947 eine Gruppe von 25.000 Personen bildeten. Von Seiten Kanada gab es das Angebot einen Teil dieser Esten aufzunehmen, allerdings ging man nur sehr zögerlich mit der Ausstellung von Visa vor, um einen Konflikt mit der Sowjetunion zu vermeiden. Aus diesem Grund machten sich rund 1.000 Esten in den Jahren 1948/49 selbstständig auf den Weg, in schlecht ausgerüsteten Segelbooten von Schweden nach Kanada zu gelangen, wo die so genannten „Boat People“ schlussendlich auch Asyl gewährt bekamen.²⁰⁸

Einwanderung europäischer DPs nach Kanada über die angeführten Aufnahmeprogramme April 1947-November 1951

Bulk Labour Scheme	Einwanderer
Landwirtschaftliche Hilfskräfte	14.576
Haushaltshilfen (Alleinstehende)	10.958
Arbeiter (allgemein)	8.996
Holzarbeiter	5.394
Bergarbeiter	4.583
Textilarbeiter	3.638
Hauhaltshilfen (Ehepaare)	3.062
Kürschner	462
Handwerker (allgemein)	263
Kunsttischler	93
Krankenschwestern	59
Grobschmiede	20
Gesamt	52.104
Close Relatives Scheme	94.976
Orphan Immigration Schemes	1.289

Quelle: HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 267.

²⁰⁷ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 148.

²⁰⁸ Vgl. Ebd., S. 149.

4.7. Auswanderung von Österreicherinnen und Österreichern nach Kanada zur Zeit der IRO-Tätigkeit 1947-1952

4.7.1. Status österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Kanada zur Zeit der UNRRA-Tätigkeit 1945-1947

In der direkten Nachkriegszeit galten Österreicherinnen und Österreicher als so genannte „enemy aliens“. Als ehemaligen Gegnern der Alliierten im Zweiten Weltkrieg war ihnen somit die Einreise in Kanada verwehrt. Einen ersten kleinen Erfolg stellte die Anerkennung Österreichs als ein unabhängiger Staat mit eigenem Staatsvolk durch das kanadische „Department of External Affairs“ im März 1946 dar. Der internationale Status eines Landes war nämlich für die Auswanderungsambitionen der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von entscheidender Bedeutung. Im November 1947 wurde schließlich der „enemy alien“-Status für Österreicherinnen und Österreicher aufgehoben, wodurch die Einwanderung in Kanada für österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wieder möglich wurde.²⁰⁹

4.7.2. „Push-Faktoren“ der Auswanderung aus Österreich bis 1952

Materielle Kriegsschäden

Als im Frühjahr 1945 der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging, begann für Österreich die Zeit des Wiederaufbaus. Eine Zeit, die durch Mangel an allem und die Ungewissheit über die staatliche und damit verbundene persönliche Zukunft gekennzeichnet war.

Für Österreich war mit Kriegsende auch die Zeit gekommen, Bilanz zu ziehen; und diese fiel katastrophal aus. Die zahlreichen Luftangriffe seit dem Herbst 1943 hatten große Schäden an Wohnbauten, Industrie- und Verkehrsanlagen verursacht. Allein in Wien waren über 80.000 Wohnungen zerstört²¹⁰. In Innsbruck waren ca. 54% aller Bauten beschädigt, 60% der Wohnungen durch direkte Zerstörung oder Witterungseinflüsse unbrauchbar geworden.²¹¹ Aber auch das offene Land und die landwirtschaftliche Produktion waren vom Krieg schwer gezeichnet. Rund 200.000 Hektar Kulturläche wurden durch Kampfhandlungen zerstört. Der Viehbestand wurde im Laufe des Krieges um 15% reduziert und die Ernte blieb weit unter dem Durchschnitt. So konnten die österreichischen Bauern im Jahr 1945 nur die halbe Ernte

²⁰⁹ Vgl. Bettina S. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, in: Frederick C. ENGELMANN/Manfred PROKOP/ Franz A.J. SZABO (Eds.), History of the Austrian Migration to Canada, Carleton 1996, S. 104.

²¹⁰ Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 406.

²¹¹ Vgl. Josef NUSSBAUMER, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordtirol nach Kriegsende, in: Anton PELINKA/Rolf STEININGER (Hrsg.), Österreich und die Sieger, Wien 1986, S. 205.

des Jahres 1937 erzielen, was die ohnehin katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung zusätzlich verschärft.

Auch das österreichische Verkehrsnetz hatte unter den Folgen des Krieges schwer gelitten. Ein Drittel aller Eisenbahnstrecken und sämtliche Donaubrücken waren zu Kriegsende zerstört. Nur 40% der Lokomotiven waren einsatzbereit, wurden aber teilweise von den Alliierten requiriert. Bezuglich der Kraftfahrzeuge war die Zahl auf ein Viertel des Vorkriegsstandes gesunken und Treibstoff fehlte an allen Ecken und Enden. Auch die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) hatte 1945 nur mehr die Hälfte ihrer Schiffe zur Verfügung. Neben den eingeschränkten Transportmöglichkeiten fehlte es aber vor allem an Energie und Rohstoffen. Aus diesen Gründen erreichte die Industrieproduktion im Jahr 1946 nur die Hälfte der des Jahres 1937. Die Baustoffindustrie hatte z.B. im Laufe des Krieges etwa 40% ihrer Friedenskapazität eingebüßt.²¹² Das Sozialprodukt war im Vergleich zum Jahr 1937 um rund ein Drittel gesunken und erreichte das Vorkriegsniveau auch in den ersten Nachkriegsjahren nicht mehr.²¹³ Insgesamt belief sich der durch die Annexion 1938 und den darauf folgenden Krieg entstandene materielle Schaden auf rd. 160 Milliarden Schilling (Wert 1960).²¹⁴

Arbeitskräftemangel und -überschuss

Als besonders erschwerend für das Wiedererstarken der österreichischen Wirtschaft nach 1945 erwies sich der Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften. Nach dem „Anschluss“ im Jahr 1938 waren rund 100.000 österreichische Arbeitskräfte nach Deutschland abgezogen worden, jüdische Bürger verließen bzw. mussten Österreich verlassen, rund eine Million Männer standen letztendlich im Kriegseinsatz. Der schon während der Kriegszeit herrschende Arbeitskräftemangel hatte das NS-Regime durch Zwangsarbeiter auszugleichen versucht, welche nach Kriegsende das Land großteils aber wieder verließen.²¹⁵ Zu Kriegsende galten rund eine viertel Million Österreicherinnen und Österreicher als gefallen bzw. als vermisst. Rund 170.000 der zur Deutschen Wehrmacht eingezogenen österreichischen Soldaten trugen eine dauernde Invalidität davon. Über 600.000 Österreicher befanden sich in Kriegsgefangenschaft²¹⁶; Ende 1945 waren es immer noch 200.000.²¹⁷ Dazu

²¹² Vgl. Roman SANDGRUBER, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte), Wien² 2005, S. 443.

²¹³ Vgl. Herbert MATIS, Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder. Der Schilling im „goldenen Zeitalter“, in: Karl BACHINGER u.a. (Hrsg.), Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz-Wien-Köln 2001, S. 157.

²¹⁴ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 444.

²¹⁵ Vgl. Felix BUTSCHEK, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1985, S. 67.

²¹⁶ Vgl. Manfried RAUCHENSTEINER, Stalinplatz 4, Österreich unter alliierter Besatzung, Wien 2005, S. 66.

kam noch, dass im Rahmen der Entnazifizierung bis 1947 etwa 7,5% der Berufstätigen bis zu deren Amnestie entlassen oder mit Berufsverbot belegt wurden.²¹⁸ Alles in allem wurde das Angebot an unselbstständigen Arbeitskräften von zwei Millionen im Jahre 1937 auf 1,5 Millionen 1945 reduziert. Der österreichischen Wirtschaft fehlten damit direkt nach dem Krieg in erster Linie ausgebildete Arbeitskräfte aus den aktivsten Jahrgängen und deren berufliche Qualifikationen.²¹⁹ Auf der anderen Seite herrschte nach dem Krieg innerhalb der Schicht der ungeschulten Arbeitskräfte eine relativ hohe Arbeitslosenrate vor. Es fehlte vor allem an geeigneten Lehrstellen und so belief sich die Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen in Wien im Jahr 1949 noch immer auf 22%. Die allgemeine Arbeitslosenrate lag zu diesem Zeitpunkt bei 5,2%²²⁰ und gipfelte im Jahr 1953 auf Grund der österreichischen Haushaltssanierung bei 8,7%.²²¹

Unzureichende Ernährung

Die Arbeitskräfte, welche der österreichischen Wirtschaft nach Ende des Krieges zur Verfügung standen, konnten die mögliche Kapazität allerdings nicht erreichen, da sie nach dem verlorenen Krieg in physischer sowie psychischer Sicht vor Trümmerhäufen standen. Vor allem die katastrophale Ernährungssituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit bewirkte eine verminderte Leistungskraft der Arbeiter und schürte Zukunftsängste. Während zu Kriegsende für Schwerarbeiter noch Rationen von täglich 2000 Kalorien möglich waren, so waren es Ende Mai in Wien nur mehr 350 Kalorien am Tag.²²² Über den Sommer verbesserte sich die Situation nur gering, sodass die Wiener Bevölkerung mit 500 Kalorien täglich ihr Auslangen finden musste. Für den amerikanischen Präsidenten Hoover galt Wien daher als die am schlechtesten mit Lebensmittel versorgte Stadt Europas.²²³ Auf den Hungerwinter von 1945/46 folgte in ganz Europa eine weitere Periode an Lebensmittelknappheit, welche auf die Zerstörung der Äcker und das Fehlen an Arbeitskräften und Maschinen zurückzuführen ist. Und wenn man trotzdem Arbeit leistete, konnte diese nur mit einer ungenügenden Entlohnung beglichen werden. Zudem fehlte es der Bevölkerung an ausreichender Kleidung, Schuhen und anderen Alltagsgegenständen.²²⁴ In

²¹⁷ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 441 ff..

²¹⁸ Vgl. Roman SANDGRUBER, Das 20. Jahrhundert (Geschichte Österreichs 6), Wien 2003.

²¹⁹ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 444.

²²⁰ Vgl. Reinhold GÄRTNER, Arbeitsmigration und „Immigration Policy“ 1945-1955. Österreicherinnen in Großbritannien, in: HORVATH/NEYER, Auswanderungen aus Österreich, S. 367.

²²¹ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 468.

²²² Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 407.

²²³ Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War 1945-1955, S. 37 ff.

²²⁴ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 447 ff.

Anbetracht dieser Mängel ist es nur verständlich, dass die Arbeiterkammer Salzburg im Oktober 1946 folgendes meldete:

„Mutlosigkeit, beginnende Verzweiflung und ein immer stärker werdendes Gefühl der Verlassenheit bemächtigt sich langsam der Arbeiterschaft, und neben Äußerungen des Unwillens, der Empörung und Erbitterung werden Stimmen laut, eine Änderung der unhaltbaren Verhältnisse auf radikalem Weg herbeizuführen.“²²⁵

Demontagen und Besatzungskosten

Mit Kriegsende hatten zwar die Zerstörungen durch Luftangriffe und Kampfhandlungen ein Ende genommen, doch nun forderten die Sieger ihre Entschädigung für die kriegsbedingten Verluste ein. Vor allem die sowjetische Besatzungsmacht, die unter dem Motto „dem Sieger gehört die Beute“²²⁶ auftrat, schädigte die österreichische Elektro-, Fahrzeug-, Maschinen-, Eisen- und Stahlindustrie durch die Demontage und Inbesitznahme von Maschinen, Rohstoffen und Waren aller Art.²²⁷ Noch Jahre nach Kriegsende zogen so genannte kommunistische „Beutekommandos“ Maschinen, Fahrzeuge und Pferde ein.²²⁸

Allein bei der Firma Steyr-Daimler-Puch demontierten die Sowjets Maschinen, die mit über 500 Eisenbahnwaggons Richtung Moskau transportiert werden mussten.²²⁹ Insgesamt wird der durch Demontagen in Österreich entstandene Schaden auf 13 Milliarden Schilling (Wert 1955) geschätzt.²³⁰ Den Franzosen, welche wie die anderen Besatzungsmächte auch Beschlagnahmungen vornahmen, brachte dieses Vorgehen im Volksmund den Ruf ein, nur „parfümierte Russen“ zu sein.²³¹

Man kann die Besatzungsmächte als „Befreier“ oder „Besatzer“ ansehen, bis zu einem gewissen Maß stellten sie anfangs aber einen Hemmblock für das Wiedererstarken der österreichischen Nachkriegswirtschaft dar. Zum einen erwiesen sich anfangs die Demarkationslinien der einzelnen Besatzungsgebiete als nur schwer überwindbare Handelsgrenzen, was sich für die Wirtschaft natürlich sehr kontraproduktiv auswirkte.²³² Zu Beginn waren die Zonen hermetisch voneinander abgeriegelt, sodass jeglicher Verkehr von

²²⁵ Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 414.

²²⁶ Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War, S. 37 ff.

²²⁷ Vgl. Ebd., S. 88.

²²⁸ MATIS, Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder, in: BACHINGER u.a., Abschied vom Schilling, S. 157.

²²⁹ Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War, S. 39.

²³⁰ Vgl. Roman SANDGRUBER, Das wirtschaftliche Umfeld des Staatsvertrages, in: Manfried RAUCHENSTEINER/Robert KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 24), Wien-Köln-Weimar 2005, S. 361.

²³¹ Vgl. Thomas ANGERER, Französische Freundschaftspolitik in Österreich nach 1945. Gründe, Grenzen und Gemeinsamkeiten mit Frankreichs Deutschlandpolitik, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 129.

²³² Vgl. Barbara STELZL-MARX, Die „Wiedervereinigung“ Österreichs: Kontinuität und Wandel, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 191.

Personen, Gütern und Dienstleistungen unterbunden wurde. Innerhalb der ersten Monate lockerte sich die Situation dahingehend, dass zwischen den Zonen außenhandelstypische Kompensationsgeschäfte vereinbart wurden, aber kein binnenmarktähnlicher Handel im eigentlichen Sinn betrieben wurde.²³³ Erst mit dem zweiten Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 wurde ein prinzipiell freier Verkehr innerhalb Österreichs ermöglicht.²³⁴

Zum anderen bewirkten die in Österreich nach Kriegsende stationierten alliierten Soldaten und Zivilpersonal immense Besatzungskosten. Geld, das dringend für den Wiederaufbau benötigt wurde. Während die Sowjetunion Ende 1945 200.000 Mann in Österreich stationiert hatte, waren es bei den anderen Besatzungsmächten zusammen gerechnet rund 150.000.²³⁵ Anfangs verlangten die Besatzungsmächte die vollständige Erstattung ihrer Aufenthaltskosten, wobei sie sich aufs Kriegsrecht beriefen. Fast 30 % des Bundesbudgets wurden so 1946 von den Besatzungskosten verschlungen.²³⁶ Teilweise machten die Ausgaben für die Besatzer mehr aus, als die gesamten Zivilausgaben des Budgets.

Im Juni 1947 verzichteten die Amerikaner als erste Besatzungsmacht auf die Erstattung der Besatzungskosten und retournierten 30 Mio. Dollar an bisher erhaltenen Zahlungen.²³⁷ Während die Sowjetunion dem amerikanischen Beispiel im August 1953 nachfolgte²³⁸, ließen sich die Briten und Franzosen erst mit Jahresbeginn 1954 zu diesem Schritt bewegen.²³⁹ Insgesamt beliefen sich die realen Besatzungskosten in der Zeit von 1945-1955 auf 19,3 Mrd. Schilling (Wert 1955).²⁴⁰

Zu behaupten, die Besatzungszeit hätte für Österreich nur negative Konsequenzen gehabt, wäre allerdings verfehlt, waren die Besatzungsmächte neben der immensen finanziellen Unterstützung auch maßgeblich an der Wiedererrichtung der zerstörten Verkehrsinfrastruktur und Verwaltung beteiligt.²⁴¹

²³³ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 454.

²³⁴ Vgl. Klaus EISTERER, Austria Under Allied Occupation, in: Rolf STEININGER/Günter BISCHOF/Michael GEHLER (Eds.), Austria in the Twentieth Century, New Brunswick-New Jersey 2002, S. 199.

²³⁵ Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War, S. 83.

²³⁶ Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 407.

²³⁷ Vgl. Günter BISCHOF, Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 84.

²³⁸ Vgl. RAUCHENSTEINER, Stalinplatz 4, S. 222.

²³⁹ Vgl. Siegfried BEER, „Die Befreiungs- und Besatzungsmacht“ Großbritannien in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 44.

²⁴⁰ Vgl. Hans SEIDEL, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005, S. 224 ff, S. 469.

²⁴¹ Vgl. EISTERER, Austria Under Allied Occupation, in: STEININGER/BISCHOF/GEHLER (Eds.), Austria in the Twentieth Century, S. 198 ff.

Kampf ums Geld

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte die österreichische Wirtschaft auch dem Phänomen der Inflation zu kämpfen. So machte die Geldmenge fast das Sechsfache der des Jahres 1938 aus.²⁴² Durch einen Lohn- und Preis-Stopp sowie die Rationierung der Waren wurde versucht, der Inflation Herr zu werden, doch dadurch entfaltete sich erst recht wieder das Geschäft am Schwarzmarkt, wo Mangelwaren zu horrenden Preisen feil geboten wurden.²⁴³ Durch diverse Abschöpfungsmaßnahmen in Form des Schaltergesetzes vom Juli 1945, des Schillinggesetzes vom November 1945 und des Währungsschutzgesetzes von Ende 1947 begann man der Inflation effektiver gegen zu steuern.²⁴⁴ Das Währungsschutzgesetz legte den Umtausch der Schillingnoten im Verhältnis 3:1 fest. Ein Freibetrag von 150 Schilling wurde allerdings genehmigt. Die bereits seit 1945 eingefrorenen Konten wurden gestrichen. Für die Gesundung der Wirtschaft waren die Maßnahmen sicherlich notwendig, doch damit war das Sparbuch in den Händen der Menschen wieder einmal nicht mehr wert als ein bedrucktes Stück Papier.²⁴⁵ Für den 1953 nach Kanada ausgewanderten Innsbrucker Fred Faller stellte sich die trostlose Finanzlage in Österreich folgendermaßen dar:

„Im Dez. 1946 wurde ich von den Engländern entlassen und brachte ganze 3 engl. Pfund nach Hause. Unsere österreichische Regierung war so großzügig, dass sie mir bloß die Hälfte des Wertes gab, von meinen 4.000 Mark, die ich mir während des Krieges sparte, bekam ich 12% ausbezahlt, die einige Monate später durch Entwertung um 4% runter sanken, und von dem Geld kaufte ich dann Lebensmittel im schwarzen Markt. Das waren die ersten Gründe, mich von Österreich abzusetzen. [...] durch Entgegenkommen unserer Koalition durften wir keinen Groschen von der Steuer absetzen, bloß Leute, die eine Eigentumswohnung durch Freunderwirtschaft bekamen, die bloß die Kosten auf 75 Jahre abzahlten, durften Ihre Zahlungen von der Steuer absetzen. Das war ein anderer Grund meiner Unzufriedenheit mit der Regierung.“²⁴⁶

Beschlagnahmung des „Deutschen Eigentums“

In den Potsdamer Beschlüssen vom 2. August 1945 legten die Besatzungsmächte fest, dass die alliierten Mächte von Österreich keine Reparationen verlangten, aber den Anspruch auf „Deutsches Eigentum“ in Österreich erhoben.²⁴⁷ Der Begriff „Deutsches Eigentum“ war allerdings sehr weit gefasst. Während die westlichen Alliierten darunter nur die zwischen

²⁴² Vgl. SEIDEL, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 224 ff.

²⁴³ Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 408.

²⁴⁴ Vgl. SEIDEL, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 138 ff.

²⁴⁵ Vgl. MATIS, Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder, in: BACHINGER u.a., Abschied vom Schilling, S. 174 ff.

²⁴⁶ Vgl. Fred Faller, West Vancouver, an Dr. Hubert Gundolf, Innsbruck, 26.8.1970, LM Ferdinandeum, FB 42261/31.

²⁴⁷ Vgl. Günter BISCHOF, Allied Plans and Policies for the Occupation of Austria 1938-1955, in: STEININGER/BISCHOF/GEHLER (Eds.), Austria in the Twentieth Century, S. 176.

1938 und 1945 errichteten Fabriken verstanden, dehnten die Sowjets den Begriff aus und bezogen ihn auch auf Unternehmen und Vermögenswerte, die sich die deutschen Machthaber nach dem „Anschluss“ Österreichs einverleibt hatten.²⁴⁸ Zu dem kam, dass die USA bereits im Juli 1946 auf den ihnen daraus zustehenden Anteil verzichteten und diesen Österreich als Treuhand übergab. Die anderen westlichen Besatzungsmächte sollten bald darauf diesem Beispiel nachfolgten. Die Sowjetunion hingegen berief sich bei den Demontagen und Übernahmen ganz klar auf die Potsdamer Beschlüsse.²⁴⁹

Anfangs hatten die Sowjets noch bilaterale Gesellschaften zwischen Österreich und der Sowjetunion im Bereich der Erdölindustrie und der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) einzurichten versucht.²⁵⁰ Nachdem aber der sowjetische Hochkommissar Konev nach Moskau gemeldet hatte, dass einzelne Österreicherinnen und Österreicher, Firmen und sogar Organe der Provisorischen Staatsregierung Renner begonnen hätten, ehemals „Deutsches Eigentum“ für eigene Zwecke zu verwenden, reagierte man dort verärgert und setzte in Folge auf einen Alleingang. Bereits im Sommer 1945 erhielt die Sowjetische Mineralölverwaltung den Auftrag, die österreichischen Raffinerien zu übernehmen und die Erdölressourcen auszubeuten. Österreich verlor dadurch wiederum eine Steuereinnahmequelle mehr.²⁵¹

Der nächste Paukenschlag von Seiten der Sowjets war der „Befehl Nr. 17“ des sowjetischen Hochkommissars Kurassow vom 5. Juli 1946. Anhand dieser Weisung wurden alle in der sowjetischen Zone angesiedelten Einrichtungen, die nach sowjetischer Definition als „Deutsches Eigentum“ zu werten waren, direkt unter sowjetische Verwaltung gestellt.²⁵²

Alle Bürgermeister und Vertreter der Öffentlichkeit hatten innerhalb von zehn Tagen zu melden, wenn sich auf ihrem Gemeindegebiet ehemaliges „Deutsches Eigentum“ befand. Wer sich dieser Weisung widersetzte, hatte sich vor einem sowjetischen Gericht zu verantworten.²⁵³

Über 300 Industrie- und Bergbaubetriebe, rund 140 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit über 160.000 Hektar Fläche, die Mineralölverwaltung und die DDSG wurden in der Folgezeit in Form der so genannten USIA (Upravlenje Sovetskogo Imuscetva v Avstrii =

²⁴⁸ Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War, S. 39 ff.

²⁴⁹ Vgl. BISCHOF, Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 83.

²⁵⁰ Vgl. Wilfried AICHINGER, Die Sowjetunion und Österreich 1945-1949, in: Günter BISCHOF/Josef LEIDENFROST (Hrsg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988, S. 279 ff.

²⁵¹ Vgl. Stefan KARNER, Zu den Anfängen der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945/46, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 178.

²⁵² Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War, S. 284.

²⁵³ Vgl. RAUCHENSTEINER, Der Sonderfall, S. 179.

Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich) unter sowjetische Verwaltung gestellt.²⁵⁴ Gesteuert wurden die USIA-Aktivitäten vom sowjetischen „Minister für Versorgung“ von Moskau aus.²⁵⁵ Durch eine ergänzende Verfügung vom Juli 1946 kamen noch Patente, Konten, Wertgegenstände und Konzessionen hinzu.²⁵⁶ Zu ihren besten Zeiten beschäftigte die USIA an die 55.000 Arbeiter. 5% der gesamtösterreichischen und 30% der Industrieproduktion in der sowjetischen Besatzungszone wurden dadurch der österreichischen Wirtschaft entzogen.²⁵⁷ Vor allem die rund 200 USIA-Verkaufsläden, die ab 1948 eingerichtet wurden und aufgrund ihrer Zoll- und Steuerbefreiung ihre Waren besonders günstig anbieten konnten, fügten der österreichischen Wirtschaft erheblichen Schaden zu.²⁵⁸ Auch ein bedeutender Teil der DDSG wurde von den Sowjets im Zuge des Befehls Nr. 17 einverleibt.²⁵⁹

Hilfe aus dem Westen

Das Problem der Lebensmittelknappheit hatte sich nach Kriegsende immer mehr zugespitzt und auch Kleidung, Heizmaterial und diverse Energieträger, die von verschiedenen internationalen und privaten Hilfsorganisationen nach Österreich geschickt wurden sowie Hilfslieferungen aus westlichen Staaten konnten keine langfristige Lösung bieten.²⁶⁰ Erst durch das Eintreffen der ersten UNRRA-Hilfslieferungen im März 1946 und einer zusätzlichen britischen Wirtschaftshilfe über 10 Mio. Pfund Sterling im selben Jahr entspannte sich die Situation einiger Maßen.²⁶¹ Trotzdem galt die österreichische Bevölkerung im Frühjahr 1947 immer noch als eine der am schlechtesten ernährten Europas. Schuld an der katastrophalen Situation waren in erster Linie die mager ausgefallene Ernte des Jahres 1946 und der durch extrem kalte Temperaturen bestimmte Winter 1946/1947. Die herrschende Ernährungskrise blieb nicht auf Österreich beschränkt sondern war ein europaweites Phänomen.²⁶²

Am 5. Juni 1947 verkündete dann der amerikanische Außenminister General George Marshall ein Hilfsprogramm für Europa, welches eine wirtschaftliche und politische

²⁵⁴ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 456.

²⁵⁵ Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War, S. 85.

²⁵⁶ Vgl. RAUCHENSTEINER, Der Sonderfall, S. 179.

²⁵⁷ Vgl. SANDGRUBER, Das wirtschaftliche Umfeld des Staatsvertrages, in:

RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 363.

²⁵⁸ Vgl. SEIDEL, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 408 ff.

²⁵⁹ Vgl. KARNER, Zu den Anfängen der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945/46, in:

RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 179.

²⁶⁰ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 450 ff.

²⁶¹ Vgl. Vgl. BEER, „Die Befreiungs- und Besatzungsmacht“ Großbritannien in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 44.

²⁶² Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 449 ff.

Stabilisierung der beitrittswilligen Staaten beabsichtigte.²⁶³ Freilich steckte hinter dem so genannten European Recovery Programm (ERP) oder „Marshall-Plan“ mehr als nur amerikanische Nächstenliebe, wollte man nämlich dadurch eine Eindämmung des Kommunismus und mehr Einfluss auf die europäische Wirtschaft erreichen.²⁶⁴ Diese Ziele wurden schlussendlich auch erreicht. Amerika und die Amerikaner galten als Vorbilder und Garant für Freiheit und wirtschaftliche Prosperität. Der Historiker Günter Bischof sieht im Marshall-Plan den entscheidenden Impuls für die „Westernisierung“ Österreichs.²⁶⁵

Für Österreich bedeutete das Hilfsprogramm, welchem man am 1. Juli 1948 beitrat, aber auf jeden Fall einen entscheidenden Impuls für den Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Überwindung der Ernährungskrise.²⁶⁶ Dazu kommt, dass Österreich die Güter zur Gänze geschenkt bekam. Allerdings gab es auch beim Marshall-Plan ein West-Ost-Gefälle. Auf die Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland, die sich ja bekanntlich in der sowjetischen Besatzungszone befanden, entfielen nach Kriegsende 15% der österreichischen Industrieproduktion²⁶⁷, aber auch 46% der Arbeitnehmer. Die Vergabe der ERP-Mittel wurde an der Produktions- und nicht an der Arbeitnehmerquote bemessen und so flossen bis zum Herbst 1950 16,5% der ERP-Gelder in diese Bundesländer.²⁶⁸

Österreich erhielt 1 Mrd. von den insgesamt 13. Mrd. Dollars, welche im Zuge des ERP verteilt wurden.²⁶⁹

Kommunistenangst

Nicht nur durch die Marshallplanhilfe und die damit verbundenen Auflagen wurde deutlich, dass Österreich sich nach dem Zweiten Weltkrieg mitten im Kalten Krieg wieder fand. Auch die Sowjetunion befestigte ihre Bastionen und zeigte sich auf der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 nicht gewillt, seinen österreichischen Frontabschnitt ohne weiteres zu räumen.²⁷⁰ Angst vor der Roten Armee hatte die österreichische Bevölkerung bereits vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in ihr Heimatland, hatte man doch schon im Vorfeld beängstigende Geschichten über deren Verhalten gehört - einerseits durch

²⁶³ Vgl. SEIDEL, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 294.

²⁶⁴ Vgl. BISCHOF, Austria in The First Cold War, S. 96.

²⁶⁵ Vgl. BISCHOF, Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 83.

²⁶⁶ Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 414.

²⁶⁷ Vgl. KARNER, Zu den Anfängen der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945/46, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 173.

²⁶⁸ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 453.

²⁶⁹ Vgl. Ebd., S. 452.

²⁷⁰ Vgl. RAUCHENSTEINER, Alexanderplatz 4, S. 115 ff.

gezielte NS-Propaganda²⁷¹, andererseits durch Erlebnisberichte heimkehrender Soldaten.²⁷²

Als die Rote Armee dann im Frühjahr 1945 in Ostösterreich einmarschierte, bewahrheiteten sich die Befürchtungen der Bevölkerung bis zu einem gewissen Teil.

In einem Situationsbericht der SiDion Niederösterreich vom Juli 1945 heißt es:

„Das Verhältnis der Bevölkerung zu den Russen ist, beeinflusst durch die zahlreichen Morde, Plünderungen, Gewalttaten, Schändungen und Verschleppungen, ein denkbar ungünstiges. Solange das noch vorhandene Eigentum kein gesicherter Besitz und das Leben der einzelnen Staatsbürger ohne Schutz ist, ist an eine Verbesserung der Einstellung der Bevölkerung zur Besatzungsmacht nicht zu denken.“²⁷³

Ein in der niederösterreichischen Stadt Horn angestellter Dolmetscher schilderte das Leben nach dem sowjetischen Einmarsch folgendermaßen:

„Raub, Mord und Vergewaltigung kommen während eines Krieges wohl überall vor, die Bevölkerung unserer Stadt lernte diese Gewalttaten aber nach Beendigung des Krieges kennen, und das von ihren Befreiern. In den ersten Tagen nach dem Einmarsch der Roten Armee war die Stadt der Soldatenka schutzlos preisgegeben: den Passanten wurden auf offener Straße Uhren und Ringe abgenommen; in den Wohnungen suchten die Soldaten angeblich nach Waffen, nahmen aber bei der Gelegenheit Schmuck, Photoapparate, Wäsche und Kleidungsstücke mit; die Geschäfte wurden unter Führung polnischer Arbeiter und dunkler einheimischer Elemente regelrecht geplündert – jeder nahm ungestraft, was ihm verlockend erschien, denn die Vertreter der alten Exekutive hatten sich aus dem Staub gemacht, die neue war noch nicht vorhanden, und die Besatzungsmacht, die allein die Zügel fest in der Hand hatte und die vollziehende Gewalt darstellte, sah stillschweigend zu.“²⁷⁴

Staatspolitisch waren die Kommunisten in Österreich seit den Nationalratswahlen von 1945 weitgehend ausgeschaltet, aber im Bereich der Betriebe hatten sie nach wie vor eine tragende Rolle. Ein Drittel der Betriebsräte in der Großindustrie war nämlich kommunistisch²⁷⁵ und Hungerdemonstrationen sowie Arbeiterstreiks hatten immer auch den Beigeschmack eines kommunistischen Putschversuchs.²⁷⁶ Im Jahr 1948 wurden die Ängste vor einem kommunistischen Umsturzversuch in Österreich durch den Putsch der Kommunisten in Prag und die sowjetische Blockade von Westberlin erneut geschürt.²⁷⁷

²⁷¹ Vgl. Ingrid FRABERGER/Dieter STIEFEL, „Enemy Images“: The Meaning of „Anti-Communism“ and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945, in: Günter BISCHOF/Anton PELINKA/Dieter STIEFEL (Eds.), The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies 8), New Brunswick-New Jersey 2002, S. 58.

²⁷² Vgl. BISCHOF, Austria in the First Cold War, S. 30.

²⁷³ Zit nach: Klaus-Dieter MULLEY, Befreiung und Besatzung. Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945-1948, in: Alfred ABLEITINGER/Siegfried BEER/Eduard G. STAUDINGER (Hrsg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955 (Studien zur Politik und Verwaltung 63), Wien-Köln-Graz-Böhlau 1998, S. 361.

²⁷⁴ Zit. nach: Ebd., S. 377 ff.

²⁷⁵ Vgl. HANISCH, Der lange Schatten des Staates, S. 411.

²⁷⁶ Vgl. BISCHOF, Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 84.

²⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 88.

Außerdem kursierten unter der Bevölkerung ständig Gerüchte einer möglichen Teilung Österreichs in einen sowjetischen und einen westlichen Einflussbereich. Diese wurden unter anderem dadurch genährt, dass Moskau die osteuropäischen Staaten, welche von der Roten Armee besetzt waren, im letzten Moment daran hinderte, an der Marshallplan-Konferenz in Paris teilzunehmen.²⁷⁸ Im Mai 1947 sorgte dann die Zeitungsmeldung, dass es Geheimverhandlungen zwischen Kommunisten und Spitzenfunktionären der Volkspartei über eine Regierungsumbildung gebe, für große Aufregung. Man befürchtete eine Anbiederung an Moskau, was sich aber als Überreaktion der Presse und in Folge der Bevölkerung entpuppte.²⁷⁹ Bekannt wurde dieser Polit-Aufreger unter der Bezeichnung „Figl-Fischerei“, da es tatsächlich Geheimgespräche zwischen dem damaligen Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) und dem führenden Kommunisten Ernst Fischer gab, die von der SPÖ für den Wahlkampf 1949 instrumentalisiert wurden.²⁸⁰

Keine hysterisch verbreiteten Gerüchte, sondern Tatsachen waren im Gegensatz dazu die willkürlichen Verschleppungen von Einzelnen sowie Vergewaltigungen, Plünderungen und Disziplinlosigkeiten gegenüber der österreichischen Zivilbevölkerung von Seiten sowjetischer Soldaten. Zudem mussten Häuser, Schulen, Hotels und Klöster von einem Tag auf den anderen zur Einquartierung der Soldaten frei gemacht werden. Die Zeit reichte meist aber nicht aus, den gesamten Haustrat in Sicherheit zu bringen und fiel daher in die Hände der Sowjets.²⁸¹

Innerhalb der Zeit von 1945 bis 1955 wurden aber auch rund 2.200 österreichische Zivilisten von sowjetischen Behörden festgenommen, auffallend viele wegen angeblicher oder tatsächlicher Spionage gegen die Sowjetunion.²⁸² Mehr als die Hälfte dieser Personen wurde wegen Kriegs-, Staats- und Alltagsverbrechen vor ein sowjetisches Militärtribunal gestellt und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, über 150 hingerichtet.²⁸³ Rund ein Drittel der zwischen 1945 und 1955 festgenommenen österreichischen Zivilisten sind bis heute abgängig.²⁸⁴

²⁷⁸ Vgl. RAUCHENSTEINER, Alexanderplatz 4, S. 127 ff.

²⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 118 ff.

²⁸⁰ Vgl. Peter RUGGENTHALER, Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945-1953/55, in: Stefan KARNER (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge, Graz-Wien-München 2005, S. 667 ff.

²⁸¹ Vgl. Klaus-Dieter MULLEY, Die Rote Armee in Niederösterreich 1945-1947. Ein ambivalentes Geschichtsbild, in: KARNER, Die Rote Armee in Österreich, S. 478 ff.

²⁸² Vgl. KARNER, Zu den Anfängen der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945/46, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 163.

²⁸³ Vgl. Harald KNOLL/Barbara STELZL-MARX, Sowjetische Strafjustiz in Österreich. Verhaftungen und Verurteilungen 1945-1955, in: KARNER, Die Rote Armee in Österreich, S. 275.

²⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 285.

Die Verschleppungen betreffend vermerkte der ehemalige niederösterreichische LH-Stv. Franz Popp folgendes:

„Landesregierungsmitglieder, Abgeordnete, Bezirkshauptleute und Bürgermeister waren nur allzu oft ihrer Willkür ausgesetzt. Wer nicht botmäßig war, lief Gefahr, nach Sibirien gebracht zu werden. Oft genügte die Denunziation eines ‚Russenfreundes‘, auch öffentliche Mandatare blieben trotz Gesetz und Immunität nicht verschont.“²⁸⁵

Zudem wurden ab 1945 gezielt Wissenschafter und Techniker in die Sowjetunion verschleppt, da man sich aufgrund deren Know-how Vorteile für die sowjetische Wirtschaft erhoffte.²⁸⁶

Die geschilderte unsichere wirtschaftliche und politische Situation der Nachkriegsjahre wirkte sich auch auf die Psyche vieler Österreicherinnen und Österreicher aus. Der langjährige britische Vertreter in Österreich, Sir H. Mack, charakterisierte die Situation der österreichischen Bevölkerung im Jahr 1948 folgendermaßen: „*The population generally are depressed and dispirited*“. Nur wenige Österreicherinnen und Österreicher würden über die Zukunft „*with anything but pessimism*“ reden. Bezüglich der labilen politischen Situation fügte Mack hinzu, dass „*the shadow of another war is ever present*“.²⁸⁷

4.7.3. Die „Pull“-Faktoren der Auswanderung nach Kanada bis 1952

Wirtschaftlicher Aufschwung in Kanada

Als wohl wichtigsten „Pull“-Faktor für die Einwanderung in Kanada galt im Untersuchungszeitraum die expandierende und lukrative Wirtschaft Kanadas, welche einen großen Bedarf an Arbeitskräften hatte (siehe Kap. 4.4.).²⁸⁸ Mit diesem Aspekt korreliert das Motiv vieler Österreicherinnen und Österreicher, nach Kanada auszuwandern, um im Zuge des dortigen wirtschaftlichen Aufschwungs das „schnelle“ Geld zu machen und nach einigen Jahren, mit einem ansehnlichen Vermögen, wieder nach Hause zurückzukehren.²⁸⁹

So beschrieb der österreichische Auswanderer Ferdinand F. in einem Interview mit der Soziologin Traude Horvath seine Entscheidung 1953 nach Kanada zu emigrieren folgendermaßen: „*Geld machen und dann nach Hause zu kommen, dann heiraten und dann ein anständiges Leben zu führen.*“²⁹⁰

²⁸⁵ Zit. nach: MULLEY, Befreiung und Besatzung, in: ABLEITINGER/BEER/STAUDINGER (Hrsg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955, S. 375.

²⁸⁶ Vgl. Ebd., S. 404.

²⁸⁷ Vgl. BEER, „Die Befreiungs- und Besatzungsmacht“ Großbritannien in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 48.

²⁸⁸ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 47 ff.

²⁸⁹ Vgl. Monika PELZ, Land der großen Erwartungen oder Umsteigebahnhof in die USA?, in: Traude HORVATH/ Gerda NEYER (Hrsg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien-Köln-Weimar 1996, S. 579.

²⁹⁰ Zit. nach: Ebd. S. 579.

Hoffnung auf Wohlstand

Eng verbunden mit dem Aufschwung der kanadischen Wirtschaft war auch das Image Kanadas als ein Land, welches Wohlstand für seine Einwohner versprach. Diese Vorstellung resultierte zum Teil aus den hunderttausenden Hilfspaketen, die ab 1946 bis in die Mitte der 1950er Jahre, u.a. auch aus Kanada, nach Österreich kamen. Darin enthalten waren neben Lebensmitteln auch Kleidungsstücke, die man im Nachkriegseuropa teilweise noch gar nicht kannte. So darf es nicht verwundern, dass in einigen österreichischen Gemeinden ab Kriegsende Dorfmädchen vereinzelt mit Nylonstrümpfen und die Männer mit ungewöhnlich gemusterten Krawatten und Socken durch die Straßen spazierten. Andererseits wurde auch immer wieder Geld nach Österreich geschickt. Organisiert wurden diese Hilfsaktionen in erster Linie von Österreicherinnen und Österreichern, welche schon vor mehreren Jahren und Jahrzehnten nach Übersee ausgewandert waren.²⁹¹

Kanada als Umsteigebahnhof in die USA

Für viele Einwanderer in Kanada, so auch für viele Österreicherinnen und Österreicher, waren die USA das eigentlich gewünschte Zielland. Da dort die jährlichen Aufnahmekoten allerdings besonders restriktiv angelegt waren und auch immer rasch erschöpft waren, wanderten viele vorerst nach Kanada aus, um von dort aus zu einem späteren Zeitpunkt in die USA weiter zu wandern (Vgl. dazu Kap. 5.7.). Das galt auch für die nach Kanada emigrierte Burgenländerin Maria K.: „*Meine Verwandten haben gesagt, ich soll nach Kanada, vielleicht geht's dann leichter, von Kanada in die Staaten rüber.*“²⁹²

Dementsprechend waren für die Auswanderung nach Kanada im Untersuchungszeitraum auch die Rolle und das Image der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich entscheidend.²⁹³ Zusammen mit den GI's kamen nämlich auch Coca Cola, Jeans, Hollywoodfilme, Jazz und Rock'n'Roll nach Österreich.²⁹⁴ So assoziierte man mit Coca Cola Fortschritt und die Jeans, in welchen Hollywood-Stars wie Marlon Brando und John Wayne als Cowboys über die Leinwand ritten, galten als Symbol für amerikanische Tugend und amerikanische Freiheit. Vor allem auch die Hilfe im Rahmen des ERP trug maßgeblich zum positiven Image der USA unter den Österreicherinnen und Österreichern bei, war doch das ERP-Emblem „For

²⁹¹ Vgl. Walter DUJMOVITS, Die Amerika-Wanderung der Burgenländer, Pinkafeld 1992, S. 67 ff.

²⁹² Zit. nach: PELZ, Land der großen Erwartungen oder Umsteigebahnhof in die USA?, in: HORVATH/NEYER, Auswanderungen aus Österreich, S. 582.

²⁹³ Vgl. PELZ, Land der großen Erwartungen oder Umsteigebahnhof in die USA?, in: HORVATH/NEYER, Auswanderungen aus Österreich, S. 579.

²⁹⁴ Vgl. BISCHOF, Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER/KRIECHNAUMER (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes, S. 108.

European Recovery – Supplied by the United States of America“ allgegenwärtig.²⁹⁵ In Kombination vermittelten die materiellen und finanziellen Hilfslieferungen, die verschiedenen Zeugnisse der amerikanischen Konsumkultur und die gezielte Propaganda (z.B. in Zeitungen, Radio, Kino²⁹⁶) den Österreicherinnen und Österreichern in der Nachkriegszeit das Bild einer besseren Welt jenseits des Atlantiks. Eine Welt, die es scheinbar ermöglichte, ein neues Leben, fern von Lebensmittelmarken und Besatzungssoldaten, zu beginnen.²⁹⁷

4.7.4. Die Entwicklung der Auswanderungsbewegung der Österreicherinnen und Österreicher nach Kanada 1947-1951

Wie bereits erwähnt, galten österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der unmittelbaren Nachkriegszeit als so genannte „enemy aliens“. Erst ein diplomatischer Zwischenfall im August 1947 veranlasste die kanadischen Behörden sich gesondert mit der Einwanderung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu befassen. Als der österreichische Gesandte Gertz vom kanadischen Außenministerium nach Ottawa eingeladen wurde, um über weitere Unterstützung Österreichs durch Kanada nach Ende der UNRRA-Tätigkeit zu verhandeln, wurde er an der kanadischen Grenze von Einwanderungsbeamten aus dem Zug geholt. Dieser diplomatische peinliche Zwischenfall veranlasste die kanadische Regierung folgende Aussendung zu verfassen:²⁹⁸ „*Austria is now recognized as an autonomous state, liberated from German occupation, [and] citizens of Austria are no longer classified as enemy aliens ... [since] November 1947.*“²⁹⁹

Obwohl österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nun offiziell einen Antrag auf Einwanderung in Kanada stellen durften, wurden anfangs nur wenige Akten österreichischer Anwärter auch tatsächlich von den kanadischen Behörden bearbeitet. Zum einen fühlte sich unmittelbar nach der Aufhebung des „enemy alien“-Status keine kanadische Stelle für die Bearbeitung der Anträge von Österreicherinnen und Österreichern verantwortlich. Und zum anderen gab es zu dieser Zeit in ganz Österreich noch kein einziges kanadisches Einwanderungs- und Visabüro. Auch die kanadischen Beamten, die für die Einwanderung von DPs zuständig waren und von Deutschland aus auch österreichische Flüchtlingslager

²⁹⁵ Vgl. Hans-Jürgen, SCHRÖDER, Marshall Plan Propaganda in Austria and Western Germany, in: Günter BISCHOF/Anton PELINKA/Dieter STIEFEL (Eds.), The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies 8), New Brunswick-New Jersey 2002, S. 215.

²⁹⁶ Vgl. Reinhold WAGNLEITNER, Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 52), Wien 1991, S. 134 ff.

²⁹⁷ Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 475 ff.

²⁹⁸ Vgl. DUJMOVITS, Die Amerika-Wanderung der Burgenländer, S. 104.

²⁹⁹ Zit. nach: STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 105.

aufsuchten, kümmerten sich nicht um die Einwanderungsanträge österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Damit fehlte den Österreicherinnen und Österreichern, welche nach Kanada auswandern wollten, vorerst der Ansprechpartner. Es wurde immer offensichtlicher, dass die Einrichtung eines kanadischen Einwanderungs- und Visabüros in Österreich dringend notwendig war. Dies forderte auch der „Associate Commissioner of the Immigration Branch“, Laval Fortier, Anfang 1949.³⁰⁰

„In my opinion, the time has arrived for the opening of an immigration office in Austria, and this could be done without waiting for a final decision as to whether or not we should close our headquarters in Germany and establish offices in the British and American zones. If such an office were opened in Salzburg, our officers could deal with Austrian nationals and at the same time deal with displaced persons; that would be of service to the Austrian nationals without affecting the processing of the displaced persons in Austria.“³⁰¹

Im April 1949 war es dann so weit. Ein „Canadian Immigration Office“ wurde in Salzburg eröffnet. Drei Jahre später übersiedelte es nach Linz, da in Ostösterreich noch eine größere Anzahl an DPs lebte und daher die Erreichbarkeit des Büros für diese vereinfacht wurde. 1955 gelangte das Einwanderungsbüro an seinen endgültigen Standort in Wien.

Mehrere weitere Faktoren erleichterten ab 1949 die Einwanderung von Österreicherinnen und Österreichern in Kanada. Erstens war die kanadische Einwanderungspolitik nach 1945 stark nationalistisch und rassistisch ausgelegt. So charakterisierte sie ein Historiker damals folgend: „*Canada was prepared to accept only one kind of immigrant from the Eastern Hemisphere, the European immigrant.*“³⁰²

Dies kam den Österreicherinnen und Österreichern in der Hinsicht zu gute, dass sie laut dem „Immigration Act“ von 1952, der in Folge noch gesondert behandelt wird, als Westeuropäer zur „second-best quality of immigrants“ gehörten. Mit dieser Qualifizierung, die bis 1962 beibehalten wurde, ging auch die zweite Begünstigung von Österreicherinnen und Österreichern einher, dass sie ab 1949 keine Visa-Gebühren für Kanada mehr zahlen mussten. Zudem stieg in Kanada Anfang der 1950er verstärkt die Nachfrage nach ausgebildeten österreichischen Arbeitskräften. Die Chancen als gelernter Arbeiter eine Anstellung zu erhalten, beurteilte der ausgewanderte Innsbrucker Hans Giannelio 1958 folgendermaßen:

„Industriearbeiter mit Spezialkenntnissen, wie Dreher, Schweißer usw., finden immer Arbeit. Handwerker müssen sich in den zwar ähnlichen, aber doch wieder verschiedenen Berufen erst eingewöhnen. Viele von ihnen finden nach einigen Jahren die Chance zum eigenen Betrieb.“³⁰³

³⁰⁰ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 105.

³⁰¹ Zit. nach: Ebd.

³⁰² Zit. nach: Ebd., S. 106.

³⁰³ Vgl. „Zaunkönig im großen Land der Dollarmillionäre.“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 12.3.1959, S. 3.

Zur gezielten Rekrutierung gelernter österreichischer Arbeitskräfte wurden in erster Linie die „Bulk Labour Programmes“ genutzt. Eines dieser Programme wurde im Jahr 1951 für österreichische Arbeitskräfte im Bergbau und der Landwirtschaft durchgeführt. Im selben Jahr wurde auch der „Canadian Assisted Passage Loan“ für Österreich eingeführt. Ein Darlehen, welches Auswanderungswilligen gewährt wurde, welche die Kosten für eine Emigration nicht aufbringen konnten.

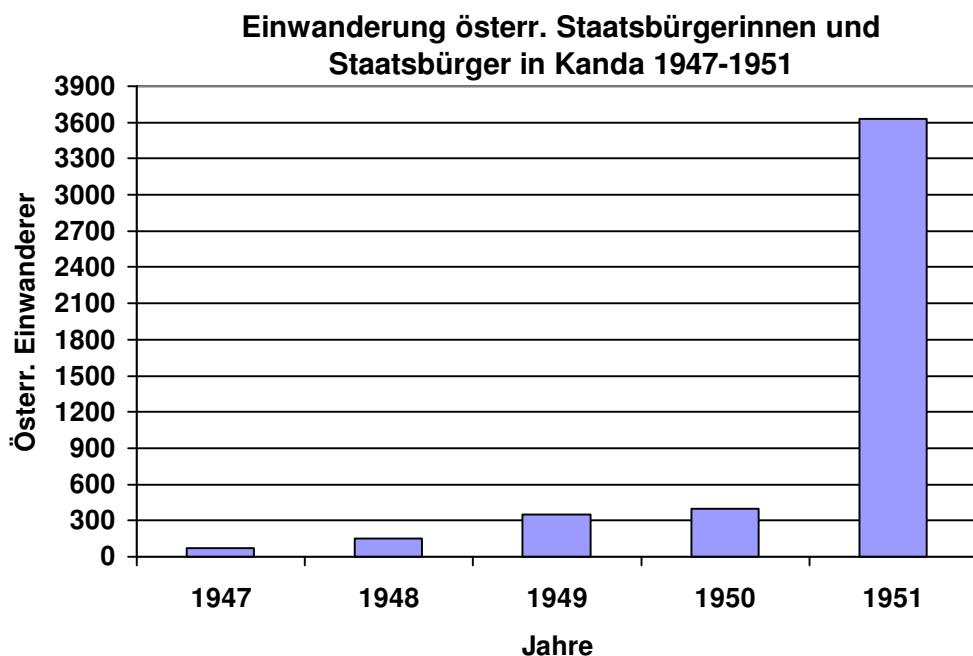
Die Wirkung dieser Maßnahmen lassen sich auch deutlich an den österreichischen Auswandererzahlen der damaligen Zeit ablesen. Waren es nämlich im Jahr 1950 nur 400 Österreicherinnen und Österreicher, die nach Kanada auswanderten, so erreichte die Zahl 1951 3.600 Personen.³⁰⁴

Einwanderung österr. Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Kanada 1947-1951

Jahr	Österreicherinnen und Österreicher
1947	72
1948	151
1949	349
1950	395
1951	3.628
1947-1951	4.595

Quelle: Gertrud NEUWIRTH/John de VRIES, Demographic Patterns of Austrian Canadians 1990-1991, in: SZABO, Austrian Immigration to Canada, S. 36.

³⁰⁴ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 107.



4.7.5. Kritik an der Auswanderung

Während man von Seiten der österreichischen Politik die Auswanderung von DPs nach Kanada mit Enthusiasmus begrüßte, wurde die Kritik an der immer größer werdenden Zahl von österreichischen Auswandererinnen und Auswanderern immer lauter. Bereits bei der Aufhebung der Visa-Gebühren für Österreicherinnen und Österreicher, die nach Kanada auswandern wollten, zeigte man sich wenig euphorisch.³⁰⁵ Vor allem die Interessen der beiden Arbeitsministerien in Wien und Ottawa kollidierten bei der Aus- bzw. Einwanderung von Arbeitskräften. Während man von österreichischer Seite gut ausgebildete Arbeitskräfte für das Erstarken der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg benötigte, wurden durch die „Sponsored Labour Schemes“ vielfach genau diese Österreicherinnen und Österreicher für die kanadische Wirtschaft angeworben. Deshalb forderte das österreichische Arbeitsministerium mehr Mitspracherecht und Transparenz in der Durchführung dieser Auswanderungsprogramme. Im August 1951 trafen sich schließlich Vertreter der österreichischen Regierung mit Beamten des kanadischen Einwanderungsbüros in Salzburg, um eine Regelung für die Auswanderung von Österreicherinnen und Österreichern nach Kanada zu finden. Dabei versuchten die österreichischen Vertreter klar zu machen, dass die Abwanderung geschulter Arbeitskräfte der heimischen Wirtschaft beträchtlichen Schaden zufügen würde. Daher forderte man, dass kanadische Auswanderungsformulare ausschließlich

³⁰⁵ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 106.

vom österreichischen Arbeitsministerium ausgegeben werden dürften und die kanadischen Auswanderungsprogramme für Arbeitskräfte mit den zuständigen österreichischen Behörden abgesprochen werden sollten. In einem von österreichischer Seite vorbereiteten Papier wurde zudem festgehalten, dass sich die Auswanderungswerbung auf DPs, Volksdeutsche und Österreicher, die Arbeitslosengeld bekämen, beschränken solle. Von kanadischer Seite wurden diese Forderungen allerdings scharf zurückgewiesen und es kam zu keiner gemeinsamen Vereinbarung.³⁰⁶ Der oberste kanadische Auswanderungsbeamte in Karlsruhe äußerte sich zu den von Österreich vorgelegten Einschränkungen folgendermaßen:

*„I see no reason for binding ourselves to a definite agreement in view of the uncertainty of the situation and especially considering that we can obtain a substantial number of immigrants from Austria without such an agreement which might restrict us in the occupational type of immigrants we could send to Canada.“*³⁰⁷

³⁰⁶ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 108.

³⁰⁷ Zit. nach: Ebd.

5. Die Situation ab 1952

5.1. Die Tätigkeit des UNHCR in Österreich

Die IRO war seit Beginn ihrer Tätigkeit eine zeitlich begrenzte Organisation und daher wurden bereits Ende der 1940er Jahre Überlegungen für eine Nachfolgeorganisation zur weiteren Flüchtlingsbetreuung angestellt. Als Resultat wurde schließlich im Dezember 1950 das Statut des Amtes des „United Nations High Commissioner for Refugees“ (UNHCR) von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen. In Österreich, das ja zu dieser Zeit noch nicht Mitglied der Vereinten Nationen war, wurde der UNHCR Ende 1951 nach einer Sonderregelung tätig.³⁰⁸ Seine Hauptaufgaben bestanden darin, den unter seinem Mandat stehenden Flüchtlingen Rechtschutz zu gewähren, eine endgültige Lösung des Flüchtlingsproblems anzustreben sowie die freiwillige Repatriierung, Auswanderung oder Eingliederung im momentanen Aufenthaltsland, in diesem Fall Österreich, zu unterstützen.

Unter die Zuständigkeit des UNHCR in Österreich fielen:

- alle DPs und Flüchtlinge, die zwar unter dem Mandat der IRO standen, bis zum Ende der IRO-Tätigkeit aber noch nicht umgesiedelt werden konnten,
- alle nicht-österreichischen Flüchtlinge, die in Österreich um Asyl angesucht haben und noch nicht im Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft waren,
- alle Flüchtlinge, welche unter den Schutz vorangegangener Konventionen fielen.³⁰⁹

Auch Volksdeutsche fielen unter das Mandat des UNHCR. Nahm ein Flüchtling allerdings seine frühere Staatsbürgerschaft wieder an bzw. wurde er in seinem Aufnahmeland eingebürgert, schied er aus dem Mandat des UNHCR wieder aus.³¹⁰ Insgesamt fielen im Jahr 1952 rund 250.000 Personen unter dieses Mandat, darunter 25.000 von der IRO zurückgelassene eligible Flüchtlinge und 225.000 Volksdeutsche.³¹¹ In etwa ein Fünftel dieser Personen lebte in den 83 vom Bund verwalteten Flüchtlingslagern.³¹²

Wie bereits erwähnt, bestanden die Hilfsleistungen des UNHCR nicht aus der Gewährung von Rechtsschutz alleine, sondern es wurde auch die Eingliederung der Flüchtlinge und DPs in die

³⁰⁸ Vgl. KARLHUBER, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 78.

³⁰⁹ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, 58.

³¹⁰ Vgl. STIEBER, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, S. 168.

³¹¹ Vgl. Ebd., S. 169.

³¹² Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 101.

österreichische Gesellschaft gefördert. Dazu zählte die Wohnraumbeschaffung, Hilfe zur Existenzgründung, Berufs- und Studienhilfen sowie Rehabilitierungsprojekte verschiedener Art. Um diese Projekte zu finanzieren wurde von den Vereinten Nationen der „United Nations Refugee Fund“ (UNREF) geschaffen, in dem bis Ende 1958 freiwillige Geldspenden eingingen.³¹³ Nun waren zwar die Gewährung von Rechtssicherheit und die Unterstützung einer Existenzgründung für die Flüchtlinge durch den UNHCR abgedeckt, jedoch blieb dadurch eine wichtige Lücke: die organisierte Auswanderung der Flüchtlinge und DPs. Diese Aufgabe sollte eine „vorläufige zwischenstaatliche internationale Organisation“ übernehmen, die aber nicht von den Vereinten Nationen abhängig war, aber in enger Zusammenarbeit stand: das „Intergovernmental Committee for European Migration“ (ICEM).³¹⁴

5.2. Die Tätigkeit des ICEM in Österreich

Ende des Jahres 1951 fand auf Initiative der Vereinigten Staaten und Belgiens in Brüssel eine Konferenz statt, deren Ziel die Errichtung einer neuen internationalen zwischenstaatlichen Organisation für Auswanderung war. Die neue Organisation sollte die Nachfolge der IRO antreten und in diesem Sinne die internationale Zusammenarbeit und Finanzierung der Auswanderung von Emigranten aus Westeuropa nach Übersee koordinieren, die ansonsten keine Möglichkeit zur Auswanderung hatten.³¹⁵ Dadurch wollte man einerseits einen Abbau des europäischen Bevölkerungsüberschusses erreichen, andererseits den Auswandererinnen und Auswanderern eine schnelle wirtschaftliche und soziale Eingliederung in den Aufnahmeländern ermöglichen.³¹⁶ Außerdem sollten die Einwanderer in vielen Aufnahmeländern, darunter auch Kanada, den Arbeitskräftemangel ausgleichen.³¹⁷ Am 5. Dezember 1951 wurde schließlich in Brüssel die Gründung einer solchen Organisation unter dem vorläufigen Namen „Provisional Intergovernmental Committee for the Movement of Migrants from Europe“, kurz PICMME, beschlossen. Unter den 15 Unterzeichnerstaaten fanden sich auch Kanada und Österreich.³¹⁸

³¹³ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 102.

³¹⁴ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 55.

³¹⁵ Vgl. Karin NERGER-FOCKE, Die deutsche Amerikaauswanderung nach 1945. Rahmenbedingungen und Verlaufsformen (Deutsch-Amerikanische Studien 14), Stuttgart 1995, S. 55.

³¹⁶ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 59.

³¹⁷ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 18.

³¹⁸ Vgl. Ibolya MURBER, Flucht in den Westen 1956. Ungarnflüchtlinge in Österreich (Vorarlberg) und Liechtenstein (Schriftenreihe der Rheticus Gesellschaft 41), Feldkirch 2002, S. 55.

Am 1. Februar 1952 begann das PICMME seine Tätigkeit, die vorerst nur für ein Jahr geplant war. Im Herbst 1952 entschied man sich für eine Verlängerung der Tätigkeit und aus der provisorischen Organisation wurde das „Intergovernmental Committee for European Migration“, kurz ICEM.³¹⁹

Man kann das ICEM in gewisser Weise als Nachfolgeorganisation der IRO sehen, doch gibt es wesentliche Unterschiede. Zum einen hat das ICEM seine Tätigkeit auf eine größere Personengruppe ausgelegt und kümmerte sich nicht nur um Flüchtlinge, wie es die IRO tat.³²⁰ Damit ermöglichte die ICEM-Mitgliedschaft auch österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern die Auswanderung.³²¹ Zum anderen war die Teilnahme am ICEM nur an die Zahlung des Mitgliedsbeitrages gebunden und unabhängig von einer Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen.³²²

5.2.1. Hilfe durch das ICEM

Die Zusammenarbeit des ICEM mit den jeweiligen Mitgliedsstaaten und die Dienstleistungen, die das Komitee in weiterer Folge anbot, unterschieden sich von Land zu Land; je nachdem, ob es sich um ein Ein- oder Auswanderungsland handelte.

Österreich kam im Rahmen des ICEM nur als Auswanderungsland in Frage und das Komitee führte deshalb folgende Hilfsmaßnahmen durch:

- a) Beförderung von Auswandererinnen und Auswanderern und Gewährung finanzieller Beihilfen zur Deckung der Reisekosten, falls die betreffende Person ohne diese Unterstützung nicht auswandern konnte.
- b) Unterstützung der Auswandererinnen und Auswanderer bei ihrer Zielauswahl, der Beschaffung nötiger Dokumente, der Anreise zum Abfahrtsort und der Erlledigung der Formalitäten bei der Ausreise.
- c) Vorbereitung der Auswandererinnen und Auswanderer durch allgemeine Informationen über das jeweilige Einwanderungsland sowie die Durchführung von Berufsbildungs- und Sprachkursen.³²³
- d) Unterstützung der Ein- und Auswanderungsländer bei der Erfassung der Auswanderungsbewerber.³²⁴

³¹⁹ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 59 ff.

³²⁰ Vgl. Ebd., S. 60.

³²¹ Vgl. MURBER, Flucht in den Westen 1956, S. 56.

³²² Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 60.

³²³ Vgl. Ebd., S. 109.

³²⁴ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 56.

Die oben erwähnten Maßnahmen zur Unterstützung der Auswandererinnen und Auswanderer leistete das ICEM in Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden, dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge und einer Vielzahl freiwilliger Hilfsorganisationen.³²⁵ So wurde zum Beispiel die Sammlung der Auswandererinnen und Auswanderer in Lagern den Auswanderungsländern aufgetragen und nicht vom ICEM durchgeführt.³²⁶ Die Finanzierung der Administrations- und Operationskosten des Komitees erfolgte durch Beiträge der Mitgliedsstaaten.³²⁷ Die Republik Österreich kam z.B. für 0,68% des gesamten ICEM-Budgets auf.³²⁸

5.2.2. Auswanderung aus Österreich unter dem ICEM

Um die Auswanderung aus Österreich zu koordinieren, setzte das Komitee im Februar 1952 eine akkreditierte Mission mit Sitz in Wien ein, während in Salzburg und Linz Zweigstellen eingerichtet wurden.³²⁹ Die Auswanderungstransporte des ICEM gingen anfangs ausschließlich von Wien ab.³³⁰ Im Juli 1957 wurde dann in Salzburg ein Auswanderungszentrum, das so genannte „Pierre Jacobson Centre“, eröffnet. Die Namensgebung geht auf den ersten stellvertretenden Direktor des ICEM zurück, welcher im selben Jahr bei einem Autounfall ums Leben gekommen war. In diesem Auswanderungszentrum waren neben Wohnquartieren für Flüchtlinge auch Büroräume für die österreichischen Behörden und die verschiedenen Auswahlkommissionen sowie für freiwillige Hilfsorganisationen und ICEM-Mitarbeiter untergebracht. Zudem verfügte die Einrichtung über eine großzügig eingerichtete medizinische Station. Durch die Zusammenfassung dieser unterschiedlichen Dienststellen wurde die Auswanderung der Flüchtlinge um ein Vielfaches schneller und effizienter. Im Jahr 1961 wurde das Auswanderungszentrum in Salzburg wieder aufgelöst. Da zu diesem Zeitpunkt auch die Zweigstelle in Linz geschlossen wurde, wurden sämtliche Aktivitäten des ICEM wieder vom Büro in Wien aus geleitet.³³¹

³²⁵ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 110.

³²⁶ Vgl. NERGER-FOCKE, Die deutsche Amerikaauswanderung nach 1945, S. 55.

³²⁷ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 56.

³²⁸ Vgl. MURBER, Flucht in den Westen 1956, S. 56.

³²⁹ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 56.

³³⁰ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 111.

³³¹ Vgl. Ebd., S. 62 ff.

5.2.3. Die Auswanderungsprogramme des ICEM

Das ICEM führte im Rahmen seiner Tätigkeit in Österreich folgende Programme durch:

a) Unterstützte Überfahrtsprogramme

Die Auswandererinnen und Auswanderer wurden auf Grund von Bestimmungen, die in bilateralen Verträgen vereinbart wurden, ausgewählt. Das Einwanderungsland kam dabei für einen Teil der Transportkosten auf.

b) Programme für Arbeitskräfte

In erster Linie für Arbeiter aus dem industriellen und landwirtschaftlichen Bereich, die vom Einwanderungsland ausgewählt wurden.

c) Programme für Auswandererinnen und Auswanderer mit besonderen beruflichen Qualifikationen

Je nach Bedarf des Einwanderungslandes wurde diese Form der Auswanderung gefördert.

d) Programme für Auswandererinnen und Auswanderer mit Arbeitsverträgen

Galt für Auswandererinnen und Auswanderer, denen im Einwanderungsland eine berufliche Anstellung bereits zugesichert wurde.

e) Familienzusammenführungen

Bereits im Einwanderungsland sesshaft gewordene Angehörige konnten die Auswandererin bzw. Auswanderer für eine Aufnahme nominieren.

f) Flüchtlingsprogramme

Diese Programme konnten Flüchtlinge, die unter das Mandat des UN-Flüchtlingshochkommissars fielen, in Anspruch nehmen. Dazu zählten auch einige „Hard Core“-Programme.

g) Sonstige individuelle Fälle

Einheimische und Flüchtlinge, die von den Freiwilligen Hilfsorganisationen nominiert wurden.³³²

5.2.4. Auswahl der Emigranten für die ICEM-Programme

Wenn ein Flüchtling sich für die Auswanderung aus Österreich entschieden hatte, konnte er sich zur weiteren Beratung entweder an das Bundesministerium für Inneres, seine zuständige freiwillige Hilfsorganisation oder direkt an die in Österreich etablierte Behörde des gewünschten Aufnahmelandes wenden.

Bei besonderen Auswanderungsfällen, z.B. bei körperlich Behinderten, übernahm das ICEM die Erledigung der anstehenden Formalitäten.

³³² Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 110.

Dann folgt die erste Auswahl der Bewerber, die anhand von Registrierungsformularen, ärztlicher Untersuchung und einem persönlichen Interview getroffen wurde.

Im Anschluss daran begann das eigentliche Auswahlverfahren, bei dem die Auswanderungswilligen folgende Stationen durchlaufen mussten:

- Neuerliche Prüfung der Dokumente
- Ausstellung der nötigen Visa
- Einziehen eines Transportkostenzuschusses von der Auswandererinnen bzw. des Auswanderers
- Buchung des Schiffs- bzw. Flugplatzes
- Veranlassung bzw. Durchführung einer neuerlichen ärztlichen Untersuchung vor der Ausreise

Wenn der Bewerber schlussendlich vom Einwanderungsland angenommen wurde, konnte er sich über die schon oben erwähnten drei Stellen des Bundesministeriums für Inneres, seiner zuständigen freiwilligen Hilfsorganisation oder direkt über die in Österreich etablierte Behörde des gewünschten Aufnahmelandes an das ICEM wenden. Diese ermöglichte ihm, an einem verbilligten ICEM-Transport teilzunehmen bzw. die Dienstleistungen des Komitees in Anspruch zu nehmen.

Von einem Mitarbeiter des ICEM erhielt die Auswandererinnen bzw. der Auswanderer noch notwendige Informationen zu seiner Abreise, z.B. über vorgeschriebene Schutzimpfungen oder die Beförderung seines Schwergepäcks. Abschließend begleitete ein ICEM-Mitarbeiter die Auswandererin bzw. den Auswanderer bis zum Flughafen bzw. Bahnhof.³³³

5.2.5. Deckung der Reisekosten

Grundsätzlich sollten die Flüchtlinge für die Transportkosten in das jeweilige Auswanderungsland selbst aufkommen, da sie bis zur Zeit ihrer tatsächlichen Abreise die Möglichkeit hatten, einer bezahlten Arbeit nach zu gehen. War dies nicht der Fall, bestand für die Auswandererin bzw. den Auswanderer die Option eines Reisedarlehens. Dies konnte folgendermaßen aussehen:

1. Im Fall eines „Unterstützten Überfahrtsprogramms“ musste die Auswandererin bzw. der Auswanderer einen so genannten Seekosten- bzw. Flugkostenbeitrag in der Höhe von 50 Dollar pro Person leisten. Für Familien gab es eine Ermäßigung. Die restlichen

³³³ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 111.

anfallenden Kosten konnte die Auswandererin bzw. der Auswanderer aus einem Auswanderungsfonds des ICEM zinsenfrei beziehen. Dieses Darlehen sollte dann nach der Ankunft im Auswanderungsland in monatlichen Raten zurückerstattet werden.

2. Emigrierte der Flüchtling im Rahmen eines der anderen Auswanderungsprogramme, konnte dieser ein Darlehen bei seiner zuständigen Hilfsorganisation nehmen. Diese Gelder kamen einerseits aus Mitteln des „United States Escape Programme“ (USEP)³³⁴, größtenteils aber aus dem von ICEM und den größeren Hilfsorganisationen gespeisten „Revolving Loan Fund“. Dabei überwies das ICEM für jede beförderte Auswandererin bzw. Auswanderer den Hilfsorganisationen einen bestimmten Betrag, der dann dem Fond zugeführt wurde. Zusätzlich erhielten die einzelnen Organisationen vom ICEM einen Verwaltungskostenzuschuss. Im Einwanderungsland musste die Auswandererin bzw. der Auswanderer das geliehene Geld der jeweiligen Hilfsorganisation zurückstatten, welche es wiederum dem „Revolving Loan Fund“ zuführte.
3. Bei der Auswanderung von so genannten „Hard Core“-Fällen galten je nach Einwanderungsland eigene Bestimmungen zur Finanzierung.³³⁵ Im so genannten „World Refugee Year“ 1959/60 wurden von Kanada insgesamt 11.000 „Hard Core“-Fälle³³⁶ aufgenommen, 66 davon kamen im Jahr 1959 aus Österreich.³³⁷ Bei vielen dieser 11.000 Aufgenommenen handelte es sich um größere Familien mit einem behinderten oder kranken Mitglied, was grundsätzlich als Hinderungsgrund für eine Auswanderung galt. So wurden bei einem Hilfsprojekt 500 an TBC erkrankte Flüchtlinge mit deren Familien von Kanada aufgenommen, medizinisch behandelt und angesiedelt.³³⁸

³³⁴ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 56. Siehe auch: STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 135: Das USEP wurde 1952 zur Linderung der Flüchtlingsnot in Europa von den USA ins Leben gerufen. Ziel des Programms war die Eingliederung und Wiederansiedelung der neu aus Osteuropa eintreffenden Flüchtlinge. Bis 1965 wurde das Hilfsprojekt von der „Refugee Migration Section“ der amerikanischen Botschaft in Wien geleitet, danach von Genf aus. In der Zeit von 1952 bis 1964 erhielt Österreich im Rahmen des USEP rund 11 Mio. Dollar zur Unterstützung der Flüchtlinge. Kosten für die Verwaltung bzw. Reisekosten sind in dieser Summe nicht enthalten.

³³⁵ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 111.

³³⁶ Vgl. STIEBER, Gabriela, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, Graz 1997, S. 293.

³³⁷ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 114.

³³⁸ Vgl. STIEBER, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, S. 293.

4. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bestand für die Auswandererin bzw. den Auswanderer die Möglichkeit einer Subvention durch das ICEM, der österreichischen Behörden oder einer Hilfsorganisation.³³⁹

5.2.6. Die Beförderung

Der Transport der Auswandererinnen und Auswanderer in das jeweilige Aufnahmeland erfolgte durch reguläre Schiffs- und Fluglinien. Bei Bedarf organisierte das ICEM noch zusätzliche Charterreisen. Die Qualität der Transportmittel war durchaus in Ordnung und auf längeren Schiffsreisen wurden zusätzlich Intensivsprachkurse abgehalten.

5.3. Zahlen zur Bedeutung der ICEM-Arbeit für Österreich

Im Rahmen der ICEM-Tätigkeit vom 1. Februar 1952 bis zum 31. Dezember 1965 wanderten insgesamt 161.987 fremdsprachige Flüchtlinge³⁴⁰, davon 145.309 Ungarnflüchtlinge³⁴¹, und 27.062 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Österreich aus.³⁴² Bezuglich der „Hard Core“-Fälle konnte das ICEM in der Zeit zwischen 1. Februar 1952 und Jahresende 1959 3.000 dieser Personen zur Auswanderung aus Österreich verhelfen.³⁴³

Die folgende Tabelle zeigt die führenden Einwanderungsländer bei der Emigration aus Österreich unter dem ICEM 1.2.1952 bis 31.12.1965:

Österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger		Fremdsprachige Flüchtlinge	
Australien	18.429	USA	46.530
Kanada	5.327	Kanada	33.180
USA	947	Europa	28.847
Brasilien	933	Australien	24.355
Südafrika	676	Israel	21.414

Quelle: STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg, S. 113.

³³⁹ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 112 ff.

³⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 116.

³⁴¹ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 72.

³⁴² Vgl. Ebd., S. 113.

³⁴³ Vgl. STEDINGK, Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 116.

5.4. Kanada und das ICEM

Kanada war wie Österreich ein Gründungsmitglied des ICEM. In der Zeit zwischen 1951 und 1962 beliefen sich die Beitragszahlungen der kanadischen Regierung an das Komitee auf 215.000 US-Dollar pro Jahr. Kanadas Beziehung zum ICEM war immer ein sehr gutes, nicht zuletzt aus dem Grund, weil die kanadische Wirtschaft durch die organisierte Einwanderung profitierte. Galt es doch den Arbeitskräftemangel Mitte der 1950er Jahre durch Immigranten zu decken.³⁴⁴ Aus Österreich wanderten unter dem ICEM vom 1. Februar 1952 bis zum 31. Dezember 1965 rund 38.500 Personen nach Kanada aus.³⁴⁵ Im selben Zeitraum wanderten insgesamt 51.758 Personen aus Österreich nach Kanada aus, wovon 25.472 die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen. Somit nutzten 74,4% der Auswandererinnen und Auswanderer aus Österreich zwischen 1952 und 1965 das ICEM, um nach Kanada zu gelangen.³⁴⁶

5.5. Kanadas Einwanderungspolitik 1952-1962

5.5.1. Gesetzliche Grundlage - Der Immigration Act von 1952

Im Jahr 1952 wurde mit dem „Immigration Act“ ein neues Einwanderungsgesetz vom kanadischen Parlament verabschiedet. Im Gesetzestext wurden die Rechte der kanadischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und Menschen mit Wohnsitz in Kanada geregelt, die von der Einwanderung ausgeschlossenen Gruppen genauestens aufgelistet und die Überprüfungskriterien für Einwanderer festgelegt. Weiters wurden die Kompetenzen des Ministers für Einwanderung und dessen Beamten definiert und das Vorgehen bei einer Inhaftierung oder Abschiebung der Migranten festgeschrieben. Ebenfalls wurden die Schutzbestimmungen für Immigranten gegen Ausbeutung und Korruption und Anleihen zur Deckung der Einreisekosten im Gesetzestext verankert.³⁴⁷ Einen zentralen Punkt des „Immigration Act“ von 1952 stellten die Auswahlkriterien dar, nach welchen entschieden wurde, ob jemand für die Einwanderung in Kanada „geeignet“ war oder nicht:

1. Nationalität, Staatsbürgerschaft, Ethnizität, geographische Herkunft
2. Gewohnheiten, Lebensweise, Eigenart

³⁴⁴ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 18 ff.

³⁴⁵ Vgl. STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich, S. 113.

³⁴⁶ Vgl. NEUWIRTH/VRIES, Demographic Patterns of Austrian Canadians 1990-1991, in: SZABO, Austrian Immigration to Canada, S. 36.

³⁴⁷ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 101.

3. Unverträglichkeit mit klimatischen, wirtschaftlichen, sozialen Bedingungen, Gesundheit, Bildung
4. Mögliche Unfähigkeit sich zu assimilieren oder die Pflichten und Verantwortung einer kanadischen Staatsbürgerschaft wahrzunehmen³⁴⁸

In diesem Sinne wurden die Einwanderer je nach ihrer Nationalität in Kategorien eingeteilt. Besonders beliebt bei den kanadischen Einwanderungsbehörden waren nach wie vor Briten, Franzosen, US-Amerikaner und Bürger ehemaliger Commonwealth-Länder. Als „second-best quality of immigrants“ wurden Westeuropäer, und damit auch Österreicherinnen und Österreicher, angesehen. Besonders schwer an eine Einwanderungsgenehmigung gelangten Menschen aus Ägypten, Israel, Libanon, Türkei, Osteuropa sowie Zentral- und Südamerika. Immigranten aus asiatischen Gebieten wurden als am „wenigsten geeignet“ betrachtet. Darin spiegelten sich die Ablehnung von Moslems und Angst vor möglichen kommunistischen Spionen wider.³⁴⁹

Die Zulassungskriterien galten allerdings nur für Wirtschaftsimmigranten und nicht für Familienangehörige. Bei Letzteren ging man nämlich davon aus, dass sie sich aufgrund ihrer bereits in Kanada ansässigen Verwandten viel schneller und unkomplizierter in die kanadische Gesellschaft integrieren könnten.³⁵⁰

Einen vorrangigen Kritikpunkt am neuen Einwanderungsgesetz stellten die gewichtigen Kompetenzen des Ministers für Staatsbürgerschaft und Einwanderung sowie seiner Beamten dar, da es in der Exekutierung der Vollmachten sehr oft zu Willkür und subjektivem Verhalten kam. Die Macht der Bürokratie kann man unter anderem im Paragraph 39 des neuen „Immigration Act“ sehen:

„No court and no judge or officer thereof has jurisdiction to review, quash, reverse, restrain or otherwise interfere with any proceeding, decision or order of Minister, Deputy Minister, Director, Immigration Appeal Board, Special Inquiry officer or immigration officer had, made or given under the authority and in accordance with the provisions of this Act relating to the detention or deportation of any person, upon any ground whatsoever, unless such person is a Canadian citizen or has Canadian domicile.“³⁵¹

Der Umstand, dass der Minister des „Department of Citizenship and Immigration“ das letzte Wort auf jeden einzelnen Fall hatte, bewirkte, dass eine Flut an Korrespondenzen von Einwanderern die Bürokratie stark verlangsamte: und das nicht nur in Kanada sondern auch in den überseeischen Einwanderungs- und Visabüros.

³⁴⁸ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 101.

³⁴⁹ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 106.

³⁵⁰ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 48 ff.

³⁵¹ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 102.

Aber auch die dem Minister unterstellten Beamten verfügten ab 1952 über entscheidende Kompetenzen. So konnten sie sich als „Special Inquiry Officers“ betiteln und bei Bedarf solche auch selbst ernennen. Dadurch hatten sie das Recht, Nachforschungen in Bezug auf Einwanderungskandidaten zu tätigen und deren Zulassung oder Abweisung zu bestimmen. Die Untersuchungen der Beamten gingen vor allem in Richtung psychischer Gesundheit und Strafregister des Bewerbers. Gerade in diesem Bereich herrschten Missbrauch und Willkür. Alles in allem war der „Immigration Act“ von 1952 ein sehr rigider Gesetzesrahmen, der den Beamten der Einwanderungsbehörde zu großen Spielraum verlieh und die Einwanderer vor unnötige und teilweise irrational begründete Hürden stellte. Im Jahr 1955 wurden von Seiten des „Department of Citizenship and Immigration“ Änderungen des Gesetzestextes angekündigt, welche aber erst im Jahr 1962 realisiert wurden.³⁵²

5.5.2. Die Entwicklung der kanadischen Einwanderungspolitik 1952-1962

Bis 1954 konnte Kanada auf einen schier unerschöpflichen Pool an Emigranten aus Europa zurückgreifen und die Aufgabe der kanadischen Behörden beschränkte sich viel mehr auf die Festlegung der jährlichen Aufnahmekoten als auf die aktive Rekrutierung. Im Jahr 1955 verzeichnete man aber mit 109.946 Immigranten einen ersten Tiefpunkt. Vor allem die Zahl der europäischen Einwanderer ließ in diesem Jahr merklich nach. Grund dafür war in erster Linie der Wirtschaftsboom der sich in Europa ab Anfang der 1950er Jahre immer deutlicher abzuzeichnen begann.³⁵³ Die kanadische Politik reagierte mit verschiedenen Maßnahmen, um die Einwanderung verstärkt zu fördern. Zum einen verloren die Nationalität und das Assimilierungspotential als Hauptzulassungskriterien an Gewicht. Hingegen wurden die beruflichen Fähigkeiten des jeweiligen Bewerbers in den Vordergrund gestellt. Eine zweite Maßnahme stellte die Ausweitung des im Dezember 1950 eingeführten „Assisted Passage Loan“ dar, welches nun nicht mehr nur dem Familienoberhaupt alleine zugesprochen wurde sondern allen Familienmitgliedern. Das Darlehen galt aber weiterhin nur für europäische Immigranten. Die Bilanz und der Effekt dieses Förderprogramms fielen unter dem Strich mager aus. Bis 1957 kamen mit Hilfe dieses Darlehens insgesamt 25.960 Personen, darunter 11.493 Familienangehörige, nach Kanada.³⁵⁴ Im selben Zeitraum betrug die Gesamteinwanderung in Kanada 956.787 Personen.³⁵⁵

³⁵² Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 101.

³⁵³ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 56.

³⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 69.

³⁵⁵ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 372.

Eine dritte Maßnahme, welche die kanadischen Einwanderungszahlen bis 1957 wieder ansteigen ließ, war die verstärkte Anwerbung von Auswandererinnen und Auswanderern in Übersee. Dementsprechend wurde das Rekrutierungspersonal erhöht sowie vermehrt Informationsmaterial in Form von Broschüren und Filmen in den europäischen Einwanderungs- und Visabüros angeboten. Zudem stiegen auch die finanziellen Ausgaben für Anzeigen in Zeitungen³⁵⁶ und Werbespots im Rundfunk, welcher bald nach Kriegsende von den Alliierten für Propagandazwecke wiederbelebt wurde.³⁵⁷

Diese Maßnahmen bewirkten in der Tat ein Ansteigen der Immigrantenzahlen, doch eine so deutliche Steigerung in der kanadischen Einwanderungsstatistik, wie sie 1957 eintrat, wäre ohne zwei weltpolitische Ereignisse mit Sicherheit nicht zustande gekommen. Zum einen war in Ungarn im Oktober bzw. November 1956 ein Volksaufstand gegen die kommunistischen Machthaber ausgebrochen und blutig niedergeschlagen worden. Dies löste eine Flüchtlingswelle von über 180.000 Personen aus, welche über Österreich in Drittländer flohen.³⁵⁸ Kanada nahm bis Ende 1958 in einer beispielhaften Hilfsaktion mit 37.566 Personen etwa 20% aller ungarischen Flüchtlinge auf. Der genaue Ablauf dieser speziellen Auswanderungsbewegung wird im Zuge dieser Arbeit noch ausführlicher behandelt.³⁵⁹ Das zweite, zeitgleich ablaufende weltpolitische Ereignis, welches die kanadischen Einwanderungszahlen in die Höhe schnellen ließ, war die so genannte Suezkrise. Dieser Konflikt wurde zwischen Ägypten und Israel ausgetragen, wobei die Israelis von Frankreich und Großbritannien unterstützt wurden. Die Krise endete im November 1956 mit dem Abzug der Invasionsstreitkräfte und löste eine Fluchtwelle von britischen Bürgern aus Ägypten aus. Insgesamt nahm Kanada 108.989 britische Flüchtlinge der Suezkrise auf.³⁶⁰

Die Kombination von gesetzlichen Reformmaßnahmen und weltpolitischen Krisen bewirkte, dass die kanadischen Einwanderungszahlen schlussendlich im Jahr 1957, mit 281.154 Personen auf den höchsten Wert seit 1913 anstiegen.³⁶¹

Eine Errungenschaft der liberalen Regierung stellte auch die Einrichtung des „Immigration Appeal Board“ dar. Bereits im Jahr 1952 wurde von Seiten der Regierung die Einrichtung einer Beschwerdestelle für abgewiesene Bewerber versprochen, doch erst 1956 wurde eine solche eingerichtet. Dieses „Immigration Appeal Board“ war allerdings nicht das, was sich viele erhofft hatten. Es stellte nämlich nur eine Unterabteilung des „Department of

³⁵⁶ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 69.

³⁵⁷ Vgl. WAGNLEITNER, Coca-Colonisation und Kalter Krieg, S. 134.

³⁵⁸ Vgl. Paul LENDVAI, Der Ungarnaufstand 1956. Die Revolution und ihre Folgen, München 2006, S. 227.

³⁵⁹ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 174.

³⁶⁰ Vgl. J.L. GRANATSTEIN/Irving M. ABELLA/David J. BERCUSON/R. Craig BROWN/H. Blair NEATBY, Twentieth Century Canada. 2. Aufl., Toronto-Montreal-New York-Auckland (u.a.) 1986, S. 309.

³⁶¹ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 56.

Citizenship and Immigration“ dar und war dem Minister für Einwanderung weisungsgebunden. Zudem wurde der Aufgabenbereich des „Immigration Appeal Board“ auf die Klärung von Streitigkeiten bei der Ausweisung von bereits in Kanada lebenden Immigranten beschränkt.³⁶²

Die konservative Regierung unter John Diefenbaker, welche ab 1957 im Amt war, hatte in erster Linie mit der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der hohen Arbeitslosigkeit, die 1961 einen Höhepunkt von 11,3 % erreichte³⁶³, zu kämpfen und sah sich deshalb genötigt, restriktive Schritte in der Einwanderungspolitik zu setzen. Es wurde deshalb noch stärker auf die beruflichen Qualifikationen und wieder vermehrt auf die Nationalität der Bewerber geachtet. Zudem rückte eine langfristig angelegte Einwanderungspolitik zugunsten eines klaren Bekenntnisses zum traditionellen „tap on/off“-System wieder in den Hintergrund. Dies sollte sich bis 1962 auch nicht ändern.³⁶⁴ Weitere Probleme, mit denen sich Diefenbaker und sein Regierungsstab konfrontiert sahen, waren die unkontrollierte gesponserte Einwanderung, die eine Vielzahl an ungelernten Arbeitskräften, nicht aber die für die Wirtschaft so wichtigen Facharbeiter ins Land brachte und die organisierte, illegale Einwanderung aus China, deren man sich zur Mitte der Fünfziger immer bewusster wurde.³⁶⁵ Aber auch die Zusammenarbeit zwischen dem Einwanderungs- und Arbeitsministerium steckte aufgrund unterschiedlicher Vorstellung bei den Immigrationszahlen Ende der 1950er Jahre in einer tiefen Krise.³⁶⁶ Die kanadische Immigrationspolitik von 1957 bis 1962 war in erster Linie durch die zögernde, restriktive und selektive Haltung der Diefenbaker-Regierung gekennzeichnet, welche sich in einem starken Rückgang der Einwanderung im Vergleich zu den Jahren davor widerspiegelte.

³⁶² Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 51.

³⁶³ Vgl. Edgar, MCINNIS, Canada. A Political and Social History. 4. Aufl., Toronto 1982, S. 639.

³⁶⁴ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 70.

³⁶⁵ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 116 ff.

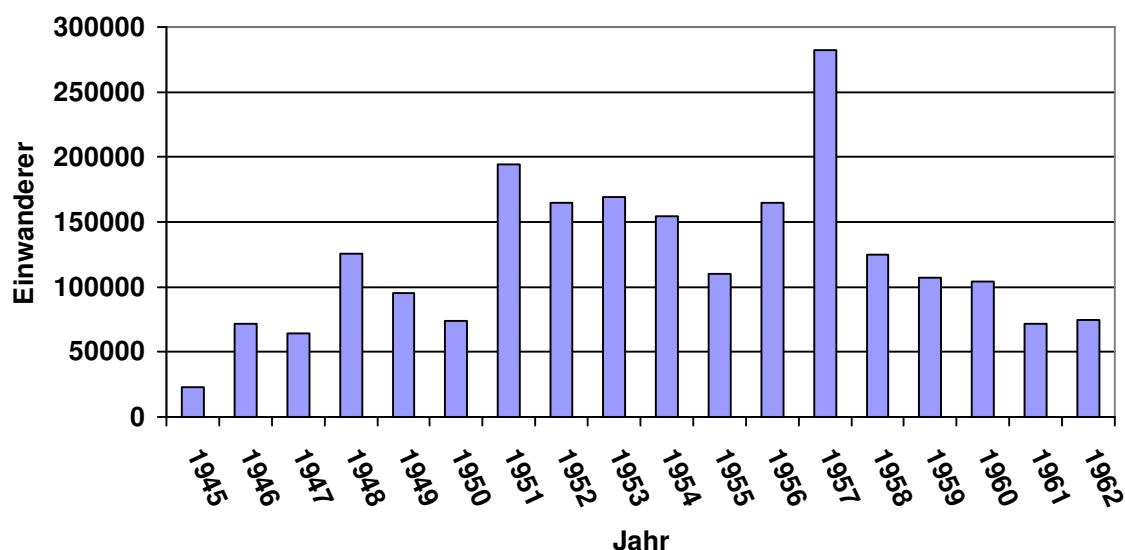
³⁶⁶ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 71.

Gesamteinwanderung in Kanada 1945-1962

Jahr	Einwandererinnen und Einwanderer	Österr. Staatsbürgerinnen und Staatsbürger
1945	22.722	-
1946	71.719	-
1947	64.127	72
1948	125.414	151
1949	95.217	349
1950	73.912	395
1951	194.391	3.628
1952	164.498	2.867
1953	168.868	4.224
1954	154.227	4.597
1955	109.946	1.997
1956	164.857	3.193
1957	282.164	2.498
1958	124.851	1.033
1959	106.928	897
1960	104.111	1.102
1961	71.689	650
1962	74.586	457
Gesamt	2.174.227	28.110

Quelle: HAWKINS, Canada and Immigration, S. 372; NEUWIRTH/VRIES, Demographic Patterns of Austrian Canadians 1990-1991, in: SZABO, Austrian Immigration to Canada, S. 36.

Gesamtimmigration in Kanada 1945-1962



5.5.3. Weltflüchtlingsjahr 1960

Als im Jahre 1959 die UNO das „World Refugee Year“ ausrief, und darauf aufmerksam machte, dass sich noch immer rund 110.000 Flüchtlinge in den europäischen Flüchtlingscamps befanden, war auch Kanada bereit, Maßnahmen zur endgültigen Lösung des Flüchtlingsproblems zu treffen. Aus diesem Grund wurde auch das „Canadian Committee for The World Refugee Year“ (CCWRY) eigens gegründet. Ziel dieser Organisation war es, innerhalb der kanadischen Bevölkerung ein Bewusstsein für die Flüchtlinge zu wecken und finanzielle Mittel für deren Betreuung aufzutreiben.³⁶⁷ Insgesamt wurden von kanadischer Seite 6.912 Flüchtlinge, vorwiegend Polen, Ukrainer und Jugoslawen, im Zuge des Weltflüchtlingsjahrs aufgenommen. Unter diesen Flüchtlingen befanden sich auch 325 Tuberkulosepatienten, die zusammen mit ihren Familien einreisen durften.³⁶⁸

5.5.4. „Immigration Regulations“ von 1962

Im Jahr 1962 wurden neue Einwanderungsregelungen ausgearbeitet, welche unter der liberalen Regierung von Premier Lester Bowles Pearson 1963 in Kraft traten. Notwendig geworden waren diese neuen Reglementierungen aufgrund der immer lauter werdenden Kritik am „Immigration Act“ von 1952, welcher mit seinen zentralen Auswahlkriterien „Ethnizität“ und „Nationalität“ diskriminierend und rassistisch war. Zudem mussten die Probleme der gesponserten Immigration und der Flut an ungelernten Einwanderern gelöst werden.³⁶⁹

Der Kernpunkt der neuen Einwanderungsregelungen war, dass die berufliche Qualifikation, und nicht mehr die Nationalität und Ethnizität, das Hauptauswahlkriterium darstellte. Diese Neureglementierung wurde notwendig, da man von kanadischer Seite einen immer größer werdenden Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften hatte. Da durch die reorganisierte europäische Wirtschaft viele dieser erwünschten Personen nicht mehr nach Kanada kamen, musste der Faktor Nationalität bei den kanadischen Einwanderungsbestimmungen in den Hintergrund treten.³⁷⁰

Die Folgen dieser Neugewichtung lassen sich an den kanadischen Immigrationsstatistiken der 1960er Jahre erkennen. Während nämlich der prozentuelle Anteil an Holzfällern, Landwirten und Bergarbeitern immer stärker nachließ, stieg der Anteil der im Dienstleistungsbereich Tätigen sukzessive.³⁷¹ Zum ersten Mal in der kanadischen Geschichte wurden zumindest theoretisch auch afrikanische, asiatische, lateinamerikanische Migranten oder Bewohner der

³⁶⁷ Vgl. <http://library.mcmaster.ca/archives/findaids/fonds/c/canettewry.htm>, 20.11.2006.

³⁶⁸ Vgl. <http://www.cic.gc.ca/english/department/legacy/chap-6.html#chap6-1>, 20.11.2006.

³⁶⁹ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 126.

³⁷⁰ Vgl. http://www.cprn.com/en/diversity1_2_3-origins-topic1_2_3.cfm, 21.11.2006

³⁷¹ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 98 ff.

Karibik aufgenommen. Dabei gilt aber zu beachten, dass nur ein geringer Prozentsatz der Menschen aus diesen Ländern die hohen beruflichen Qualifikationsstandards erfüllen konnten.³⁷² In Bezug auf die gesponserte Einwanderung bewirkten die „Immigration Regulations“ von 1962 eine Ausweitung des Systems, das Europäern gestattete, auch weitschichtige Verwandte nach Kanada nachzuholen. Bürger von asiatischen und afrikanischen Ländern durften zwar auch an der gesponserten Immigration teilnehmen, mussten diese aber bis 1967 auf den engsten Familienkreis begrenzen.³⁷³

Die letzte große Veränderung, die vorgenommen wurde, war eine Kompetenzerweiterung des „Immigration Appeal Board“, jedoch verblieb die oberste Entscheidungsgewalt nach wie vor beim Minister für Staatsbürgerschaft und Einwanderung. Durch die „Immigration Regulations“ von 1962 begann für die kanadische Einwanderungspolitik ein neues Kapitel, welches nicht mehr so stark durch die Diskriminierung nach Nationalitäten und bürokratischer Willkür geprägt war.³⁷⁴

5.6. Die Auswanderung der Ungarnflüchtlinge aus Österreich nach Kanada

5.6.1. Herausforderung und Bewährungsprobe

Im Herbst 1956 weiteten sich Studentendemonstrationen gegen das kommunistische Regime in Ungarn zu einer regelrechten Volkserhebung gegen die Sowjetunion aus. Moskau antwortete mit eiserner Härte und am 23. Oktober drangen sowjetische Panzer in Budapest ein, um den Aufstand gewaltsam zu beenden. Die darauf folgenden Kampfhandlungen dauerten mit wenigen Unterbrechungen bis zur endgültigen Kapitulation der ungarischen Revolutionäre am 15. November 1956 an und lösten eine gewaltige Fluchtwelle Richtung Westen, sprich Österreich, aus.³⁷⁵

Die Republik Österreich, die erst ein Jahr zuvor durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages und der Erklärung der immerwährenden Neutralität den Abzug der alliierten Besatzungsmächte erwirken konnte, war zum Zeitpunkt des Ungarnaufstands mit der innenpolitischen und wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes beschäftigt. Österreich hatte erst durch den Staatsvertrag seine volle außenpolitische Bewegungsfreiheit wiedererlangt³⁷⁶

³⁷² Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 52.

³⁷³ Vgl. http://www.cprn.com/en/diversity1_2_3-origins-topic1_2_3.cfm, 20.11.2006.

³⁷⁴ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S. 52.

³⁷⁵ Vgl. Lázló VARGA, Die Ereignisse in Ungarn 1956, in: Erwin SCHMIDL (Hrsg.), Die Ungarnkrise 1956 und Österreich, Wien-Köln-Weimar 2003, S. 56 ff.

³⁷⁶ Vgl. LENDVAI, Der Ungarnaufstand 1956, S. 223.

und 1956 war man vor allem an der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu den vier Signatarmächten interessiert. Gerade deshalb stellten die revolutionären Ereignisse in Ungarn eine Herausforderung und Bewährungsprobe für das Land dar.³⁷⁷

5.6.2. Der Flüchtlingszustrom

Bereits zu Beginn der sowjetischen Intervention in der letzten Oktoberwoche 1956 flüchteten drei- bis viertausend Ungarn nach Österreich. In den Morgenstunden des 23. Oktober 1956 suchten mehr als 5.000 Ungarn-Flüchtlinge Schutz an den Grenzen.³⁷⁸ Am 26. Oktober 1956 verfügte der sozialistische Innenminister Oskar Helmer, dass alle Ungarnflüchtlinge Asyl erhalten sollten.³⁷⁹ Als am 4. November 1956 der Angriff der sowjetischen Truppen auf die ungarischen Revolutionszentren verstärkt wurde, stieg auch die Zahl der Flüchtlinge, so dass 260 Flüchtlingslager, die größten in Traiskirchen, Graz und Judenau, eingerichtet werden mussten.³⁸⁰ An die grenznahen Gebiete wurden Sonderzüge und –busse geschickt, um die Flüchtlinge von den Auffangstellen der burgenländischen Gemeinden, meist Schulen und Gasthäuser, in die einzelnen Lager zu transportieren.³⁸¹

Insgesamt kamen im Rahmen des Ungarnaufstandes 180.432 Flüchtlinge nach Österreich.³⁸² Dieser Personenkreis setzte sich einerseits aus Vertretern des Nationalkomitees (Konservative, Kleinlandwirte, Mitglieder der christlichen Volkspartei, Linkskatholiken) und Anhängern sowohl der Sozialdemokratischen Partei Ungarns als auch der ehemaligen faschistischen Szálasi-Partei zusammen.³⁸³ Andererseits flüchteten bis Ende Jänner 1957 auch 17.000 ungarische Juden über die Grenze nach Österreich.³⁸⁴ Die Fluchtgründe reichten von Angst vor politischer Verfolgung bis hin zum ohnedies lang gehegten Wunsch nach Auswanderung in den Westen.

In Österreich herrschte auf Grund der Unruhen eine stark antikommunistische Stimmung, welche in der Verwüstung von kommunistischen Parteialokalen und Prägeleien mit Parteimitgliedern gipfelte.³⁸⁵ Als die ersten Ungarnflüchtlinge nach Österreich kamen, wurden

³⁷⁷ Vgl. Catherine C. NIELSEN, Neutrality vs. Neutralism: Austrian Neutrality and the 1956 Hungarian Crises, in: SCHMIEDL (Hrsg.), Die Ungarnkrise 1956 und Österreich, S. 215 ff.

³⁷⁸ Vgl. Brigitta ZIERER, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien, S. 43.

³⁷⁹ Vgl. Brigitta ZIERER, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956?, in: RATHKOLB/HEISS (Hrsg.), Asyl und wider willen, S. 163.

³⁸⁰ Vgl. ZIERER, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien, S.44.

³⁸¹ Vgl. ZIERER, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956?, S. 163.

³⁸² Vgl. LENDVAI, Der Ungarnaufstand 1956, S. 227.

³⁸³ Vgl. ZIERER, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956?, S. 163.

³⁸⁴ Vgl. Thomas ALBRICH, Der Traum von „Amerika“. Jüdische Flüchtlinge 1950-1957, in: ALBRICH u.a. (Hrsg.), Österreich in den Fünfziger, S. 110.

³⁸⁵ Vgl. Manfried RAUCHENSTEINER, Spätherbst 1956. Die Neutralität auf dem Prüfstand, Wien 1984, S. 103.

sie auch gleich als „Kämpfer gegen den diktatorischen Kommunismus“ gefeiert, doch bereits Ende November 1956, als der Flüchtlingszustrom nicht abzubreßen schien, begann die Stimmung in der österreichischen Bevölkerung umzuschlagen. Zudem verweigerten immer mehr Drittstaaten die weitere Aufnahme von Ungarnflüchtlingen, wodurch die Dauer des Aufenthaltes in Österreich immer ungewisser wurde.³⁸⁶ Das steigerte wiederum die Ungeduld und Frustration der Flüchtlinge, was das Klima zusätzlich anspannte.³⁸⁷

Für den Großteil der Flüchtlinge stellte Österreich nämlich „nur“ das Erstasylland dar und fungierte als Verwaltungs-, Vermittlungs- und Verbindungsstelle für die Weiterreise in andere westliche Drittstaaten, u.a. auch nach Kanada. Lediglich 10% der bis 1957 eingereisten Ungarnflüchtlinge wählten Österreich tatsächlich zu ihrem ständigen Aufenthaltsland.³⁸⁸ 154.309 ungarische Flüchtlinge wanderten bis Ende April 1958 in andere westliche Staaten weitert, wobei am 30. November 1956 die tägliche Auswanderung mit 5.410 Flüchtlingen ihren Höhepunkt erreichte. 7.727 kehrten nach Ungarn zurück.³⁸⁹

Die Auswanderung der Ungarnflüchtlinge aus Österreich wurde fast zur Gänze über das ICEM bzw. mit dessen Unterstützung abgewickelt. Zu diesem Zweck wurden vom Komitee fünf Arbeitsgruppen zur Registrierung und Weiterführung der Flüchtlinge in Österreich eingesetzt. Darüber hinaus finanzierte das ICEM in der Zeit von November 1956 bis April 1958 die Auswanderung von 138.063 Ungarnflüchtlingen.³⁹⁰

³⁸⁶ Vgl. ZIERER, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956?, S. 168 ff.

³⁸⁷ Vgl. RAUCHENSTEINER, Spätherbst 1956, S. 88.

³⁸⁸ Vgl. ZIERER, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956, S. 163.

³⁸⁹ Vgl. Ebd., S. 166.

³⁹⁰ Vgl. MURBER, Flucht in den Westen 1956, S. 90.

**Abtransport der Ungarnflüchtlinge mit Hilfe von ICEM und anderer
Hilfsorganisationen Okt. 1956 – April 1958:**

	Durch ICEM oder mit ICEM-Hilfe	Durch andere Hilfsorganisationen	Insgesamt
Nov./Dez. 1956	84.778	8.370	93.148
Jän. 1957	15.786	1.033	
Feb. 1957	9.907	2.712	
März 1957	8.055	2.578	
April 1957	7.756	697	
Mai 1957	4.714	162	
Juni 1957	2.172	473	
Juli 1957	2.256	18	
Aug. 1957	1.905	43	
Sept. 1957	561	30	
Okt. 1957	582	17	
Nov. 1957	324	27	
Dez. 1957	772	11	
1957 Gesamt	52.790	7.801	60.591
Jän. – April 1958	495	75	570
Gesamt	138.063	16.246	154.309

Quelle: MURBER, Flucht in den Westen, S. 91.

Die ungarisch-jüdischen Flüchtlinge, welche nach Österreich flohen, bevorzugten mehrheitlich die USA und Kanada, und nicht Israel, als ihre neue Heimat. Die Auswanderung dieser Personengruppe unter anderem mit Hilfe der HIAS (Hebrew Immigrant Aid Society)³⁹¹ und der „Jewish Agency“. Bis Ende Jänner 1957 gelang es diesen beiden Organisationen, 5.000 jüdischen Flüchtlingen zur Auswanderung zu verhelfen. Mit Ende desselben Jahres waren 10.000 ungarische Juden mit Hilfe der HIAS in verschiedene Aufnahmeländer

³⁹¹ Vgl. <http://www.hias.org/WhoWeAre/History.php>, 20.12.2006.

weitergewandert, wobei drei Viertel der Flüchtlinge in die USA und nach Kanada gelangten. So nahm Kanada bis Anfang März 1957 2.150 ungarisch-jüdische Flüchtlinge auf, während es in den USA 3.500 waren.³⁹²

5.6.3. Die Aufnahme der Ungarnflüchtlinge in Kanada

In Bezug auf die Ungarnkrise handelten die kanadischen Behörden schnell und effizient und zeigten sich äußerst aufnahmewillig. Bei Ausbruch des Ungarnaufstandes wurde von kanadischer Seite der gewöhnliche Einwanderungsprozess für Flüchtlinge umgehend verkürzt und beschleunigt, indem man zum Beispiel nur mehr kurze und auf das Notwendigste beschränkte medizinische Untersuchungen durchführte. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit, Einwanderer zu sponsern, auf einen größeren Personenkreis erweitert und freier Transport entweder per Schiff oder per Flugzeug angeboten.³⁹³ Allein an die 20.000 ungarische Flüchtlinge wurden mit der „Air Bridge To Canada“ (ABC) nach Kanada gebracht.³⁹⁴ Es kam auch zu weiteren Eröffnungen von Übersee-Büros und einer Aufstockung des Rekrutierungspersonals, um den Flüchtlingsströmen der Jahre 1956/57 gewachsen zu sein.³⁹⁵

Zudem trafen die kanadischen Behörden sofort spezielle Arrangements mit den einzelnen kanadischen Provinzen, außer Quebec, um die Flüchtlingsströme besser handhaben und auf das Land verteilen zu können.³⁹⁶ Ein spezieller Aspekt der Aufnahme ungarischer Flüchtlinge in Kanada war, dass unter den Einwanderern ein hoher Prozentsatz an Professoren, Assistenten und Studenten waren.³⁹⁷ Zu besonderen Spannungen führte die Flucht von rund 500 Lehrkräften und Studenten der Fakultät für Forstwirtschaft und Bergbau der Universität Sopron nach Österreich. Eine eigens vom ungarischen Bildungsministerium eingerichtete Delegation wurde damit beauftragt, diese Flüchtlinge wieder zurückzuholen. Von österreichischer Seite wurde der Delegation die Einreise aber verweigert und gleichzeitig der kanadische Einwanderungsminister Jack Pickersgill auf das Problem hingewiesen. Daraufhin wurde von kanadischer Seite die vollständige Integration des Institutes in die Universität von British Columbia vorbereitet und durchgeführt.³⁹⁸

³⁹² Vgl. ALBRICH, Der Traum von „Amerika“, in: ALBRICH u.a. (Hrsg.), Österreich in den Fünfzigern, S. 110.

³⁹³ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 14.

³⁹⁴ Vgl. <http://www.cic.gc.ca/english/department/transport/chap-2f.html>, 20.11.2006.

³⁹⁵ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-67, S. 56.

³⁹⁶ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 114 ff.

³⁹⁷ Vgl. RICHMOND, Post-War Immigrants in Canada, S. 14.

³⁹⁸ Vgl. MURBER, Flucht in den Westen 1956, S. 92.

Insgesamt nahm Kanada wie bereits erwähnt bis Ende 1958 mit 37.566 Personen mehr als 20% aller ungarischen Flüchtlinge auf. Im Vergleich dazu nahmen die USA, die damals zwar die zehnfache Bevölkerung von Kanada aufwiesen, nur die gleiche Zahl von Ungarn auf.³⁹⁹ Aber die Einwanderung zehntausender ungarischer Flüchtlinge stieß auch auf Ablehnung seitens der kanadischen Bevölkerung und der Provinzregierungen. Vor allem die Kosten der Rettungsaktion und die Integration der Ungarn in die kanadische Bevölkerung stellten die Hauptkritikpunkte dar. Ein Minister aus Ontario beschwerte sich folgendermaßen über die Flüchtlinge: *“These people are arriving with absolutely nothing, not even an extra suit of underwear. Who is going to pay for the underwear?”* Jack Pickersgill, der kanadische Minister of Citizenship and Immigration, antwortete auf diese Äußerung kurz und entschlossen: *“We will.”*⁴⁰⁰

Ein junger Wattener, der 1956 nach Kanada ausgewandert war, schilderte die Situation der Ungarnflüchtlinge in ihrem neuen Heimatland folgendermaßen: *„Kanada hat auch einige tausend ungarische Flüchtlinge aufgenommen. Nur ein ganz geringer Teil hat sich aber in diesem fremden Lande zurechtgefunden. Die meisten bereuen, hierher gekommen zu sein.“*⁴⁰¹

5.7. Die Auswanderung von österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern nach Kanada 1952-1962

5.7.1. Allmählicher Bedeutungsverlust der „Push“-Faktoren

Ab Mitte der 1950er verloren die unter Kapitel 4.7.1. angeführten „Push“-Faktoren der österreichischen Auswanderung nach Kanada deutlich an Wirkung. Gründe dafür waren in erster Linie die immer stärker werdende österreichische Wirtschaft⁴⁰² sowie eine Regelung der politischen Zukunft Österreichs durch den Staatsvertrag und das Ende der Besatzungszeit.⁴⁰³ Die bereits in Kapitel 4.7.2. genannten „Pull“-Faktoren blieben auch in den letzten zehn Jahren des Untersuchungszeitraums aktuell, konnten aber den Bedeutungsverlust der „Push“-Faktoren nicht ausgleichen.⁴⁰⁴

³⁹⁹ Vgl. AVERY, Reluctant Host, S. 174.

⁴⁰⁰ Vgl. GRANATSTEIN u.a. (Eds.), Twentieth Century Canada, S. 309.

⁴⁰¹ Vgl. „Kanada – ein rauer Boden!“, in: Haller Lokal-Anzeiger, 22.3.1958, S. 3.

⁴⁰² Vgl. SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, S. 471 ff.

⁴⁰³ Vgl. RAUCHENSTEINER, Stalinplatz 4, S. 253 ff.

⁴⁰⁴ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 110.

5.7.2. Kritische Auswandererstimmen

Auch viele bereits nach Kanada ausgewanderte Österreicherinnen und Österreicher warnten vor blinder Auswanderungseuphorie und der Hoffnung auf das schnelle Geld in Übersee. So schrieb Josef Neuböck: „*Der Lebensstandard in Kanada und in den USA ist zwar sehr hoch, aber das Geld wird drüben nicht leichter verdient, wie viele immer meinen.*“⁴⁰⁵

Auch ein junger Wattner, welcher 1956 nach Kanada ausgewandert war, mahnte, das angebliche Paradies jenseits des Atlantiks skeptischer zu betrachten. In einem Artikel des *Haller Lokal-Anzeiger* aus dem Jahr 1958 wird der Wattner folgendermaßen zitiert:

„*Körperliche und seelische Beanspruchungen trieben in vielen Fällen den Einwanderer zum Selbstmord. Auch die Zahl der Geisteskranken ist hoch, wobei auch das ungewohnte Klima mitspielt. Nur harte Naturen kommen in Kanada mit viel Glück zu einem relativen Wohlstand.*“⁴⁰⁶

Der junge Auswanderer gab zudem einen Einblick in die soziale Ausgrenzung, welche viele Neuankömmlinge in Kanada erwartete: „*Zu der Einsamkeit kommen auch noch die Härten des Klimas und eine große Reserviertheit der gebürtigen Kanadier. An sie kommt der Fremde nur schwer heran.*“⁴⁰⁷

Der 1953 aus Innsbruck nach Kanada emigrierte Fred Faller schilderte das Verhältnis zwischen Einwanderern und Einheimischen ähnlich: „*Mit Kanadiern kann man schlecht warm werden, denn die Einwanderer arbeiten hart uns schaffen sich was, und das die Kanadier fast alles auf Stottern kaufen, kommen sie zu nichts.*“⁴⁰⁸

Bezüglich der Arbeitsbedingungen warnte der junge Wattner folgendermaßen:

„*Man kann rasch viel Geld verdienen, wenn man hart arbeitet; an Freizeit und Urlaub darf man dabei allerdings nicht denken.[...] Und wer in Österreich gut arbeitet, kommt hier leichter zu etwas als in Kanada.*“⁴⁰⁹

Und auch der österreichische Emigrant Hans Giannelio, der sich eine Existenz in Kanada aufbauen konnte, musste eingestehen:

„*Selten wird von den Verlierern gesprochen, höchstens dass ein Name aus dem Branchenverzeichnis des Telefonbuches verschwindet. Diese Existzen sind aber viel weniger charakteristisch für Kanada als jene der vielen unbekannten Menschen, die eines Tages über das große Wasser gekommen sind. Sie arbeiten zäh, haben oft zwei Berufe nebeneinander und fügen Stück für Stück zu künftigem Wohlstand zusammen. [...] Nachteile wieder sind, dass man über Nacht seine Arbeit verlieren kann und besonders im Winter in vielen Berufen Arbeitslosigkeit die Regel ist. Manche Berufe sind wieder so stark von den Gewerkschaften erfasst, dass man kaum außerhalb ihrer Reihen arbeiten kann,*

⁴⁰⁵ Vgl. „Wer sich im Ausland durchsetzen will, muss hart arbeiten!“, in: *Tiroler Tageszeitung* 1957 160/5.

⁴⁰⁶ Vgl. „Kanada – ein rauer Boden!“, in: *Haller Lokal-Anzeiger*, 22.3.1958, S. 3.

⁴⁰⁷ Vgl. Ebd.

⁴⁰⁸ Vgl. Fred Faller, West Vancouver, an Dr. Hubert Gundolf, Innsbruck, 26.8.1970, LM Ferdinandum, FB 42261/31.

⁴⁰⁹ Vgl. „Kanada – ein rauer Boden!“, in: *Haller Lokal-Anzeiger*, 22.3.1958, S. 3.

Mehrleistungen erschwert sind und der fleißige Arbeiter das Opfer politischer Streiks zu werden droht. Mancher Einwanderer ist versucht, sich zu rasch selbständig zu machen; er muss dann meist recht teures Lehrgeld für Erfahrungen über die örtlichen Verhältnisse bezahlen.“⁴¹⁰

Sicherlich waren, trotz so mancher Warnung, die Berichte über Österreicherinnen und Österreicher, die es in Kanada zu einem gewissen Wohlstand gebracht hatten, Ansporn für viele, es ihnen gleich zu tun. Inwieweit dieser Faktor die Auswanderung aus Österreich beeinflusst hat, ist in Zahlen allerdings nicht fest zu machen.

5.7.3. Staatliche Reaktionen auf die Auswanderung

Die seit Beginn der 1950er in Österreich vermehrt aufkommende Gegenpropaganda zur Auswanderung nach Kanada hielt bis in die Mitte der 1960er Jahre an und wurde in erster Linie von der österreichischen Wirtschaft und Politik angetrieben.⁴¹¹ So war in der *Wiener Zeitung* vom 22. Dezember 1955 folgende Warnung an österreichische Auswanderungswillige unter dem markanten Titel „*Vorsicht bei Auswanderung*“ abgedruckt:

„Das Bundesministerium für Inneres gibt bekannt: In letzter Zeit sind in der Öffentlichkeit Berichte über Kanada erschienen, die bei Auswanderungswilligen unter Umständen falsche Vorstellungen erwecken können. Eine Auswanderung nach Kanada kann gegenwärtig nur in folgenden Fällen als gesichert bezeichnet werden:

Wenn der Auswanderungswillige Verwandte oder Bekannte in Kanada besitzt, die ihn aufnehmen und ihm beim Aufbau einer Existenz behilflich sein können. Wenn der Auswanderungswillige einen bindenden langjährigen Arbeitskontrakt einer kanadischen Firma besitzt. Wenn sich Mädchen oder anhanglose Frauen als Gehilfinnen für kanadische Haushalte oder als Hilfskrankenschwestern für kanadische Krankenhäuser melden. Bewerberinnen für Krankenhäuser müssen außerdem ausreichende englische Sprachkenntnisse besitzen. Auswanderungswillige, bei denen die obigen Voraussetzungen nicht zutreffen, müssen derzeit damit rechnen, in Kanada erst nach längerer Zeit und nach Überwindung meist großer Mühseligkeiten Fuß fassen zu können. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich vor der Auswanderung geschlossener Familien ohne entsprechende Sicherung gewarnt. In Zweifelsfällen wird empfohlen, sich vom Bundesministerium für Inneres – Wanderungsamt beraten zu lassen.“⁴¹²

Die Antwort der kanadischen Gesandtschaft in Wien auf den obigen Artikel folgte noch am selben Tag:

*„The official government-owned newspaper *Wiener Zeitung* published a message today under the prominent headline ‘A Warning to Immigrants’ on behalf of the Federal Ministry of the Interior. [The] warning states that recently published reports on Canada might lead immigrants to wrong ideas and advises that prospective immigrants who have no relatives or friends in Canada in a position to offer accommodation and assistance will only find it possible to establish themselves in Canada after a very long time and after overcoming great*

⁴¹⁰ Vgl. „*Zaunkönig im großen Land der Dollarmillionäre.*“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 12.3.1959, S. 3.

⁴¹¹ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 107 ff.

⁴¹² Vgl. „*Vorsicht bei Auswanderung*“, in: *Wiener Zeitung*, 22.12.1955, S. 4.

*hardships and difficulties, unless immigrants obtain a longterm working contract in advance.*⁴¹³

Auch der direkte Druck österreichischer Behörden auf die kanadischen Auswanderungsprogramme wuchs im Laufe der 1950er Jahre ständig. So wurde unter anderem gefordert, Visa nur an ungeschulte Arbeitskräfte und Haushaltshilfen zu vergeben und jegliche Werbung für eine Auswanderung zu unterlassen. Auch das 1951 von Kanada eingeführte „Assisted Passage Loan“ sollte durch administrative Schikanen seinen Anreiz verlieren. Ab 1956 mussten folglich alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, welche dieses Darlehen in Anspruch nahmen, ein Formular ausfüllen, welches an das österreichische Arbeitsministerium weitergeleitet wurde. Dort wurde überprüft, ob die Emigration der betreffenden Person die heimische Wirtschaft schädigen würde. Diese Schikane hatte vorrangig das Ziel, den Auswanderungsprozess künstlich in die Länge zu ziehen, wodurch die Auswanderung für die kanadischen Wirtschaftszweige sowie den Emigranten selbst unattraktiver wurde. Allerdings hatte diese Maßnahme nur eine geringe Wirkung auf die österreichischen Auswanderungszahlen, da ohnedies nur ein verschwindend geringer Teil der Österreicherinnen und Österreicher ein solches Darlehen in Anspruch nehmen musste. Außerdem standen den österreichischen Behörden keine Maßnahmen zur Verfügung, die Auswanderung von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu unterbinden, da dies ein Verstoß gegen das Verfassungsrecht dargestellt hätte.⁴¹⁴

Den kanadischen „Deputy Minister for Immigration“, Laval Fortier, bewegte die Einstellung der österreichischen Politik gegenüber der Auswanderung zu folgender Aussage: „*Austria, after the Netherlands, was possibly the place where I met the strongest opposition to the Canadian [immigration] programme*“⁴¹⁵

Mit dem Jahr 1957 war schließlich der Höhepunkt der österreichischen Einwanderung und gleichzeitig der Gesamtimmigration in Kanada nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. Österreichische Auswandererinnen und Auswanderer, welche Anfang der 1960er Jahre noch nach Kanada emigrierten, waren in erster Linie qualifizierte Arbeitskräfte, welche ihre beruflichen Erfahrungen erweitern wollten bzw. Abenteuerlustige, die von den verschiedenen Reizen Kanadas angelockt wurden.⁴¹⁶

Die nachlassende Auswanderung von Österreicherinnen und Österreichern nach Kanada spiegelte sich auch in den Statistiken wieder. Waren es in den 1950ern noch 25.300

⁴¹³ Zit. nach: STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 109.

⁴¹⁴ Vgl. Ebd., S. 110.

⁴¹⁵ Zit. nach: Ebd., S. 109.

⁴¹⁶ Vgl. Ebd., S. 115.

österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, welche nach Kanada emigrierten, sank die Zahl in den 1960er auf nur mehr 7400.⁴¹⁷ Dazu kommt, dass die Anzahl an Österreicherinnen und Österreichern in Kanada durch die Rückwanderung nach Österreich bzw. die Weiterwanderung in andere Länder, und hier v.a. die USA⁴¹⁸, beeinflusst wurde. So lebten am Ende des Untersuchungszeitraums 1962 insgesamt rund 13.000 Österreicherinnen und Österreicher in Kanada.⁴¹⁹

Die nachfolgende Tabelle soll den Anteil der kanadischen Emigration in die USA an der Gesamtimmigration in Kanada zeigen und damit den Stellenwert dieser Migrationsbewegung verdeutlichen:

Emigrationsbewegung Kanada - USA

Jahr	Emigration	% an Gesamtimmigration
1952	37.709	22,92
1953	39.480	23,38
1954	37.698	24,44
1955	32.435	29,50
1956	42.363	25,70
1957	46.354	16,43
1958	45.143	36,16
1959	34.599	32,36
1960	46.668	44,83
1961	47.470	66,22
1962	44.272	59,36

Quelle: Zit. nach: RUPPRATH, Kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, S.95.

⁴¹⁷ Vgl. STEINHAUSER, Post-War Austrian Immigration to Canada, S. 110.

⁴¹⁸ Vgl. RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-67, S. 58.

⁴¹⁹ Vgl. Traude HORVATH/ Gerda NEYER, Austrian Abroad. Austrian Emigration after 1945, in: SZABO, Austrian Immigration to Canada, S. 83 ff.

5.7.4. Auswanderungsgebiete in Österreich

Über die österreichischen Regionen, aus denen die Kanada-Emigranten abgewandert sind, ist in der für Migration klassischen Literatur nur sehr wenig zu finden. Aufgrund des 10-jährigen Rhythmus von Volkszählungen in Österreich wird die genaue Darstellung von Auswanderungsgebieten zusätzlich erschwert. Zudem konnten für diese Arbeit nur die beiden Zählungen von 1951 und 1961 herangezogen werden, da im Jahr 1941 keine solche stattfand. Im Folgenden habe ich versucht, zumindest für die Zeit zwischen 1951 und 1961, darzustellen, welche Bundesländer in Österreich am meisten von Abwanderung betroffen waren. Damit können zwar keine direkten Rückschlüsse auf die Auswanderung nach Kanada gezogen werden, eine allgemeine Tendenz für eine verstärkte Ab- und Auswanderung aus bestimmten österreichischen Bundesländern zwischen 1951 und 1961 lässt sich allerdings erkennen.

Bevölkerungsstand 1951 und 1961 nach Bundesländern (in Tausende)

Jahr	Ö	Bgl	K	NÖ	OÖ	Szbg	Stmk	T	Vlbg	W
1951	6.934	276	475	1.400	1.109	327	1.109	427	194	1.616
1961	7.074	271	495	1.374	1.132	347	1.138	463	226	1.628

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2003, Wien 2002, S. 40.

Wanderungsbilanz 1951-1961 nach Bundesländern (in %)

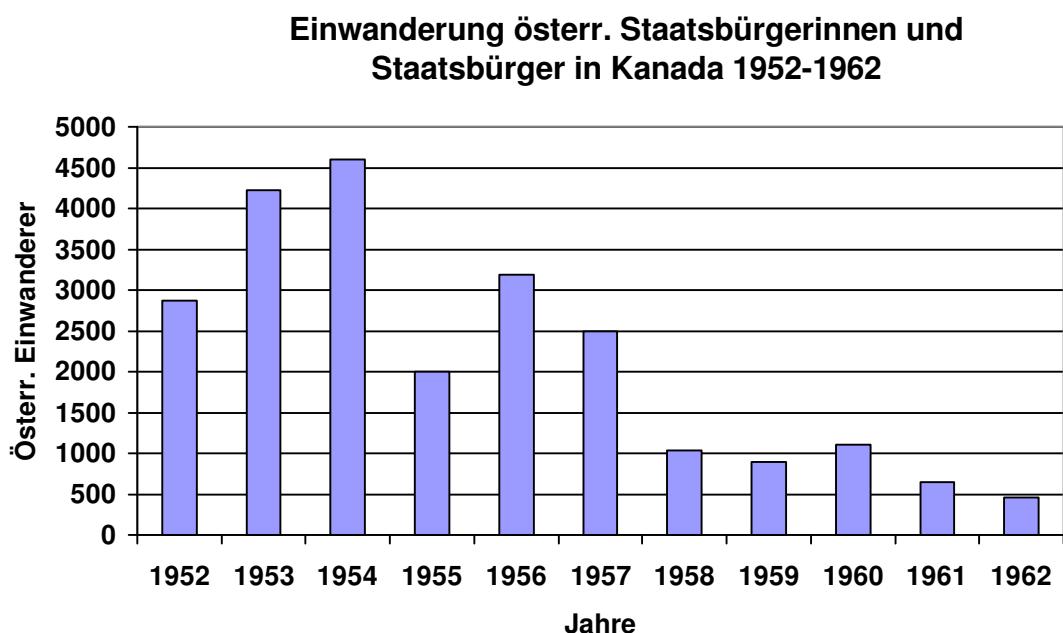
Zeitraum	Ö	Bgl	K	NÖ	OÖ	Szbg	Stmk	T	Vlbg	W
1.6.1951	+1.8	-8.7	-6.1	-5.5	-5.8	-2.8	-3.8	-1.6	+4.4	+7.1
20.3.1961										

Quelle: Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Demographisches Jahrbuch Österreichs 1993/94/95 (Beiträge zur Österreichischen Statistik 1.207), Wien 1996, S. 422.

5.7.5. Einwanderung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Kanada 1952-1962

Jahr	Österreicher
1952	2.867
1953	4.224
1954	4.597
1955	1.997
1956	3.193
1957	2.498
1958	1.033
1959	897
1960	1.102
1961	650
1962	457
1952-1962	23.515

Quelle: NEUWIRTH/VRIES, Demographic Patterns of Austrian Canadians 1990-1991, S. 36.



6. Zielgebiete der Einwandererinnen und Einwanderer aus Österreich in Kanada

6.1. Zielgebiete der Gesamteinwanderung nach Provinzen

Ontario war in der Nachkriegszeit die bevölkerungsreichste Provinz Kanadas und auf Grund seiner breit gefächerten Wirtschaftsstruktur der wichtigste Arbeitsmarkt der Neuankömmlinge in Kanada.⁴²⁰ In Ontario waren die neuen Arbeitskräfte in der Textilindustrie, in der Landwirtschaft, im Holzfällergewerbe und beim Abbau der reichhaltigen Gold-, Silber und Kupfervorkommen gefragt. Zudem verschaffte allein die „Hydro-Electric Power Commission of Ontario“ über 1.000 Männern bei der Elektrifizierung entlegener Regionen in der Provinz Arbeit. Aber auch für Akademiker hatte Ontario seinen Reiz, da dort die renommiertesten Bildungseinrichtungen ganz Kanadas stehen. Für Mediziner war es allerdings schwierig in Ontario Fuß zu fassen. Zum einen wehrte sich die „Canadian Medical Association“ vehement dagegen, Ärzte aus Deutschland und Österreich aufzunehmen, welche ihre Approbation unter dem Nationalsozialismus erhalten hatten. Aber auch gegen Mediziner aus kommunistischen Staaten gab es Vorbehalte. Zum anderen konnte der Bedarf an Medizinern in Ontario Großteils durch kanadische Ärzte gedeckt werden. Anders sah es da in den entlegeneren Provinzen wie New Brunswick und Saskatchewan aus. Dort kamen deutlich öfter Einwanderer als Mediziner zum Zug.⁴²¹

Obwohl **Quebec** von vornherein gegen eine zu liberale Immigrationsgesetzgebung war, weckten die zahlreichen neuen Arbeitskräfte auch das Interesse der frankokanadischen Industriellen.⁴²² Besonders die Betreiber der Goldminen im Norden der Provinz sowie die Textilindustrie stellten in Folge eine Vielzahl an Einwanderern ein. Auch wenn von Seiten vieler frankokanadischer Politiker Kritik an der Aufnahme von Immigranten verschiedenster Nationalitäten laut wurde, stellte Quebec City neben Halifax den zweitwichtigsten Ankunftshafen der Einwanderer dar und war somit ein bedeutendes Verteilungszentrum für ganz Kanada.⁴²³

⁴²⁰ Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 201 ff.

⁴²¹ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 274.

⁴²² Vgl. HAWKINS, Canada and Immigration, S. 225 ff.

⁴²³ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 277.

In den **Prärieregionen** wurden die Einwanderer in erster Linie in der Landwirtschaft eingesetzt. Während man in **Manitoba** und **Alberta** die zusätzlichen Arbeitskräfte für die Zuckerrübenernte und das Abpflücken von Sonnenblumenfeldern benötigte, wurden sie in **Saskatchewan** neben der Getreideernte auch beim Abbau von Braunkohle, Gold, Kupfer und Zink eingesetzt. Zudem versuchte man in diesen Gebieten die Einwanderer in so genannten „homesteadings“ dauerhaft anzusiedeln. Dieses Unterfangen scheiterte allerdings aufgrund der geringen Ersparnisse vieler Neuankömmlinge, welche ein Selbstständigwerden als Landwirte kaum ermöglichten. Außerdem wurden die unbesiedelten Weiten der Präieprovinzen auch von den Neo-Kanadiern eher als Nachteil angesehen.⁴²⁴

In **British Columbia** wurden die immigrierten Arbeitnehmer hauptsächlich im Gemüse- und Obstbau sowie im Bergbau eingestellt. Zudem erfüllten die Einwanderer in dieser westlichsten Provinz die besonders wichtigen Instandhaltungsarbeiten am Verkehrsnetz. So fanden viele bei der „Canadian National Railroad“ eine Anstellung.⁴²⁵

Die **Maritimes** boten den Neuankömmlingen begrenzte Arbeitsmöglichkeiten. In **Newfoundland**, welches erst im Jahr 1948 dem kanadischen Dominion beigetreten war, fanden die Einwanderer Arbeit als Holzfäller und in der Zelluloseverarbeitung sowie beim Bergbau. Auf **Prince Edward Island**, der flächenmäßig kleinsten Provinz Kanadas, wurden zwischen 1946 und 1951 nur 0,2% der gesamten Einwanderer aufgenommen. DPs konnten hier nur über bereits ansässige Verwandte oder Freunde an Arbeit gelangen. Die Bedeutung der Provinz **Nova Scotia** lag im Hafen der Stadt Halifax, welcher der wichtigste Ankunftshafen der Einwanderer in Kanada war. In der zweckentfremdeten Gepäckhalle des Hafen von Halifax wurden für Tausende von Europäern, welche vor ihrer Ankunft in Kanada zwar wussten, in welcher Wirtschaftsbranche sie tätig werden würden, aber nicht in welcher Provinz, die Weichen gestellt. Die Provinz Nova Scotia an sich nahm aber nur 1,4% der Einwanderer zwischen 1946 und 1951 auf.⁴²⁶

⁴²⁴ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 282.

⁴²⁵ Vgl. Ebd., S. 282.

⁴²⁶ Vgl. Ebd., S. 283.

Zielgebiete der Gesamteinwanderung in Kanada 1946-1962

Provinz	1946-1955	1956-1962
Newfoundland	2565	2.688
Prince Edward Island	2490	644
Nova Scotia	23.495	10.401
New Brunswick	12.827	6.545
Quebec	240.432	199.554
Ontario	636.033	485.807
Manitoba	62.343	35.026
Saskatchewan	36.881	15.622
Alberta	95.343	63.459
British Columbia	109.347	79.881
Yukon and N.W.T.	563	930
Insgesamt	1.222.319	900.557

Quellen: HAWKINS, Canada and Immigration, S. 64; RUPPRATH, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-67, in: SCHMIDT/GRANATSTEIN, Canada at the crossroads, S. 92.

6.2. Aufnahme von DPs nach Provinzen

Bei der Aufnahme von DPs nach Provinzen ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Ansiedelung der übrigen Einwanderer. Auch hier nahmen die Provinzen Ontario und Quebec mit Abstand am meisten DPs auf, während die Quoten in den Prärieregionen und Maritimes weitaus geringer ausfielen.⁴²⁷

Verteilung europäischer DPs in Kanada auf die Provinzen 1947-1951

Provinz	DPs
Ontario	73.270
Quebec	41.244
Alberta	13.744
Manitoba	13.061
Saskatchewan	8.165
British Columbia	5.556
Nova Scotia	1.392
New Brunswick	833
Prince Edward Island	321
Yukon & N.W. Territories	63
Newfoundland	38
Gesamt	157.687

Quelle: HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 268.

⁴²⁷ Vgl. HOLLEUFFER, Zwischen Fremde und Fremde, S. 270.

6.3. Zielgebiete der österreichischen Einwandererinnen und Einwanderer in Kanada

Während bei der Auswanderung aus Österreich nach Kanada ein Ost-West-Gefälle festzustellen ist, kann man bei der Besiedelung Kanadas durch Österreicherinnen und Österreicher innerhalb des Untersuchungszeitraumes ein West-Ost-Gefälle beobachten. Die österreichischen Auswandererinnen und Auswanderer, welche am Beginn des 20. Jahrhunderts nach Kanada kamen, ließen sich in erster Linie in Manitoba, Saskatchewan und Alberta nieder⁴²⁸, wo man sie zur Bewirtschaftung der Farmen einsetzte. Diese Provinzen blieben auch in den 1930er-Jahren das Hauptsiedlungsgebiet, wobei v.a. Edmonton immer mehr Österreicherinnen und Österreicher anzog.⁴²⁹

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ließen sich die österreichischen Auswandererinnen und Auswanderer immer öfter im Osten Kanadas nieder. So wurde die Provinz Ontario, und hier vor allem die Stadt Toronto, zum Hauptsiedlungsgebiet der Österreicherinnen und Österreicher. Ab Mitte der 1950er Jahre setzte ein gegenläufiger Trend ein, indem österreichische Einwanderer begannen, sich vermehrt entlang der Pazifikküste, v.a. in Vancouver, niederzulassen.⁴³⁰ Nach wie vor leben aber mehr als die Hälfte der österreichischen Auswandererinnen und Auswanderer auch heute noch in der Provinz Ontario.⁴³¹

⁴²⁸ Vgl. Michaela C. SCHOBER, Austrian Immigration to Canada in the Imperial Period, in: ENGELMANN/PROKOP/SZABO, A History of the Austrian Migration to Canada, S. 50.

⁴²⁹ Vgl. DUJMOVITS, Die Amerika-Wanderung der Burgenländer, S. 71.

⁴³⁰ Vgl. Ebd., S.72.

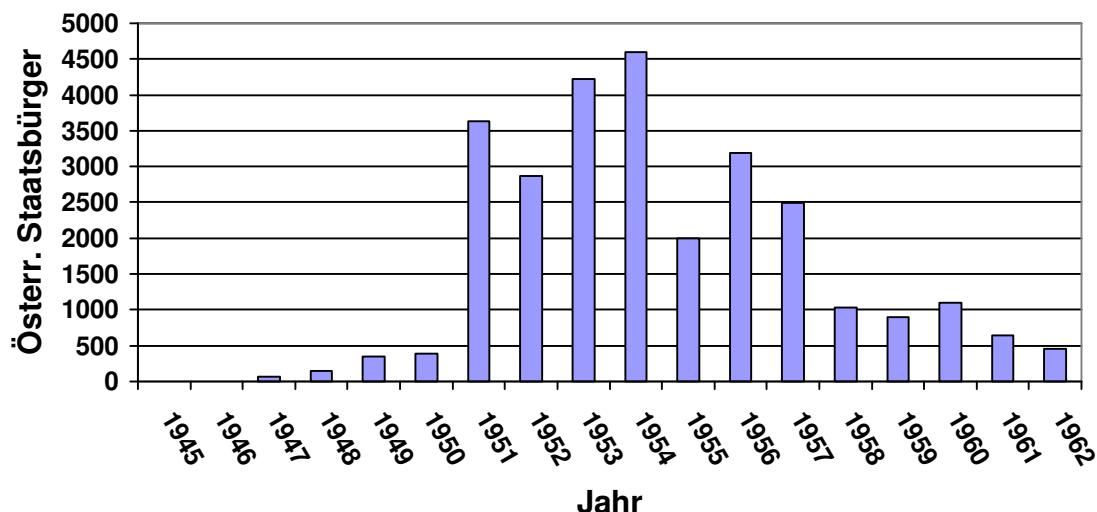
⁴³¹ Vgl. Peter SUSCHNIGG, A Sociological Profile of Austrian-Canadians, in: ENGELMANN/PROKOP/SZABO, A History of Austrian Migration to Canada, S. 136.

**Einwanderung von österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in Kanada
1945-1962**

Jahr	Österreicher
1945	-
1946	-
1947	72
1948	151
1949	349
1950	395
1951	3.628
1952	2.867
1953	4.224
1954	4.597
1955	1.997
1956	3.193
1957	2.498
1958	1.033
1959	897
1960	1.102
1961	650
1962	457
Gesamt	28.110

Quelle: NEUWIRTH/VRIES, Demographic Patterns of Austrian Canadians 1990-1991, in: SZABO, Austrian Immigration to Canada. Selected Essays, S. 36.

**Einwanderung österr. Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in
Kanada 1945-1962**



7. Auswandererschicksale und Briefe in die Heimat

1.) *Prosit 1955! Ein Tiroler-Gruß aus Kanada*

Liebe Landsleut', man gewähre
Mir in Quebec, hoch im Nord,
In der andern Hemisphäre,
Zu dem Fest an euch ein Wort.

„Was, du Querkopf, alter Groller,
Uns zum Neujahr Grüße schickst?“
Kommt das Fest im Land der Dollar,
Wird's doch einem ganz verflixt!

Keiner kennt dich und versteht dich,
`s ist schon recht ein Unterschied,
Jeder spöttelt und bestaunt dich,
Trällerst du ein Heimatlied.

Jetzt zu Haus` sein – das wäre eisen:
Tannenduft und Wintersport...
Freilich: Kannst nicht einfach reisen,
Hast auch kaum noch jemand dort!

Ja, das sind des Heimwehs Sorgen...
Aber laß es und vergiß,
Trag im Herzen still verborgen,
Was dich fremdwärts ziehen hieß (sic!).

Aber liest man in den Blättern,
Wer daheim die Fiedel spielt,
Möchte man himmeldonnerwettern,
Wenn es auf sich selbst auch zielt.

Doch wir kennen kein Versagen,
Und das Schimpfen bringt nichts ein.
Selbst getan, heißt selber tragen,
Und der Schwäche gilt ein „Nein!“

Happy Christmas! Stolz gehalten!
Seh` euch allesamt vor mir,
Die mich mochten, die mich schalten,
In der Stadt, am Berg auf Skier.

Viele haben einen Sparren,
Manche schießen einen Stern...
Halt` mich selber nicht zum Narren:
Heimatland, ich hab` dich gern!⁴³²

⁴³² „Prosit 1955! Ein Tiroler-Gruß aus Kanada“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 31.12.1954, S. 17.

2.) *Vom Reißbrett auf die Brettern des Skilehrers in Kanada.*

Als der nun 25jährige Innsbrucker Hochbautechniker Hans Woldrich im Juni 1954 nach Kanada fuhr, um dort einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen, traf er mit acht kanadischen Dollar in Toronto ein. Drei Tage später hatte er eine Stelle als Bauzeichner angetreten. Vor kurzem ist Woldrich auf Urlaub nach Tirol zurückgekehrt, um hier Einkäufe für ein Sportgeschäft zu tätigen, das er demnächst in Toronto gemeinsam mit anderen Partnern eröffnen wird. Der junge Mann, der einst auf der Seegrube die Stelle eines Hilfsskilehrers bekleidete, erkannte in Kanada sehr bald, dass seine Zukunft nicht am Zeichentisch, sondern auf den Brettern liegt. Schon im ersten kanadischen Winter gelang es dem Innsbrucker, die Skimeisterschaft von Süd-Ontario zu gewinnen, was vielleicht nach unseren Begriffen nicht allzu viel bedeuten mag, für Woldrich aber ein entscheidender Sieg war, denn nun hatte man den skifahrenden Österreicher entdeckt. Kanada nutzte seine Anwesenheit insoferne aus, als die Männer, die die öffentliche Meinung in Sportangelegenheiten machen, ihn verpflichteten, in der Presse laufend Aufsätze über den Skisport zu veröffentlichen.

Nachdem Woldrich sich als Skilehrer gewissermaßen nostifiziert hatte, indem er in Montreal die kanadische Skilehrerprüfung ablegte, begab er sich im Winter 1955/56 nach Limberlost Lodge, ungefähr 300 Kilometer nördlich von Toronto in der Provinz Ontario, um dort eine Skischule zu eröffnen. Woldrich unterrichtete die kanadischen Brettelhupfer in Anlehnung an die österreichische Methode. „Die Hügel um Limberlost Lodge erinnern irgendwie an die Ferrariwiese in Innsbruck“ berichtete der Heimkehrer. „Ich habe den Skisport in Kanada als Familiensport bekanntgemacht und bin auf diese Weise auch mit den besten Familien in Berührung gekommen. Der kanadische Fernsehfunk übertrug oft meine Unterrichtsstunden, so dass die Schule glänzenden Zuspruch erfuhr. Die Besitzer von Limberlost Lodge, einer Hotelsiedlung mitten in tiefverschneiten Hügeln, haben auch einen einfachen Schlepplift angeschafft, der nichts anderes als ein Umlaufseil ist, an dem man sich hügelan ziehen lässt. Es wurde auch eine Schneemaschine angeschafft, die Wasser in Schnee verwandelt und im Notfall die kahlen Stellen im Übungsgelände frisch überzuckert.“

Woldrich berichtete auch von anderen Innsbruckern und Österreichern, die in Kanada Fuß gefasst haben. Heini Moser, Innsbruck, leitet 300 Kilometer von Limberlost Lodge entfernt eine Skischule. Heli Summerauer, Karl Plattner und Willi Angerer, gleichfalls Bürger der „Stadt der Skifahrer und Bergsteiger“, sind in einer Skischule in den Laurentianis, einer Hügelgruppe nächst Montreal, tätig. Josef Huter, Innsbruck, arbeitet in der Skischule Woldrichs und verdingt sich im Sommer als Sportdirektor. Rudolf Schenke, Innsbruck, übt den Beruf eines Versicherungsbeamten aus. Der Österreicher Hans Eder hat sich einen Namen als Skispringer und Meister von Ontario gemacht.

„Von einem Österreicher setzt man in Kanada voraus, dass er Ski fahren und jodeln kann“, berichtet Woldrich. Ein jodelnder Skifahrer oder ein Ski fahrender Jodler könnte also demgemäß in Kanada nicht untergehen. Doch was hätte Woldrich getan, wenn er es nicht verstanden hätte, seine Kenntnisse und Fähigkeiten als Bautechniker zu verkaufen? Solide Berufsausbildung ist bestimmt für jeden Auswanderer auf die Dauer eine bessere Grundlage als zwei Brettern oder als die jodelfähige Kehle eines Naturburschen.⁴³³

⁴³³ „Vom Reißbrett auf die Brettern des Skilehrers in Kanada“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 7.5.1957, S. 3.

3.) Wer sich im Ausland durchsetzen will, muss hart arbeiten.

Innsbrucker begann als Fabriksarbeiter in Kanada und ist heute „Sozialdirektor“ einer Ferienhotel-Gesellschaft in den Staaten.

Tausende Österreicher haben nach dem zweiten Weltkrieg die Heimat verlassen. In einem anderen Land wollten sie erreichen, was ihnen daheim damals kaum möglich schien: Durch Arbeit so viel Geld zu verdienen, dass es nicht nur gerade zum Essen und Schlafen reicht. Die Ziele vieler Auswanderer waren Kanada und die Vereinigten Staaten. Vielfältig sind die Schicksale unserer Landsleute in Übersee. Manche haben trotz größter Anstrengungen nicht den richtigen Anschluß gefunden. Anderer wieder sind in der harten Schule der neuen Umgebung noch stärker geworden; weil sich zu den guten Voraussetzungen, die ihnen eine gediegene handwerkliche Ausbildung sicherte, doch eine tüchtige Portion Glück gesellte, sind sie drüben weitergekommen. Sie verdienen gut und haben eine Stellung erreicht, die, auch gemessen an den Verhältnissen in der Neuen Welt, über dem Durchschnitt liegt. Der 31jährige Innsbrucker Josef Neuböck ist einer von ihnen.

Der junge Tiroler ist vor drei Jahren nach Kanada gegangen, nur für ein Jahr, um sich die Welt einmal anzuschauen. Nach gut zehn Monaten ist er in die Staaten weitergereist und zählt heute als „social director“ zu den gesuchten Fachkräften in der überseeischen Fremdenverkehrsindustrie. Unter dem eigenartigen Titel können wir und wenig vorstellen. Auch die deutsche Bezeichnung mit „Sozialdirektor“ lässt noch keinen Schluss über die vielen Aufgaben des Mannes zu. Auf dem nordamerikanischen Kontinent spielen im Fremdenverkehr „resorts“ eine bedeutende Rolle, Ferienhotels, die abseits der großen Zentren liegen und nur von Urlaubern aufgesucht werden, die mindestens 10 bis 14 Tage bleiben. Um den erholungs- und abwechslungssüchtigen Gästen die freien Tage mitgestalten zu helfen, beschäftigen die Hotelgesellschaften einen Sozialdirektor. Er macht die Gäste eines Hauses untereinander bekannt, begleitet sie ins Schwimmbad, singt mit ihnen Lieder, organisiert Filmabende oder bringt ihnen im Winter das Skifahren bei. Der Sozialdirektor ist die Seele des Hauses. Von seinen Fähigkeiten hängt viel ab, ob sich die Leute wohl fühlen.

Neuböck hat diese Laufbahn in St. Agathe im kanadischen Quebec begonnen. Als er dann in Reklamefilmen für den Skilauf mitwirkte, sprach sich sein Name auch jenseits der Grenzen schnell herum, denn die meisten Ferienhotels seiner Gesellschaft stehen in den Staaten. Und in all diesen Hotels wurden die Filme den Gästen vorgeführt. Den lustigen Skiläufer aus Tirol wollten viele dann auch persönlich kennen lernen. Nach wenigen Monaten konnte daher der angehende Direktor seine Fähigkeiten auf amerikanischem Boden beweisen. Der Mount Baldy in unmittelbarer Nähe von Los Angeles, Santa Fé und später auch noch Mexiko waren die nächsten Stationen.

Nach drei Jahren Aufenthalt in Übersee ist Josef Neuböck vor einigen Wochen erstmals wieder nach Innsbruck gekommen. Er hat nicht nur die schönen Seiten des Lebens in der Fremde genossen, sondern auch harte Tage miterlebt.

Als er im Sommer 1954 in Toronto aus dem Zug stieg, war er ganz auf sich allein gestellt. Als gelernter Selcher fand er bald eine Stelle in der größten Fleischfabrik Kanadas, die 22.000 Arbeiter beschäftigt. In der Schweineabteilung stand Neuböck dann am Fließband: Von früh bis abends immer die gleiche Tätigkeit, die linke Seite des Schweinhalses zu durchtrennen, die andere Seite erledigte sein Kollege nach ihm. Jede vierte Sekunde wanderte ein geschlachtetes und vollkommen ausgearbeitetes Tier in die Kühlanlage; das bedeutete 900mal in der Stunde oder 7.200 mal am Tage den gleichen kurzen Schnitt am Hals mit einem scharf geschliffenen Messer auszuführen. Noch nie ist dem Burschen die Zeit so langsam vergangen. Nach Arbeitsschluss warteten aber nicht Vergnügen und Abwechslung auf die Einwanderer. Wer weiterkommen wollte, musste daheim bleiben und sparen und lernen. Abend für Abend

saß Neuböck über den Englischbüchern, und seine Sprachkenntnisse haben ihm den Berufswechsel erst ermöglicht.

Josef Neuböck hat sich eine Stellung erarbeitet, die ihm ein gutes Einkommen sichert. Trotz seines Erfolges will aber der Tiroler niemand ermuntern, unüberlegt auszuwandern. Der Lebensstandard in Kanada und in den USA ist zwar sehr hoch, aber das Geld wird drüben nicht leichter verdient, wie viele immer meinen.

Und eines kommt noch dazu: Gerade die Europäer vermissen auf dem anderen Kontinent so stark den gesunden und natürlichen Ausgleich zwischen Arbeit und Freizeit, der jene Atmosphäre schafft, um die uns andere so beneiden. Die Jagd nach dem Dollar beherrscht den Alltag. Wer sich eine Pause gönnnt, bleibt auf der Strecke und gehr leer aus, wenn die Beute verteilt wird. Neuböck will im nächsten Jahr nach Europa zurückkehren.⁴³⁴

4.) Kanada - ein rauer Boden!

Ein junger Wattner kehrte vor kurzem aus Kanada zurück, wo er zwei Jahre als Holzarbeiter beschäftigt war. Diese zwei Jahre musste er nach dem Arbeitsvertrag durchhalten, eine frühere Heimreise wäre nur unter besonderen Umständen möglich gewesen. Die Erfahrungen, die dieser junge Mann (und auch andere Österreicher) bei der Arbeitsausübung in Kanada machten, sind ganz allgemein wissenswert.

Kanada hat derzeit 15 Millionen Einwohner, je Quadratkilometer im Durchschnitt 1 bis 2 Menschen. Seit Kriegsende sind nach Kanada nahezu zwei Millionen Menschen aus vielen europäischen Staaten eingewandert, so ungefähr jeder acht ist ein Einwanderer. Es gibt sicherlich genug Arbeit in Kanada, nicht jeder ist ihr aber gewachsen. Holzarbeiter ist beispielsweise sehr gut bezahlt, sie muss aber an Orten ausgeübt werden, die meist weit ab von menschlichen Stätten liegen. Zu der Einsamkeit kommen auch noch die Härten des Klimas und eine große Reserviertheit der gebürtigen Kanadier. An sie kommt der Fremde nur schwer heran. Will er sich einen Hausstand gründen, so ist es sehr schwierig, eine Frau zu finden. Auf eine Frau vier Männer.

Die soziale Gesetzgebung ist in Kanada nicht so ausgebaut wie bei uns, und die Behörden sind auch nicht geneigt, sie in vollem Ausmaß für die Einwanderer gelten zu lassen. Wer irgendwie unter die Räder kommt, findet nicht jenen weitgehenden sozialen Schutz wie in Österreich. Man kann rasch viel Geld verdienen, wenn man hart arbeitet; an Freizeit und Urlaub darf man dabei allerdings nicht denken. Das Leben ist für den Konsumenten aber teuer und Ersparnisse sind nicht leicht anzulegen. Man kann sagen, dass der Lebensstandard bei uns höher ist als jener der durchschnittlich entlohnnten Kanadier. Und wer in Österreich gut arbeitet, kommt hier leichter zu etwas als in Kanada.

Die Einwanderungsbestimmungen sind streng; wer sie auch nur im geringsten übertrifft, muss mit der sofortigen Ausweisung rechnen. Ihre Durchführung ist mit großen Härten verbunden. Körperliche und seelische Beanspruchungen trieben in vielen Fällen den Einwanderer zum Selbstmord. Auch die Zahl der Geisteskranken ist hoch, wobei auch das ungewohnte Klima mitspielt. Nur harte Naturen kommen in Kanada mit viel Glück zu einem relativen Wohlstand.

Kanada hat auch einige tausend ungarische Flüchtlinge aufgenommen. Nur ein ganz geringer Teil hat sich aber in diesem fremden Lande zurechtgefunden. Die meisten bereuen, hierher gekommen zu sein. Auch jeder Österreicher möge es sich gut überlegen, seine Zukunft in Kanada zu suchen.⁴³⁵

⁴³⁴ „Wer sich im Ausland durchsetzen will, muss hart arbeiten“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 13.7.1957, S. 5.

⁴³⁵ „Kanada – ein rauer Boden“, in: *Haller Lokal-Anzeiger*, 22.3.1958, S. 3.

5.) Zaunkönig im großen Land der Dollarmillionäre.

Gute Arbeit, Verlässlichkeit und Treue sichern bescheidenen Wohlstand. Ein Innsbrucker berichtet aus seiner neuen Heimat in Kanada.

Viele Tiroler sind in den Jahren seit dem Krieg nach Übersee ausgewandert, um dort unter günstigeren Bedingungen, als die Heimat zu bieten vermag, ein neues Leben aufzubauen. Selten nur dringen Nachrichten über das Schicksal der Auswanderer an die Öffentlichkeit, denn die Briefe sind fast immer an die engsten Angehörigen gerichtet und enthalten wenig Angaben von allgemeinem Interesse. Solche Angaben sind nun aber in einem Brief enthalten, den Hans Giannelio aus Innsbruck an die „Tiroler Tageszeitung“ gerichtet hat. Wir bringen daraus im Auszug:

Wenige Wochen vor meiner Auswanderung nach Kanada im Sommer 1956 kam ich in einem Innsbrucker Geschäft mit einem Nordamerikaner ins Gespräch. Ich erzählte ihm von meinen Auswanderungsplänen und fragte ihm, wie für meinen Beruf die Aussichten in Kanada stünden. Darauf bekam ich die trockene Antwort: „Kanada ist ein gutes Land für jeden, der arbeiten will.“

Zweieinhalb Jahre in Kanada mit manchem Auf und Ab auf den Straßen der Arbeit haben die Richtigkeit dieses Ausspruches bestätigt. Es genügt allerdings nicht, mit zielloser Emsigkeit draufloszuarbeiten. Man kann auch nicht damit rechnen, nach bestimmten Terminen ein eigenes Haus oder auch nur ein eigenes Auto zu besitzen. Wer sich aber immer um Arbeit bemüht, und wer es dann versteht, aus dieser Arbeit und seinem Können das Beste herauszuholen, kann doch damit rechnen, eines Tages eine gesicherte Stellung zu erreichen, und damit alle jene Güter, die dieses Land bietet.

Dem Einwanderer in Kanada bieten sich folgende Vorteile: Hohe Arbeitslöhne, viele Arbeitsgelegenheiten, ein sich ständig ausdehnender Markt mit vielseitiger Nachfrage, Chancen zum Aufstieg in leitende Stellung und zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Nirgends bestehen Vorurteile gegen den Neuling oder gegen irgendeine Arbeit. Nachteile wieder sind, dass man über Nacht seine Arbeit verlieren kann und besonders im Winter in vielen Berufen Arbeitslosigkeit die Regel ist. Manche Berufe sind wieder so stark von den Gewerkschaften erfasst, dass man kaum außerhalb ihrer Reihen arbeiten kann, Mehrleistungen erschwert sind und der fleißige Arbeiter das Opfer politischer Streiks zu werden droht. Mancher Einwanderer ist versucht, sich zu rasch selbstständig zu machen; er muß dann meist recht teures Lehrgeld für Erfahrungen über die örtlichen Verhältnisse bezahlen.

Um Löhne und Einkommen in Kanada mit den Verhältnissen in Österreich richtig zu vergleichen, kann man nicht einfach den Wechselkurs anwenden und einen kanadischen Dollar mir 27 Schilling gleichsetzen. Man geht besser von der Annahme aus, dass eine in Österreich mit zehn Schilling bezahlte Arbeit hier einen Dollar einbringt. So erhalten landwirtschaftliche Hilfskräfte 75 bis 100 Kanada-Dollar in der Woche, natürlich neben freier Station: landwirtschaftliche Fachkräfte 160 bis 200 Dollar. Familien erhalten auf der Farm nur freie Wohnung und die Produkte der Farm frei. Nichtorganisierte Facharbeiter kommen auf 70 bis 100 Kanada-Dollar in der Woche, Gewerkschaftsmitglieder auf 75 bis 150 Dollar. Bürokräfte beginnen mit 180 Dollar im Monat und erreichen im Durchschnitt 300 bis 400 Dollar.

Was kann man nun für dieses Einkommen kaufen? Alle Massenartikel sind im Industrieland Kanada billig. Dazu gehören Lebensmittel, wie z.B. Zucker, Fertigkleidung, einfache Werkzeugmaschinen und dergleichen. Dienstleistungen hingegen, Spezialerzeugnisse und alle Güter mit hohem Lohnanteil sind teuer. Auch Häuser und Wohnung gehören zu den teuren Dingen. So betragen die Mieten für moderne Wohnungen 100 bis 200 Dollar, für alte Wohnungen 50 bis 120 Dollar im Monat. Alte Häuser kann man wohl schon um 8.000 Dollar

kaufen, neue von 9.000 Dollar aufwärts, bei besserer Ausstattung auch zu 50.000 Dollar. Es lässt sich also folgende Faustregel aufstellen: An innerer Kaufkraft im Lande entspricht ein kanadischer Dollar zehn Schilling.

Das Existenzminimum für den Unterhalt einer Familie ist sehr hoch. In der Umgebung von Toronto braucht eine Familie mit vier Kindern mindestens 250 bis 300 Dollar im Monat. Verdient ein Arbeiter 60 Dollar in der Woche, so kann er mit mehreren Kindern gerade noch auskommen. Ist er aber ledig, so findet er für 15 Dollar die Woche ein Zimmer mit guter Verpflegung. Gibt er dazu noch 10 Dollar in der Woche für Kleidung und Vergnügen aus, so kann er im Jahr 1.500 Dollar sparen. Das ist genug für ein neues Auto, die Anzahlung für ein Haus oder eine Farm, das Anfangskapital für ein Geschäft. Sobald aber in einer Familie zwei oder mehr Mitglieder verdienen, kann auch eine große Familie sparen, Haus und Grundbesitz erwerben.

Facharbeiter genießen einen hohen Lebensstandard. Ein tüchtiger Zimmermann etwa verdient in der Woche 90 bis 120 Dollar. Ist seine Familie klein, so kann er ein modernes Haus mit Doppelgarage haben, einen Acht-Zylinder-Buick fahren und immer noch 30 bis 50 Dollar in der Woche für das tägliche Leben ausgeben. Hat er aber das Pech, drei Monate arbeitslos zu sein oder befiehlt seine Gewerkschaft Streik, so bekommt er vielleicht 30 Dollar in der Woche Unterstützung, muss aber für Haus- und Autoabzahlung an die 200 Dollar Schulden im Monat machen. [...].

Im Einzelnen sind die Berufsaussichten folgende: Industriearbeiter mit Spezialkenntnissen, wie Dreher, Schweißer usw., finden immer Arbeit. Handwerker müssen sich in den zwar ähnlichen, aber doch wieder verschiedenen Berufen erst eingewöhnen. Viele von ihnen finden nach einigen Jahren die Chance zum eigenen Betrieb. Mit Handwerkzeug und Familienmitgliedern fängt man an, mit Werkzeugmaschinen und mehreren Arbeitern hört man auf. In Gärtnereien und Landwirtschaft sind die Löhne niedriger als in der Industrie, dafür ist das Leben auf dem Lande billiger. Farmen sind oft leicht und preiswert zu erwerben. Die besten Zeiten für den Absatz aber scheinen vorbei zu sein. Man kann auch heute noch an der Siedlungsgrenze Farmen auf Regierungsland für nominelle Gebühren erhalten, doch ist es in Zeiten landwirtschaftlicher Überproduktion schwer, solche Betriebe erfolgreich zu führen.

Ein Beruf mit guten Chancen ist bei entsprechendem Talent der des Verkaufsagenten. Wer die Gabe besitzt, Autos, Staubsauger, Zahnpasta zu verkaufen, kann in wenigen Jahren viel verdienen. Millionenvermögen über Nacht verdient werden jedoch durch Bodenspekulationen. Damit wie auch im Börsenspiel wird das Vermögen jener Leute verdient, die vor wenigen Jahren im Handkoffer angekommen sind und jetzt im Lincoln fahren. Seltens wird von den Verlierern gesprochen, höchstens dass ein Name aus dem Branchenverzeichnis des Telefonbuches verschwindet. Diese Existenz sind aber viel weniger charakteristisch für Kanada als jene der vielen unbekannten Menschen, die eines Tages über das große Wasser gekommen sind. Sie arbeiten zäh, haben oft zwei Berufe nebeneinander und für Stück für Stück zu künftigem Wohlstand zusammen. Das erste Auto ist wichtig, um immer die beste Arbeit zu finden. Eine gute Saison, ein Jahr im Norden, im Wald oder im Bergwerk bringen die Anzahlung fürs Haus. Vertragstreue und gute Arbeit bilden die Grundlage für persönlichen Kredit. Ein Vertrag oder die leitende Stellung bei einem Riesenprojekt kann eine plötzliche entscheidende Wendung bringen. Das ist der Punkt, wo die Dollarrechnung aufhört und Gottvertrauen die Basis der Existenz ist.“⁴³⁶

⁴³⁶ „Zaunkönig im großen Land der Dollarmillionäre“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 12.3.1959, S. 3.

6.) Innsbrucker schuf neuen Skiplatz in Kanada

Skisport gewinnt auch in Kanada immer mehr Anhänger – Mit fünf Dollar in der Tasche angefangen – Onaping, Skiplatz mit drei Lifts

Als der heute 40jährige Heini Moser im Juli 1954 mit einigen Paar Skier, etwas Gepäck und nur fünf Dollar in der Tasche in der Neuen Welt eintraf, hätte er sich wohl nicht träumen lassen, dass er elf Jahre später als „Boß“ eines kanadischen Skiplatzes, den er selbst aus dem Boden gestampft hatte, auf Heimurlaub nach Innsbruck zurückkehren wird. Der unternehmungslustige Innsbrucker, einer der besten Skirennläufer der fünfziger Jahre in Tirol, hatte aber auch neben einer gehörigen Portion Initiative den richtigen „Riecher“, uns so ist er heute der Chef des neuen kanadischen Skiplatzes Onaping, einem Schneeloch, das rund 240 Meilen von Toronto entfernt liegt und durch die in der Nähe gelegenen Nickelminen von Sudbury auch über das nötige dem Skisport aufgeschlossene Hinterland verfügt. [...] Nach anfänglicher Arbeit auf einer Tabakplantage kam der Innsbrucker nach Blue Mountains, einem kanadischen Skiplatz, wirkte dort als Skilehrer und eilte dann in der Folge bei großen kanadischen Rennen von Erfolg zu Erfolg. Seine Siege trugen ihm die Verpflichtung als Trainer der kanadischen Junioren durch den kanadischen Skiverband ein. Aber nicht diese Erfolge, sondern der Zufall führten ihn in das Gebiet von Sudbury. Wo er sich für die Sommermonate eine Beschäftigung suchte. Dabei entdeckte Moser ein prächtiges, waldreiches und von Mitte Dezember bis Mitte April schneesicheres, hügeliges Gebiet. Und beschloß, dort einen Skiplatz zu errichten. Mit einem kleinen Lift begann er 1957 den Betrieb, es folgten bald eine zweite und eine dritte Aufstiegshilfe und auch die entsprechenden Abfahrten, von denen die schönste den Namen „Arlberg-Valley“ erhielt. Dort wo sich noch 1957 die Füchse gute Nacht sagten, tummeln sich nun in den Wintermonaten Tausende von Skiläufern aus der näheren und weiteren Umgebung.

Mit dem Skiplatz allein ist aber der Innsbrucker noch nicht ganz zufrieden. Er will aus dem Skiplatz auch einen Wintersportplatz mit den entsprechenden Unterkünften schaffen. Wenn man bedenkt, dass Moser in Kanada mit nur fünf Dollar in der Tasche angefangen hat und heute über einen modernen Skiplatz verfügt, dürfte er auch diese Pläne zu realisieren imstande sein und dazu dürfen wir ihm auch viel Glück wünschen.⁴³⁷

7.) Kanadas „Pistenkönig“ ein Innsbrucker

Josl Huter besitzt größtes privates Skiunternehmen im Land des Ahornblatts – Besuch in Tirol

Viele Tiroler Unternehmer dürfen sich als „europareif“ einstufen. Der 55 Jahre alte Innsbrucker Josl Huter aber ist längst „kanadareif“. Er besitzt das größte private Skiunternehmen zwischen Montreal und Vancouver und führt es mit seinen Familienangehörigen von Saison zu Saison mit größerem Erfolg. Sollte Schnee nicht fristgerecht fallen, lässt Huter 40 Kanonen in Stellung gehen und sein Reich Mount St. Louis-Moonstone mit dichtem Weiß überziehen. 40 Schneekanonen, das sind ganze Batterien!

In diesen Tagen war der Austrokanadier wieder einmal in seiner Heimatstadt Innsbruck, um seine 87 Jahre alte Mutter zu besuchen und sich auf der „Interalpin“ nach den modernsten Pistengeräten umzuschauen. Bevor er im Jahre 1956 als Profi in der Autobranche und als Skilehrer nach Kanada auswanderte, führte Huter die Pension „Welsung“ in Judenstein.

⁴³⁷ „Innsbrucker schuf neuen Skiplatz in Kanada“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 9.12.1965, S. 6.

Inzwischen hat er mit seinen Söhnen und seiner Frau Elfriede, einer tüchtigen St. Nikolauserin, ein Imperium aufgebaut, das seinesgleichen in dem unermesslichen Kanada nicht hat. An der Trans-Canada-Autobahn im Staate Ontario nördlich der Großstadt Toronto wölbt sich eine von Ahornpflanzungen bewaldete Hügelkette von zirka 150 Meter Höhe empor. Mit dem Riecher eines erfahrenen Ski- und Rennläufers erkannte Huter, dass man aus einem der Hügel ein zünftiges Skigebiet machen kann. Der Erfolg gab ihm recht, und so erwarb er nach einigen Jahren auch den Nachbarhügel, um auch ihn in eine Pistenlandschaft zu verwandeln. Heute ist das Hügelpaar Mont St. Louis und Moonstone zu einem geschlossenen Wintersportgebiet vereinigt. [...] Dies alles hat der schon in Tirol als Skilehrer erprobte Josl Huter aus dem Boden gestampft, indem er auf den beiden Hügeln zwei Millionen Kubikmeter Erde zur Verbesserung und Erhöhung des Geländes bewegen ließ. Am Fuße der beiden Anhöhen erinnern Gebäude mit Schnellrestaurants und allen erforderlichen Einrichtungen für den Massenskilauf ein bisschen an Tirol. Die wurden nämlich von dem Architekten und HTL-Abgänger Felix Heller im Alpinstil geplant. [...] Josl Huter zählt zu den erfolgreichsten Auslandstirolern unserer Zeit.⁴³⁸

8.) Nach 36 Jahren in der Heimat

Der Landecker Erich Fraggalosch wanderte 1950 nach Kanada aus und hatte Glück

Vor 36 Jahren standen die Landecker Brüder Fritz und Erich Fraggalosch vor einer folgenschweren Entscheidung: Die frischgebackenen jungen Ingenieure wollten sich ihre Zukunft gestalten. Fritz Fraggalosch baute in Zams ein Bauunternehmen auf, Erich Fraggalosch wanderte nach Kanada aus. Sollte einer beruflich Pech haben, so vereinbarten sie damals, würde der andere helfen. Entweder wäre der Auswanderer zurückgekommen, oder er hätte den Oberländer nach Kanada geholt. Soweit kam es aber nie.

Beide Brüder hatten nämlich berufliches Glück: Der inzwischen verstorbene Baumeister Ing. Fritz Fraggalosch baute ein blühendes Unternehmen auf, das bis zu 70 Mitarbeiter beschäftigt und das heute von seinem Sohn geführt wird. Ingenieur Erich Fraggalosch arbeitete sich in Kanada mit eiserner Energie nach oben. Der Erfolg blieb ihm über lange Jahrzehnte treu. Heute ist der Landecker President of Construction der Tratan-Baugruppe, eines der größten Bauunternehmen Kanadas mit Sitz in Ottawa und zahllosen Großbaustellen auch in den USA. Ironie des Schicksals: Der ebenso vielbeschäftigte, wie weitgereiste President hatte keine Zeit für einen ausgedehnten Heimatlurlaub! Zwar gab es kurze Europaabstecher, zu mehr aber langte es bisher nicht. Nunmehr aber ging es sich aus. Für drei Wochen kam Erich Fraggalosch in seine Heimatstadt. [...].⁴³⁹

⁴³⁸ „Kanadas ‚Pistenkönig‘ ein Innsbrucker“, in: *Tiroler Tageszeitung*, 1.11.1988, S. 9.

⁴³⁹ „Nach 36 Jahren in der Heimat“, in: *Tirol aktuell West*, Nr. 29, 16.-22.7.1986, S. 1.

9.) Fred Faller: „Ich kam 1953 im September nach Kanada“

West Vancouver, 26. August

Sehr geehrter Herr Dr. Gundolf

Ihr Brief vom 8. August hat mich ja ein wenig überrascht. Leichter wäre es ja gewesen, hätte ich mit Ihnen in Innsbruck reden können, wenn Sie aber meinen mangelhaftes Deutsch und meine Maschinschreiberei in Kauf nehmen, will ich Ihnen gern einen kleinen Lebenslauf von mir geben. Bin 1919 geboren und als mein Vater, der Maschinenmeister in der Tyrolia war, starb, musste ich die Gewerbeschule aufgeben, denn von meinen 4 Geschwistern war nur einer beschäftigt. Am 31. Dez. 1934 trat ich als Setzerlehrling in der Tyrolia ein. Im April 1939 wurde ich zum Arbeitsdienst eingezogen, im September dann zur Artillerie überstellt, war 1940 am Westwall und hernach in Frankreich. 1941 ging es dann nach Russland, wo ich den ersten Winter mitmachte, war ca. 50 km von Moskau und wurden Ostern 1941 ausgezogen und kam nach Frankreich, wo ich bis zur Invasion blieb und dann verwundet in Belgien in Kriegsgefangenschaft geriet. Im Dez. 1946 wurde ich von den Engländern entlassen und brachte ganze 3 engl. Pfund nach Hause. Unsere österreichische Regierung war so großzügig, dass sie mir bloß die Hälfte des Wertes gab, von meinen 4.000 Mark, die ich mir während des Krieges sparte, bekam ich 12% ausbezahlt, die einige Monat später durch Entwertung zu 4% runtersanken und von dem Geld kaufte ich dann Lebensmittel am schwarzen Markt. Das waren die ersten Gründe, mich von Österreich abzusetzen. In 1946 traten wir eine Bausparkasse bei, Zinssatz 5 1/2 %. 1950 waren es 8 1/2 %, jedoch durch Entgegenkommen unserer Koalition durften wir keinen Groschen von der Steuer absetzen, bloß Leute, die einer Eigentumswohnung durch Freiunderwirtschaft bekamen, die bloß die Kosten auf 75 Jahren abzahlten, durften Ihre Zahlungen von der Steuer absetzen. Das war ein anderer Grund meiner Unzufriedenheit mit der Regierung. Ferner als Maschinensetzer bekam ich die umfrisierte Fernschreibermanuskripte, und das was manchmal des guten zu viel. Sie werden ja selbst wissen, was alles in Parteizeitungen gedruckt wird, da sind manchmal nicht 5% Wahrheit enthalten. Wir hatten wohl eine Koalition, aber gemacht würde bloß was für die Regierungsmitglieder, ob Schwarz oder Rot, wenn sie mal in der Regierung waren, war es aus.

Als ich 1953 im September ansuchte um nach Kanada auszuwandern, war das mein 3. Versuch, und mein letzter. In 1950 suchte ich nach Amerika an, 1952 nach Neuseeland.

Ich kam 1953 im September nach Kanada, wo ich in Toronto aufs Arbeitsamt ging um mich für einen Posten zu bewerben. Dort sagten sie mir, nicht in meinem Beruf, ob ich sonst wo arbeiten wollte. Das wollte ich schon, aber vorher wollte ich sehen, ob ich nicht doch wo in meinem Beruf Arbeit fände. Ich ging zur Gewerkschaft, alles was ich dort bekam, waren die Adressen. Fand auch noch am selben Tag einen Posten als Schriftsetzer. 4 Wochen später, 5 Min. vor Arbeitsschluss kam der Abteilungsleiter und sagte es täte ihm leid, aber ich wäre entlassen, ich wäre nicht der einzige, 8 Mann wären mit mir entlassen worden. Und dabei hatten wir die ganze Woche noch Überstunden gemacht. Das war die erste große Enttäuschung. Ging zur Gewerkschaft zurück und wollte bei der Zeitung anfangen, aber ohne Karte könnte ich bei der Zeitung nicht arbeiten. Als ich um eine Karte fragte, ja ohne Arbeit könnte ich keine Karte erhalten. Habe dann in einem Betrieb gearbeitet für 25% weniger als in einem Gewerkschaftsbetrieb. Der Besitzer sagte mir damals, falls ich aufhören würde, sollte ich ihm eine Woche Kündigungsfrist geben. Im Feb. 1954, wieder 5 Min. vor Arbeitsschluss, kam er zu mir und sagte mir, ich müsste 2 bis 3 Wochen aussetzen. Ich bin aber dann weg und habe mir einen anderen Posten gesucht, wieder in einem Gewerkschaftsbetrieb. Als dann meine Frau im Mai 54 nachkam, gefiel es ihr gar nicht in Toronto und da ich einen Posten in Vancouver angetragen bekam, fuhren wir im Juni nach

British Columbien. Hier fing ich bei der Zeitung an und als nach einigen Jahren die Morgenzeitung aufgekauft wurde und einer der Tageszeitung als Morgenzeitung erschien und beide Betriebe zusammengelegt wurden, arbeite ich zur Zeit für beide Zeitungen. Wir haben zur Zeit über 1.200 im Betrieb, davon 300 im Setzersaal. Um dort zu arbeiten, zahle ich 5% meines Bruttoeinkommens für die Gewerkschaft, für was weiß ich selber nicht. Aber falls ich am Zahltag meinen Betrag nicht bezahle, arbeite ich am nächsten Tag nicht mehr. Hier haben die Gewerkschaften zu viel Macht, meinen möchte man, die sind gegen den Arbeitsgeber, Lohnerhöhungen gehen ins Unendliche aber arbeiten will keiner dafür. Hier ist man bloß eine Nummer, Kollegialität gibt es keine, wer länger im Betrieb ist, der hat mehr Anspruch auf guten Urlaub, freie Tage usw. und taugt einer nichts, die Gewerkschaft beschützt ihn, denn wird wer abgebaut, dann sind es immer die zuletzt anfingen.

Es gibt hier wohl einen Tyrol Skiurlaub, aber die meisten Mitglieder sind keine Österreicher. Wohl sind hier viele Österreicher wohnhaft, aber österr. Kolonie ist keine hier. Mit Kanadiern kann man schlecht warm werden, denn die Einwanderer arbeiten hart und schaffen sich was, und da die Kanadier fast alles auf Stottern kaufen, kommen sie zu nichts. Und seit einigen Jahren sind die Preise für Häuser so gestiegen, allerdings im Vergleich mit Innsbruck sind sie noch billig, dann verdient man auch hier mehr, wenn auch die Abgaben größer sind. Und die Sozialversicherung ist hier untern Hund. Als Arbeiter muss ich bis 65 arbeiten, dann kriege ich vom Staat ca. 15% von meinem Lohn, das reicht nicht mal für eine Wohnung. Höchstwahrscheinlich also werden wir unsere alten Tage wieder in der Heimat verbringen, fragt sich bloß wann?

Beruflich bin ich ja nicht befriedigt, bin wohl seit einigen Jahren vertretender Faktor der Inseratenabteilung, aber würde diesen Posten nie für ganz übernehmen, nicht unter den Verhältnissen und mit solchen Arbeitern. Hier fehlt es an Zusammenarbeit, mit drei Schichten, jede für sich, sie tun was sie wollen. Hier gibt es zu viele, die wohl anschaffen, aber beruflich nichts verstehen. Hier geht es nicht darum, was man kann, hier geht es darum wen man kennt. Und da der Betrieb doch so viel Gewinn macht, bleibt es halt immer ein Saftladen. Aber es ist die einzige Zeitung wo man sicher ist, dass man immer arbeitet, wenn man schon 16 Jahre dort ist. In kleinen Druckereien wird mal die Arbeit weniger, dann muss man halt seinen Urlaub nehmen oder für ein paar Wochen zu Hause bleiben, und wenn das ein paar Mal im Jahr passiert, dann ist das nicht zu gut.

Hoffe, dass Ihnen dieser Brief ein wenig mit den Verhältnissen vertraut machte und es Ihnen ein wenig hilft. Hätten wir damals unser Haus 1954 nicht verkauft, wir wären dann nicht mehr hier, allerdings warum soll ich 6 Tage arbeiten wenn ich hier nur 5 Tage arbeite, und mir doch noch mehr leisten kann.

Herzliche Grüße,

Fred Faller⁴⁴⁰

⁴⁴⁰ Fred Faller, West Vancouver, an Dr. Hubert Gundolf, Innsbruck, 26.8.1970, LM Ferdinandeum, FB 42261/31.

10.) Das Auswandererschicksal von Franz Strohsack

Der wohl bedeutendste österreichische Auswanderer, der in Kanada eine neue Heimat gefunden hat, ist der heutige Multimilliardär Frank Stronach. Geboren wurde Stronach als Franz Strohsack am 6. September 1932 in der steirischen Ortschaft Kleinsemmering bei Weiz. Seine Jugend verbrachte er in ärmlichen Verhältnissen, erst 1949 gab es in seinem Geburtsort fließend Wasser. Im Herbst 1946 begann der 14-jährige Franz Strohsack seine dreieinhalbjährige Lehre als Werkzeugschlosser in der Elektronikfirma ELIN AG in Weiz. 1952 verließ er seine Heimat und arbeitete für ein Jahr in Bern in der Schweiz als Maschinist.⁴⁴¹ Danach kehrte Strohsack wieder in die Steiermark zurück, wo er im Jahr 1954 den Entschluss fasste, das „*Nachkriegsdepressive Österreich*“, wie er es selber nannte, zu verlassen und auszuwandern. Zu diesem Zweck suchte der junge Steirer um Arbeitsbewilligung in den USA, Südafrika, Australien und Kanada an.⁴⁴² Dass seine Wahl schlussendlich auf Kanada fiel, begründet Stronach heute folgendermaßen: „*Ich wollte unbedingt die Welt sehen und so habe ich um ein Einreisevisum in mehrere Länder angesucht. Die Kanadier antworteten zuerst, also fuhr ich in dieses Land.*“⁴⁴³

Seine große Reise trat der 22-jährige Steirer mit nur 200 Dollar in der Tasche, aber nicht alleine, sondern mit einem vier Jahre älteren Kollegen aus der ELIN AG an. Ihr erstes Ziel war der holländische Hafen Rotterdam, wo die Reise der beiden Auswanderer auf einem umgebauten Frachter weiter ging.⁴⁴⁴ Dass den Auswanderern der Abschied von der Heimat wohl doch nicht so leicht fiel, zeigt das folgende Zitat von Stronach: „*Fast ohne Geld bin ich 1954 mit einem alten Dampfer von Holland nach Kanada rübergefahren. Als das Schiff in Rotterdam ausgelaufen war, wollte ich sofort wieder in Wasser springen und zurück schwimmen. Ich hatte Angst.*“⁴⁴⁵

Nach einer siebentägigen Überfahrt legte das Schiff schlussendlich in Quebec an, von wo aus Strohsack einen Bus nach Kitchener in der Nähe von Toronto nahm. Dort kam er anfänglich bei einem bereits vorher ausgewanderten Freund aus Weiz unter. In der Stadt Kitchener fand Franz Strohsack einen ersten Job als Tellerwäscher in einem Krankenhaus. Danach folgten mehrere Gelegenheitsarbeiten, unter anderem in einer Firma, die Flugzeugteile produzierte. Um den englischsprachigen Mitmenschen seiner neuen Heimat die Aussprache seines

⁴⁴¹ Vgl. Norbert MAPPES-NIEDIEK, Let's be Frank. Die unglaubliche Geschichte des heimlichen Kaisers von Österreich, Frankfurt-New York 2004, S. 25 ff.

⁴⁴² Vgl. Helga PEHAM, Frank Stronach. Eine Erfolgsstory, Wien 2004, S. 14 ff.

⁴⁴³ Erich HOORN, „*Magna-Konzern begann in der Garage. Bilderbuchkarriere eines Austro-Kanadiers*“, in: *Die Presse*, 9.8.1991, S. 16.

⁴⁴⁴ Vgl. MAPPES-NIEDIEK, Let's be Frank, S. 37 ff.

⁴⁴⁵ Herbert HACKER, „*Milliardär zum Zerkugeln*“, in: *News*, Nr. 39, 25. 9. 1997, S. 256.

Namens zu erleichtern, änderte er diesen von Franz Strohsack in Frank Stronach.⁴⁴⁶ 1957 wagte er den Schritt in die Selbstständigkeit und gründete in einer Garage in Toronto eine erste kleine Fabrik unter dem Namen „Multimac“, in welcher er maßgefertigtes Werkzeug für Autohersteller herstellte. Zehn Jahre später beschäftigte der junge Steirer Angestellte in vier Fabriken. Nach der Fusion zwischen „Multimac“ und „Magna Electronics“ wurde die Firma unter der Führung Stronachs in „Magna International“ umbenannt und zählt heute zu einem der größten Hersteller von Automobilteilen weltweit.⁴⁴⁷

Im Nachhinein hat Stronach seine Auswanderung nie bereut: „*Ich wollte nie wieder in meinem Leben Hunger haben, nie wieder demütig sein müssen.*“⁴⁴⁸ Für seinen ersten Heimatbesuch im Jahr 1961 kaufte sich Stronach eigens einen schwarzen Pontiac Parisienne mit roten Ledersitzen, welchen er mit dem Schiff nach Europa bringen ließ und dann in Weiz voller Stolz seiner Familie und früheren Kollegen vorführte.⁴⁴⁹

⁴⁴⁶ Vgl. PEHAM, Frank Stronach, S. 14 ff.

⁴⁴⁷ Vgl. <http://www.magnaint.com/magna/en/about/history/default.aspx>, 13.2.2007.

⁴⁴⁸ HACKER, „Milliardär zum Zer-kugeln“, S. 256.

⁴⁴⁹ Vgl. PEHAM, Frank Stronach, S. 17.

8. Schlussbetrachtung/Bilanz

Als Fazit kann man aus dieser Arbeit ziehen, dass die Auswanderung aus Österreich nach Kanada zwischen 1945 und 1962 zu einem maßgeblichen Teil vom jeweiligen Bedarf der kanadischen Wirtschaftszweige an Arbeitskräften abhing. Im Rahmen der diversen Auswanderungsprogramme behielt es sich die kanadische Regierung vor, jene DPs und Emigranten, die sie in ihrem Land aufnahm, in Österreich einer Selektion zu unterziehen, um so die vermeintlich Besten unter den Auswanderungswilligen für sich zu beanspruchen. Diese selektive Emigration führte zu einer Erschwerung und Verlangsamung der Auswanderung aus Österreich nach Kanada.

Ein weiterer erwähnenswerter Aspekt, der in dieser Arbeit behandelt wurde, ist die Kritik an einer unüberlegten Auswanderung von Seiten einiger Austrokanadier. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind viele Emigranten aus Österreich der Vorstellung unterlegen, in Kanada relativ rasch und einfach zu einem ansehnlichen Vermögen zu gelangen. Dass man aber auch in Kanada für sein Geld hart arbeiten musste und die arbeitsrechtliche Absicherung nicht dem relativ hohen österreichischen Niveau entsprach, geht aus den angeführten Briefen von Auswanderern in ihre österreichische Heimat hervor.

Besonderer Erwähnung bedarf auch die Auswanderung der Ungarnflüchtlinge aus Österreich nach Kanada ab dem Spätherbst 1956. Insgesamt gelangten bis Mai 1958 24.513⁴⁵⁰ ungarische Flüchtlinge von Österreich nach Kanada. Aufgrund dieser zahlenmäßigen Größe der Emigration von Ungarnflüchtlingen stellte sie eine zentrale Auswanderungsbewegung aus Österreich nach Kanada zwischen 1945 und 1962 dar.

Am Ende dieser Arbeit soll nochmals eine kurze Bilanz der Emigration aus Österreich nach Kanada zwischen 1945 und 1962 gezogen werden:

Im Rahmen der IRO-Tätigkeit gelangten von 1947 bis Ende 1951 rund 19.600⁴⁵¹ DPs von Österreich nach Kanada. Bezüglich der ICEM-Tätigkeit standen in der verwendeten Literatur nur Gesamtzahlen für die Zeit von 1952 bis 1965 zur Verfügung. In diesem Zeitraum wanderten über das ICEM 33.180⁴⁵² fremdsprachige Flüchtlinge von Österreich nach Kanada aus, darunter auch der überwiegende Teil der Ungarnflüchtlinge von 1956. Bezug nehmend auf die österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger bleibt abschließend festzuhalten, dass zwischen 1945 und 1962 28.110 Personen von Österreich nach Kanada ausgewandert

⁴⁵⁰ Vgl. STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben, S. 223.

⁴⁵¹ Vgl. Ebd., S. 50.

⁴⁵² Vgl. STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg, S. 113.

sind, wobei der Großteil von 23.515⁴⁵³ Österreicherinnen und Österreichern erst ab 1952 emigriert ist.

⁴⁵³ Vgl. NEUWIRTH/VRIES, Demographic Patterns of Austrian Canadians 1990-1991, in: SZABO, Austrian Immigration to Canada, S. 36.

9. Quellenverzeichnis

Zeitungen/Zeitschriften

Die Presse, 9.8.1991.

Haller Lokal-Anzeiger, 22.3.1958.

News, Nr. 39, 25. 9. 1997.

Tiroler Tageszeitung, 31.12.1954, 7.5.1957, 13.7.1957, 12.3.1959, 9.12.1965, 1.11.1988.

Tirol aktuell West, Nr. 29, 16.-22.7.1986.

Wiener Zeitung, 22.12.1955.

Archivalien

Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum

Fred Faller, West Vancouver, an Dr. Hubert Gundolf, Innsbruck, 26.8.1970, FB 42261/31.

Internetquellen

American Jewish Joint Distribution Committee, History, 2006
[http://www.jdc.org/who_history.html], 21.11.2006.

Canadian Policy Research Networks, The 1962 Regulations: An End to Discrimination? 2006
[http://www.cprn.com/en/diversity1_2_3-origins-topic1_2_3.cfm], 21.11.2006.

Citizenship and Immigration Canada, The Role of Transportation in Canadian Immigration 1900 -2000. Developing Airlift Expertise, 2001
[<http://www.cic.gc.ca/english/department/transport/chap-2f.html>], 20.11.2006.

Janet Dench (Canadian Council for Refugees), A hundred years of immigration to Canada 1900 – 1999. A chronology focusing on refugees and discrimination
[<http://www.web.net/%7ECCR/history.html>], 20.11.2006.

Magna International Inc., Our History, 2007
[<http://www.magnaint.com/magna/en/about/history/default.aspx>], 13.2.2007.

McMaster University Libraries, Canadian Committee for World Refugee Year, 2003
[<http://library.mcmaster.ca/archives/findaids/fonds/c/cancttewry.htm>], 21.11.2006.

The Applied History Research Group/The University of Calgary, The Peopling of Canada: 1946-1976. Post World War Two and Displaced Persons, 1997
[http://www.ucalgary.ca/applied_history/tutor/canada1946/chapter1.html], 20.11.2006.

United States Holocaust Memorial Museum of Washington D.C., United Nations Relief and Rehabilitation Administration
[<http://www.ushmm.org/wlc/article.php?lang=en&ModuleId=10005685>], 20.11.2006.

10. Literaturverzeichnis

AICHINGER, Wilfried, Die Sowjetunion und Österreich 1945-1949, in: Günter BISCHOF/Josef LEIDENFROST (Hrsg.), *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988, S. 275-292.

ALBRICH, Thomas, Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945-1948, in: BISCHOF/LEIDENFROST, *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988, S. 217-244.

ALBRICH, Thomas, Exodus durch Österreich: die jüdischen Flüchtlinge 1945 – 1948 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 1), Innsbruck 1987.

ALBRICH, Thomas, Der Traum von „Amerika“. Jüdische Flüchtlinge 1950-1957, in: ALBRICH, Thomas/EISTERER, Klaus/GEHLER, Michael/STEININGER, Rolf (Hrsg.), *Österreich in den Fünfzigern* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck 1995, S. 95-118.

ALBRICH, Thomas, Die zionistische Option. Israel und die Überlebenden des Holocaust in Österreich, in: ALBRICH, Thomas (Hrsg.), *Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945* (Österreich-Israel-Studien 1), Innsbruck 1998, S. 253-280.

ALBRICH, Thomas, Zwischenstation des Exodus. Jüdische Displaced Persons und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg, in: RATHKOLB, Oliver/HEISS, Gernot (Hrsg.), *Asylland wider willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft 25), Wien 1995, S. 122-139.

ANGERER, Thomas, Französische Freundschaftspolitik in Österreich nach 1945. Gründe, Grenzen und Gemeinsamkeiten mit Frankreichs Deutschlandpolitik, in: RAUCHENSTEINER, Manfried/KRIECHNAUMER, Robert (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 24), Wien-Köln-Weimar 2005, S. 113-138.

AVERY, Donald H., Reluctant Host. Canada's Response to Immigrant Workers 1896-1994, Toronto 1995.

BEER, Siegfried, „Die Befreiungs- und Besatzungsmacht“ Großbritannien in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER, Manfried/KRIECHNAUMER, Robert (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 24), Wien-Köln-Weimar 2005, S. 23-74.

BISCHOF, Günter, Allied Plans and Policies for the Occupation of Austria 1938-1955, in: STEININGER, Rolf/BISCHOF, Günter/GEHLER, Michael (Hrsg.), Austria in the Twentieth Century, New Brunswick-New Jersey 2002, S. 162-189.

BISCHOF, Günter, Austria in The First Cold War 1945-1955. The Leverage of the Weak, New York 1999.

BISCHOF, Günter, Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955, in: RAUCHENSTEINER, Manfried/KRIECHNAUMER, Robert (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 24), Wien-Köln-Weimar 2005, S. 75-112.

BUTSCHEK, Felix, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1985.

DUJMOVITS, Walter, Die Amerika-Wanderung der Burgenländer, Pinkafeld 1992.

EINWITSCHLÄGER, Arno, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949, Wien-Köln-Graz 1986.

EISTERER, Klaus, Austria Under Allied Occupation, in: STEININGER, Rolf/BISCHOF, Günter/GEHLER, Michael (Eds.), Austria in the Twentieth Century, New Brunswick-New Jersey 2002, S. 190-211.

FRABERGER, Ingrid /STIEFEL, Dieter, „Enemy Images“: The Meaning of „Anti-Communism“ and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945, in: BISCHOF, Günter/PELINKA, Anton/STIEFEL, Dieter (Eds.), The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies 8), New Brunswick-New Jersey 2002, S. 56-97.

GÄRTNER, Reinhold, Arbeitsmigration und „Immigration Policy“ 1945-1955. ÖsterreicherInnen in Großbritannien, in: HORVATH, Traude/NEYER, Gerda (Hrsg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien-Köln-Weimar 1996, S. 361-386.

GRANATSTEIN, Jack L./ ABELLA, Irving M./ BERCUSON, David J./ BROWN, R. Craig/ NEATBY, H. Blair, Twentieth Century Canada, Toronto-Montreal-New York-Auckland² 1986.

HANISCH, Ernst, Österreichische Geschichte 1890-1990. Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 9), Wien 2005.

HAWKINS, Freda, Canada and Immigration. Public Policy and Public Concern, Montréal 1972.

HOFBAUER, Hans, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 54), Wien 1992.

HOLLEUFFER, Henriette von, Zwischen Fremde und Fremde. Displaced Persons in Australien, den USA und Kanada 1946-1952 (Studien zur Historischen Migrationsforschung 9), Osnabrück 2001.

HORVATH, Traude/NEYER, Gerda, Austrian Abroad. Austrian Emigration after 1945, in: SZABO, Franz A. J., (Hrsg.), Austrian Immigration to Canada. Selected Essays, Carleton 1996, S. 83-92.

JACOBMEYER, Wolfgang, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985.

JOHN, Michael, Zwischenstation Oberösterreich. Die Auffanglager und Wohnsiedlungen für jüdische DPs und Transitflüchtlinge, in: ALBRICH, Thomas (Hrsg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Österreich-Israel-Studien 1), Innsbruck 1998, S. 67-92.

KARLHUBER, Franziska, Ausländische Hilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, Dipl., Innsbruck 1991.

KARNER, Stefan/RUGGENTHALER, Peter, (Zwangs-)Repatriierungen sowjetischer Staatsbürger aus Österreich in die UdSSR, in: KARNER, Stefan (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge, Graz-Wien-München 2005, S. 243-274.

KARNER, Stefan, Zu den Anfängen der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945/46, in: RAUCHENSTEINER, Manfried/KRIECHNAUMER, Robert (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 24), Wien-Köln-Weimar 2005, S. 139-186.

KEYSERLINGK, Robert H./STEINHAUSER, Bettina S., The Growth of Austro-Canadian Relations to 1968, in: ENGELMANN, Frederick C./PROKOP, Manfred/SZABO, Franz A. J. (Hrsg.), A History of the Austrian Migration to Canada, Carleton 1996, S. 25-43.

KNABE, Hubertus, Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, o.O. 2005.

KNOLL, Harald/STELZL-MARX, Barbara, Sowjetische Strafjustiz in Österreich. Verhaftungen und Verurteilungen 1945-1955, in: KARNER, Stefan (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge, Graz-Wien-München 2005, S. 275-321.

KOFLER, Martin, Osttirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck 2005.

LENDVAI, Paul, Der Ungarnaufstand 1956. Die Revolution und ihre Folgen, München 2006.

LEIDENFROST, Josef, Die Nationalratswahlen 1945 und 1949: Innenpolitik zwischen den Besatzungsmächten, in: BISCHOF, Günther/LEIDENFROST, Josef (Hrsg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988.

MAPPES-NIEDIEK, Norbert, Let's be Frank. Die unglaubliche Geschichte des heimlichen Kaisers von Österreich, Frankfurt-New York 2004.

MARUGG, Michael, Völkerrechtliche Definitionen des Ausdrucks „Flüchtling“. Ein Beitrag zur Geschichte unter besonderer Berücksichtigung so genannter de-facto-Flüchtlinge, Basel-Frankfurt/Main 1990.

MATIS, Herbert, Vom Nachkriegselend zum Wirtschaftswunder. Der Schilling im „goldenen Zeitalter“, in: BACHINGER, Karl u.a. (Hrsg.), Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz-Wien-Köln 2001, S. 155-286.

MCINNIS, Edgar, Canada. A Political and Social History. 4. Aufl., Toronto 1982.

MULLEY, Klaus-Dieter, Befreiung und Besatzung. Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945-1948, in: ABLEITINGER, Alfred/BEER, Siegfried/STAUDINGER, Eduard G. (Hrsg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955 (Studien zur Politik und Verwaltung 63), Wien-Köln-Graz 1998, S. 361-400.

MULLEY, Klaus-Dieter, Die Rote Armee in Niederösterreich 1945-1947. Ein ambivalentes Geschichtsbild, in: KARNER, Stefan (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge, Graz-Wien-München 2005, S. 469-486.

MURBER, Ibolya, Flucht in den Westen 1956. Ungarnflüchtlinge in Österreich (Vorarlberg) und Liechtenstein (Schriftenreihe der Rheticus Gesellschaft 41), Feldkirch 2002.

NEUWIRTH, Gertrud/VRIES, John de, Demographic Patterns of Austrian Canadians 1990-1991, in: Franz A. J., SZABO (Hrsg.), Austrian Immigration to Canada. Selected Essays, Carleton 1996, S. 33-54.

NERGER-FOCKE, Karin, Die deutsche Amerikaauswanderung nach 1945. Rahmenbedingungen und Verlaufsformen (Deutsch-Amerikanische Studien 14), Stuttgart 1995.

NIELSEN, Catherine C., Neutrality vs. Neutralism: Austrian Neutrality and the 1956 Hungarian Crises, in: SCHMIEDL, Erwin (Hrsg.), Die Ungarnkrise 1956 und Österreich, Wien-Köln-Weimar 2003, S. 215-234.

NUSSBAUMER, Josef, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordtirol nach Kriegsende, in: Anton, PELINKA/Rolf, STEININGER (Hrsg.), Österreich und die Sieger, Wien 1986, S. 205-218.

OERTEL, Christine, Wien: Tor zur Freiheit? Die Bricha und das Rothschildspital, in: ALBRICH, Thomas (Hrsg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Österreich-Israel-Studien 1), Innsbruck 1998, S. 49-66.

ÖSTERREICHISCHES STATISTISCHES ZENTRALAMT, Demographisches Jahrbuch Österreichs 1993/94/95 (Beiträge zur Österreichischen Statistik 1.207), Wien 1996.

ÖSTERREICHISCHES STATISTISCHES ZENTRALAMT, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2003, Wien 2002.

PEGEL, Michael, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstante eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945, (Zeitgeschichte-Zeitverständnis 1), Münster 1997.

PEHAM, Helga, Frank Stronach. Eine Erfolgsstory, Wien 2004.

PELZ, Monika, Land der großen Erwartungen oder Umsteigebahnhof in die USA?, in: HORVATH, Traude/NEYER, Gerda (Hrsg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien-Köln-Weimar 1996, S. 569-590.

RAMP, Norbert, „Die D.P. bezahlen alle Preise...“. Vorurteile und Konflikte zwischen Einheimischen und jüdischen DPs in Salzburg und Oberösterreich, in: ALBRICH, Thomas (Hrsg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Österreich-Israel-Studien 1), Innsbruck 1998, S. 137-160.

RAUCHENSTEINER, Manfried, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung, Wien 2005.

RAUCHENSTEINER, Manfried, Spätherbst 1956. Die Neutralität auf dem Prüfstand, Wien 1984.

RICHMOND, Anthony H., Post-War Immigrants in Canada, Toronto 1967.

RUGGENTHALER, Peter, Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945-1953/55, in: KARNER, Stefan (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge, Graz-Wien-München 2005, S. 649-728.

RUPPRATH, Andrea, Die kanadische Immigrationspolitik 1952-1967, in: SCHMIDT, Gustav/ GRANATSTEIN, Jack L. (Hrsg.), Canada at the crossroads? The critical 1960s (Kanada-Studien 17), Bochum 1994, S. 47-108.

SALOMON, Kim, Refugees in the Cold War. Toward a new international refugee regime in the early Postwar Era, Lund 1991.

SANDGRUBER, Roman, Das 20. Jahrhundert (Geschichte Österreichs 6), Wien 2003.

SANDGRUBER, Roman, Das wirtschaftliche Umfeld des Staatsvertrages, in: RAUCHENSTEINER, Manfried/KRIECHNAUMER, Robert (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 24), Wien-Köln-Weimar 2005, S. 359-378.

SANDGRUBER, Roman, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte), Wien² 2005.

SAUTTER, Udo, Geschichte Kanadas, München 1992.

SCHEURINGER, Brunhilde, Dreißig Jahre danach. Die Eingliederung der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 13), Wien 1983.

SCHOBER, Michaela C., Austrian Immigration to Canada in the Imperial Period, in: ENGELMANN, Frederick C./PROKOP, Manfred/SZABO, Franz A. J. (Hrsg.), A History of the Austrian Migration to Canada, Carleton 1996, S. 45-58.

SCHRÖDER, Hans-Jürgen, Marshall Plan Propaganda in Austria and Western Germany, in: BISCHOF, Günter/PELINKA, Anton/STIEFEL, Dieter (Hrsg.), The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies 8), New Brunswick-New Jersey 2002, S. 212-246.

SEIDEL, Hans, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005.

STANEK, Eduard, Verfolgt, verjagt, vertrieben. Flüchtlinge in Österreich von 1945-1984, Wien 1985.

STEDINGK, Yvonne von, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 6), Wien 1970.

STEINHAUSER, Bettina S., Post-War Austrian Immigration to Canada, in: ENGELMANN, Frederick C./PROKOP, Manfred/SZABO, Franz A. J. (Hrsg.), A History of the Austrian Migration to Canada, Carleton 1996, S. 101-122.

STELZL-MARX, Barbara, Die „Wiedervereinigung“ Österreichs: Kontinuität und Wandel, in: RAUCHENSTEINER, Manfried/KRIECHNAUMER, Robert (Hrsg.), Die Gunst des Augenblickes. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 24), Wien-Köln-Weimar 2005, S. 187-222.

STIEBER, Gabriela, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955, in: BEER, Siegfried (Hrsg.), Die „britische“ Steiermark, Graz 1995, S. 213-232.

STIEBER, Gabriela, Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945-1960, in: ALBRICH, Thomas/EISTERER, Klaus/GEHLER, Michael/STEININGER, Rolf (Hrsg.), Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck 1995, S. 67-94.

STIEBER, Gabriela, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark, Graz 1997.

STIEBER, Gabriela, Volksdeutsche und Displaced Persons, in: RATHKOLB, Oliver/HEISS, Gernot (Hrsg.), Asylland wider willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft 25), Wien 1995, S. 140-156.

SUSCHNIGG, Peter, A sociological profile of Austrian-Canadians, in: ENGELMANN, Frederick C./PROKOP, Manfred/SZABO, Franz A. J. (Hrsg.), A History of the Austrian Migration to Canada, Carleton 1996, S. 123-156.

VARGA, Lázló, Die Ereignisse in Ungarn 1956, in: SCHMIEDL, Erwin (Hrsg.), Die Ungarnkrise 1956 und Österreich, Wien-Köln-Weimar 2003, S. 53-72.

WAGNLEITNER, Reinhold, Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 52), Wien 1991.

ZIERER, Brigitta, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 23), Wien 1998.

ZIERER, Brigitta, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956?, in: RATHKOLB, Oliver/HEISS, Gernot (Hrsg.), Asylland wider willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft 25), Wien 1995, S. 157-171.

Lebenslauf

Name: Georg Michael Möst

Geboren am: 21.8.1983

In: Lienz/Osttirol

Wohnhaft in: Abfaltersbach/Osttirol

1989-1993: VS Abfaltersbach

1993-2001: BG/BRG Lienz

Seit 2002: Hochschulstudien Geschichte und Politikwissenschaften – Universität Innsbruck

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Innsbruck, Mai 2007

Georg Möst